

Preussische Allgemeine



Nr. 25 · 25. Juni 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Am Ende eines langen Weges

Nach mehr als zwanzigjähriger Debatte über einen angemessenen Erinnerungsort für den Heimatverlust von Millionen Deutschen im Osten eröffnete in Berlin das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Seiten 1 und 3



ERINNERUNGSPOLITIK

Ein sichtbares Zeichen der Erinnerung und ein Signal an die Welt

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eröffnet. Es ist ein Ort des Gedenkens und der Auseinandersetzung mit einem bleibenden Thema deutscher und internationaler Politik

VON RENÉ NEHRING

Es war ein Tag „großer Genugtuung“, wie es der Präsident des Bundes der Vertriebenen Bernd Fabritius im Anschluss formulierte. Am Mittwoch dieser Woche wurde in Anwesenheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel, Alt-Bundespräsident Joachim Gauck und Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung inmitten des Berliner Regierungsviertels eröffnet. „Mit diesem Dokumentationszentrum“, so die Kanzlerin, „schließt sich eine Lücke in unserer Geschichtsaufarbeitung.“ Und weiter: „Zahlen und Fakten fassen Geschehenes sachlich zusammen. Sie sind wichtig, aber sie sind eben nicht alles. Denn damit die Dimensionen von Flucht und Vertreibung nicht abstrakt bleiben, brauchen wir die Berichte derer, die Flucht und Vertreibung selbst erlebt und erlitten haben, brauchen wir die Berichte der Zeitzeugen. Deshalb ist es so wichtig, dass das Dokumentationszentrum mehr als ein Informationszentrum ist.“

Kulturstaatsministerin Monika Grütters, in deren Verantwortungsbereich die Vertriebenenpolitik des Bundes liegt, sagte, mit der Eröffnung des Hauses „stellt Deutschland sich einer lange zu wenig wahrgenommenen historischen Wahrheit: nämlich dem unermesslichen und millionenfachen Leid in Folge von Flucht und

Vertreibung im und nach dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg.“

Als Geste der Versöhnung kann verstanden werden, dass die Kanzlerin am Schluss ihrer Ausführungen erwähnte, dass das Dokumentationszentrum aus einer Idee Erika Steinbachs hervorgegangen ist, der langjährigen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und frühere Parteifreundin Merkels, die vor einiger Zeit aus Verärgerung über die Politik der Bundesregierung die CDU verlassen hatte.

Kein Selbstläufer

Die vielen guten Worte während der Eröffnung können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der nun entstandene Gedenkort alles andere als ein Selbstläufer war. Vielmehr wurde selten in der jüngeren Geschichte über ein erinnerungspolitisches Vorhaben so kontrovers diskutiert wie dieses.

Als Erika Steinbach 1999 zusammen mit dem SPD-Politiker Peter Glotz die ursprüngliche Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ vorstellte, das an die Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts erinnern sollte, warfen Kritiker den deutschen Heimatvertriebenen reflexartig vor, mit dem Zentrum Teile der Geschichte umschreiben zu wollen. Andere plädierten dafür, ein solches Haus entweder in Danzig oder Breslau anzusiedeln oder es in ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen zu integrieren – was darauf hinausge-

laufen wäre, dass die Erinnerung an das Schicksal der Landsleute aus dem Osten ein Randthema geblieben wäre. Dass Deutsche im Zweiten Weltkrieg und noch lange Zeit danach nicht nur Täter waren, sondern auch Opfer, passte manchen offenkundig nicht in das liebgewonnene erinnerungspolitische Weltbild.

Dabei sprechen wir hier nicht von einem im Verborgenen begangenen Verbrechen, das zufällig durch das akribische Aktenstudium einiger Historiker aufgedeckt worden wäre, sondern von millionenfachem Leid, das sich vor gut einem dreiviertel Jahrhundert vor den Augen der Welt ereignete – und dem damit verbundenen Verlust einzigartiger Kulturlandschaften, die das deutsche Geistesleben über Jahrhunderte geprägt haben.

Unerträglich war und ist zudem, dass die Vertriebenen in den Debatten der vergangenen zwanzig Jahre immer wieder als kalte Krieger dargestellt wurden. Dabei waren sie es, die schon 1950, auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes, in ihrer „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ auf Rache und Vergeltung verzichteten und erklärten „jedes Beginnen mit allen Kräften (zu) unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“.

Insofern ist den Verantwortlichen (siehe auch das Interview auf Seite 3) etwas gelungen, was lange Zeit undenkbar

schien: ein zentraler Gedenkort für das Schicksal von Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, der zugleich die Perspektiven anderer Nationen berücksichtigt und somit zeigt, dass die Erinnerung an deutsche Opfer keineswegs zu neuen Verwerfungen mit unseren Nachbarn führen muss.

Ein bleibendes Thema

Auch wenn die Eröffnung des Dokumentationszentrums den Schluss einer langen Debatte markiert, kann dies keineswegs das Ende der Befassung mit dem Thema sein. Zum einen hat die Bundesrepublik bis heute die mentalen Folgen des Wegbrechens jahrhundertelanger Brücken Richtung Osten nicht verwunden. Noch immer liegen Florenz, Bordeaux oder Porto vielen Deutschen näher als Stettin, Breslau oder Posen. Noch immer ist der Osten auf der geistigen Landkarte deutscher Politik eine „terra incognita“.

Zum anderen ist auch das Thema Flucht und Vertreibung alles andere als ein historisches. Vielmehr ist die Gewalt gegen ethnische oder religiöse Minderheiten weltweit noch immer ein probates Mittel der Konfliktführung.

Insofern ist das Dokumentationszentrum kein „Gefallen“ der Bundesrepublik Deutschland an die Vertriebenen, sondern ein wichtiger Ort der Auseinandersetzung mit einem zentralen Thema deutscher und internationaler Politik.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Lufthansa will in Zukunft unabhängiger von der Politik werden
Seite 7

Kultur

Das Nikolaiviertel in Berlin – als sich die DDR vom Plattenbau absetzte
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Pflegearbeiten an den Gräbern für die Gefallenen der Tannenbergschlacht
Seite 13

Pommersche Zeitung

Thor Heyerdahls Erben trainieren vor Rügens Küste für eine besondere Regatta
Seite 19



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Der Bundesrechnungshof prüft die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes. Dabei behält er die Einnahmen- und Ausgabenseite im Auge sowie die zweckmäßige Verwendung von Steuergeldern

„Ritter ohne Schwert“

Die Rechnungsprüfer überwachen die Ausgaben des Bundes und mahnen Politiker zur Sparsamkeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Angesichts der unablässigen Fehlleistungen der Regierung in Berlin müsste das Bundesverfassungsgericht derselben eigentlich permanent die Leviten lesen. Doch das geschieht inzwischen kaum mehr. Tiefgreifende und ernsthafte Kritik kommt momentan fast nur noch von ein paar wenigen „Rittern ohne Schwert“.

So nannte der Bonner „General-Anzeiger“ die Beschäftigten des Bundesrechnungshofes (BRH), deren Aufgabe darin besteht, die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes zu prüfen. Dabei geht es in diesem Jahr immerhin um Ausgaben in Höhe von 547,7 Milliarden und Einnahmen von 307,3 Milliarden Euro, was auf eine gigantische Finanzierungslücke von 240,4 Milliarden Euro hinausläuft und die existentielle Bedeutung des sparsam-korrekten Einsatzes von Steuergeldern verdeutlicht.

Über das Ergebnis seiner Untersuchungstätigkeit berichtet der BRH dem Bundestag und dem Bundesrat sowie der Bundesregierung in den jährlich im Herbst und im Frühjahr des Folgejahres erscheinenden „Bemerkungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“ oder zwischendurch aus gegebenem Anlass. In beiden Fällen bedient er sich dabei einer auffallend ungeschönten und nicht selten sogar zynisch-sarkastischen Sprache.

Zuletzt verteilte der Bundesrechnungshof einige schallende verbale Ohrfeigen an den wegen seines anhaltenden Corona-Missmanagements mittlerweile vollkommen diskreditierten Bundesgesundheitsminister Jens Spahn. So bemängelte der BRH am 9. Juni in seinem ersten umfassenden Bericht über die Corona-Ausgaben der Bundesregierung die „nicht nachvollziehbar hohen“ Vergütungen für die Ausgabe von FFP-2-Masken an vulnerable Bevölkerungsgruppen durch die Apotheken sowie die „massive Überkompensation aus Steuermitteln“ anlässlich der Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser für vorgehaltene Intensivbetten und stornierte Operationen. Mit ebenso drastischen Worten zerpfückten die obersten Rechnungsprüfer auch den aktuellen Bundeshaushalt von Finanzminister Olaf



Laut Bundesrechnungshof zu teuer: Bei der Maskenvergabe zum Schutz vor dem Coronavirus an virulente Gruppen durch die Bundesregierung kam es zur massiven Verschwendung von Steuermitteln *Foto: pa*

Scholz: Der sei „auf Kante genäht“ und stehe somit auf „auf tönernen Füßen“.

Bei so viel Offenheit erstaunt es, dass die Führung des BRH aus Personen besteht, deren Biographien nicht gerade auf latentes Rebellentum hindeuten. Ganz im

Gegenteil: Der amtierende Präsident des Bundesrechnungshofes Kay Scheller diente sich nach seinem juristischen Staatsexamen in verschiedenen Ministerien, dem Bundeskanzleramt und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hoch, bis er dann vom

Bundestag mit 538 von 579 Stimmen zum neuen BRH-Chef gewählt wurde. Und sein Stellvertreter Christian Ahrendt, der früher auch als Anwalt praktizierte, war unter anderem parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion und Landesvorsitzender seiner Partei in Mecklenburg-Vorpommern gewesen.

Aber vielleicht sind manche Verwaltungsjuristen oder Experten für Steuerrecht eben noch ganz geradlinige Naturen mit einer urpreußisch anmutenden Abneigung gegen Geldverschwendung aller Art? Oder führt der Umstand, dass der Präsident des BRH zwölf Jahre im Amt verbleiben, hernach dann aber nicht wiedergewählt werden darf, zum Verzicht auf jegliche politische Liebedienerei, was letztlich die Atmosphäre im gesamten Hause prägt? Wie dem auch sei: Im Hinblick auf das häufig recht verantwortungslose Treiben unserer Regierung ist es beruhigend zu wissen, dass es den Bundesrechnungshof gibt und anscheinend auch noch keine Mundtotmachung desselben droht.

Prüfer und Überprüfte



Jens Spahn Der Gesundheitsminister wurde vom Bundesrechnungshof wegen seines laxen Umgangs mit Steuermitteln während der Corona-Pandemie gerüffelt



Kay Scheller Der Jurist fungiert seit 2014 als Präsident des Bundesrechnungshofes. Er agiert freundlich im Ton, aber sehr bestimmt in der Aussage



Christian Ahrendt Der Fachanwalt für Insolvenz- und Steuerrecht avancierte im Januar 2013 zum Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes in Bonn

STEUERVERSCHWENDUNG

Das Geschäft mit externen Beratern

Viele Ministerien lieferten Gründe für Beanstandungen der Rechnungsprüfer – allen voran das Verkehrsministerium

Der Bundesrechnungshof hat schon oftmals die unsachgemäße Verwendung von Steuergeldern gerügt. Dabei saßen die Verantwortlichen in den letzten zehn Jahren vor allem im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie im Vorstand der Deutsche Bahn AG, im Bundesministerium der Verteidigung, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, im Bundesministerium für Finanzen und der Bundesagentur für Arbeit.

Ein sehr häufiger Grund für Beanstandungen war der übermäßige Einsatz von externen Beratern: So verpulverte das von der Sozialdemokratin Svenja Schulze geleitete Umweltministerium

auf diese Weise alleine schon eine halbe Milliarde Euro. Da fallen andere aufgedeckte Fehlleistungen der Bundesregierung wie der Auftrag zum Bau von acht Toiletten für vier Millionen Euro im Vergleich natürlich weniger ins Gewicht.

Acht Toiletten für vier Millionen Euro Darüber hinaus legte der Bundesrechnungshof immer wieder schonungslos offen, wie viel Geld innerhalb der Bundeswehr oder bei der reichlich unbedachten Vergabe von Rüstungsaufträgen verschwendet wurde. Genauso sehr störte er sich an den zahlreichen überdimensionierten Verkehrsprojekten, dem teuren Debakel mit der Autobahn-

Maut und den eklatanten Unregelmäßigkeiten bei der Bahn. Und auch die Subventionen für Elektroautos sowie die Art und Weise der Umsetzung der Energiegewende fanden keine Gnade vor den Augen der Prüfer des Bundesrechnungshofes.

Die Finanzbehörden wiederum garierten in die Kritik, weil sie zwar für viel Geld die Daten von Steuersündern erwarben, es danach aber versäumten, eine Milliarde Euro an Zinsen für die hinterzogenen Beträge einzutreiben. Gleichfalls bemängelten die Prüfer den Umstand, dass zu wenig gegen Steuerbetrug beim Internethandel unternommen werde.

Das von Svenja Schulze (SPD) geleitete Umweltministerium verpulverte alleine schon eine halbe Milliarde Euro für externe Dienste

Zudem geißelte der BRH den Missbrauch von öffentlichen Mitteln durch die Bundestagsfraktionen für Wahlkampfzwecke sowie die reichlich überzogene Alimentierung der ehemaligen Bundeskanzler und Bundespräsidenten: Für die Bereitstellung von gleich mehreren Fahrern und Büros fehlte dem BRH jedes Verständnis, woraus eine scharfe Missbilligung der „lebenslangen Vollausstattung“ der Ex-Politiker resultierte.

Für unsinnig erachtete der BRH des Weiteren viele Regelungen zur ermäßigten Umsatzsteuer: Wieso beispielsweise gebe es einen Bonus für Luxusartikel wie Garnelen, Froschschinken, Wachteileier und frische Trüffel? *W.K.*

VORLÄUFER

Kontrolle durch den Soldatenkönig

Vorläufer des 1950 in Frankfurt am Main etablierten Bundesrechnungshofes waren die General-Rechenkammer, die der bekanntermaßen sparsame preußische „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. 1714 geschaffen hatte, sowie die Ober-Kriegs- und Domänen-Rechenkammer beziehungsweise Preußische Oberrechnungskammer, die ab 1871 dann auch als Rechnungshof des Deutschen Reiches fungierte. Dazu kamen nach dem Zweiten Weltkrieg noch der Rechnungshof für Sonderaufgaben und der Rechnungshof im Vereinigten Wirtschaftsgebiet hinzu.

4 bis 5

Hinweise von besorgten Bürgern gehen täglich schriftlich oder telefonisch beim Bundesrechnungshof ein. Dieser entscheidet selbst, wie er was überprüft

Als Institution zur externen Finanzkontrolle ist der Bundesrechnungshof (BRH) kein Teil der Exekutive und untersteht daher auch nicht der Bundesregierung. Ebenso kann das Parlament als Legislative dem Bundesrechnungshof keinerlei Weisungen erteilen, sondern lediglich Bitten äußern. Und zur Judikative gehört der BRH ebenfalls nicht, weil er selbst bestimmen kann, was er wie prüft. Seine Mitglieder sind dabei richterlich unabhängig und nur dem Gesetz verpflichtet.

Anregungen hinsichtlich vorhandener Missstände, denen er dann auf den Grund geht, entnimmt der BRH oft der Presse. Dazu kommen schriftliche und telefonische Hinweise von besorgten Bürgern, von denen pro Tag durchschnittlich vier bis fünf eintreffen. *W.K.*

„Vertreibung bleibt ein universelles Thema“

Am 23. Juni eröffnete im Berliner Deutschlandhaus das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Ein Gespräch über die Konzeption und die künftige Arbeit eines einzigartigen Gedenkortes in der deutschen Erinnerungslandschaft

IM GESPRÄCH MIT
GUNDULA BAVENDAMM

Es war ein weiter Weg. Seit 1999 die damalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach und der SPD-Politiker Peter Glotz die Idee eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ präsentierten, wurde viel darüber diskutiert, wie Deutschland der Opfer von Flucht und Vertreibung gedenken soll. 2005 vereinbarte die Bundesregierung ein „sichtbares Zeichen“ zur Erinnerung an den Heimatverlust von Millionen Ost- und Auslandsdeutschen. Im Jahr 2008 nahm die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung unter Gründungsdirektor Manfred Kittel ihre Arbeit auf. 2009 begann die Sanierung des Berliner Deutschlandhauses, nach deren Abschluss nun das Dokumentationszentrum unter der Ägide von Gundula Bavendamm eröffnen konnte.

Frau Bavendamm, über das Dokumentationszentrum ist viel diskutiert worden, lange bevor es überhaupt seine Arbeit aufnahm. Deshalb zunächst die Frage: Was ist das für ein Haus, das nun in der Mitte Berlins entstanden ist?

Ganz allgemein ist es das „sichtbare Zeichen“, das die Bundesregierung 2005 beschlossen hatte, einen Impuls des Bundes der Vertriebenen und dessen langjähriger Präsidentin Erika Steinbach aufgreifend. Trägerin ist die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung unter dem Dach der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat in Mittel- und Osteuropa am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach sowie die Thematisierung von Vertreibungen in der Gegenwart.

Das Wort „Dokumentationszentrum“ klingt eher technisch. Was verbirgt sich inhaltlich dahinter?

Es ist ein Haus, in dem vor allem die Sammlungen der Stiftung gezeigt werden. Die Besucher erwartet eine Ständige Ausstellung auf 1300 Quadratmetern auf zwei Etagen. Außerdem gibt es einen Saal für Sonderausstellungen, in dem wir uns einmal im Jahr einem speziellen Aspekt widmen. Im Frühjahr 2022 fangen wir hier mit der vom Jüdischen Museum Frankfurt konzipierten und realisierten Ausstellung „Unser Mut. Juden in Europa 1945–48“ an, die sich der Lebenssituation der Überlebenden der Shoah in der Nachkriegszeit widmet.

Wir haben ferner einen Raum der Stille, in dem die Besucher über das Thema Flucht und Vertreibung vertieft nachdenken können. Zu den Kernelementen des Hauses gehören nicht zuletzt eine große Präsenzbibliothek mit tausenden Fachbüchern und belletristischen Werken zum Thema Flucht und Vertreibung sowie ein umfangreiches Archiv, in dem Dokumente der Vertreibungsgeschichte eingesehen und Zeitzeugeninterviews gehört werden können. Das alles ist kostenfrei und öffentlich zugänglich.

Was ist nach dem grundlegenden Umbau vom alten Deutschlandhaus geblieben?

Das alte Deutschlandhaus ist in vielem noch lebendig. So trägt das Gebäude weiterhin diesen Namen. Im Foyer sind drei Buntglasfenster aus dem früheren Treppenhaus des Deutschlandhauses zu sehen, die auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen verweisen. Außerdem gibt es Räume, die noch das alte Interieur haben. Das gleiche gilt auch für das frühere „Café Stresemann“, das nun als Restaurant „Margarete“ neu entsteht. Der Name stammt von der schlesischen Großmutter des Gastronomen, der dieses Restaurant betreiben wird.

Die alte Stiftung Deutschlandhaus ist 1999 erloschen, ein Teil ihrer Bestände ist in



Erinnerung an millionenfaches Schicksal: Dieser Flüchtlingswagen ist eines der markantesten Exponate in der Ständigen Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Foto: Thomas Bruns

den Besitz der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung übergegangen. Der Gründungsdirektor unserer Stiftung, Manfred Kittel, hat ab 2010 damit begonnen, eine Objektsammlung zusammenzutragen. Über die Jahre haben wir zudem sehr viele Exponate und Dokumente überlassen bekommen, sodass wir künftig in der Lage sind, in großer Breite Familiengeschichten und Einzelschicksale zu erzählen. Wir können zum Beispiel die Geschichte eines Handwagens zeigen, mit dem eine Familie geflohen ist. Wir können den Fluchtweg nachzeichnen, wer dabei war, wer vielleicht ums Leben gekommen ist, wo diese Menschen gelandet sind und wie sich ihr weiteres Leben gestaltet hat.

Welchen Platz nehmen die heutigen Vertreibungen in der Arbeit des Hauses ein?

Das Vertreibungsgeschehen der Gegenwart – in der Wissenschaft sprechen wir eher von Zwangsmigration – ist überall im Haus präsent. Es wäre unglaublich und auch unklug, wenn wir uns abschneiden würden von den Ereignissen der Gegenwart, denn diese sind den Besuchern meist präsenter als die historische Vertreibung der Deutschen. Zudem werden diejenigen, die selbst Flucht und Vertreibung aus dem Osten erlebt haben, stetig weniger. Zwar kommen auch ihre Nachfahren zu uns, doch auch für sie ist das Thema ein historisches. Wenn wir also das Bewusstsein für den Heimatverlust von rund 14 Millionen Deutschen durch Vertreibung und Flucht wachhalten wollen, müssen wir die Geschichte immer wieder in einen Resonanzraum der Gegenwart stellen. Nicht zuletzt zeigen wir so, dass Zwangsmigration in der modernen Welt kein lokales Ereignis ist, sondern eines der ganz zentralen Probleme.

Was entgegnen Sie Ostpreußen, Schlesiern und Pommern, die befürchten, dass bei dieser Herangehensweise, die durchaus nachvollziehbar ist, das eigene Vertreibungsschicksal nach und nach an den Rand gedrängt werden könnte?

Ich bin sicher, dass jeder, der hierherkommt, erkennen wird, dass Flucht und Vertreibung der Deutschen überall im Mittelpunkt stehen. Gerade im zweiten Teil der Ständigen Ausstellung wird explizit aufgefächert, wie

die jeweilige Situation in Ostpreußen, Schlesien, Pommern oder auch in Südosteuropa war. Wir haben ja nicht nur mit den Vertriebenen von östlich der Oder und Neiße zu tun, sondern auch mit der Vertreibung der deutschen Minderheiten aus Siedlungsgebieten weit außerhalb der alten Reichsgrenzen. Außerdem erzählen wir die Geschichte der Integration im Westen, von der Ankunft in den Besatzungszonen bis zur schwierigen Sesshaftwerdung in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Menschen überzeugen können, dass unsere Herangehensweise, das Geschehen in Deutschland und im östlichen Europa in einen größeren Kontext zu stellen, dem besseren Verständnis dieses Themas dient.

Die Idee eines Ortes der Erinnerung an Flucht und Vertreibung wurde in Polen und Tschechien lange kritisch bis ablehnend kommentiert. Wie ist die Lage heute?

Da hat sich vieles entspannt. Im wissenschaftlichen Beraterkreis der Stiftung haben wir sowohl einen polnischen als auch einen tschechischen Historiker sowie übrigens auch Wissenschaftler aus den USA und aus Großbritannien. Die Zusammenarbeit mit allen Kollegen ist sehr konstruktiv, und ich habe den Eindruck, dass sie aus Überzeugung Teil des Gremiums geworden sind und dies auch vertreten in ihren Ländern.

Natürlich haben wir uns auch die jeweiligen nationalen Perspektiven unserer Nachbarn angesehen, wir haben geschaut, wo es besondere Sensibilitäten gibt, und dies auch in unserer Konzeption berücksichtigt. Deshalb gehe ich nicht davon aus, dass in den nächsten Wochen ein Sturm der Entrüstung in Polen oder in Tschechien losbricht. Nicht zuletzt, weil wir eben auch andere Perspektiven darstellen, neben dem Holocaust etwa auch die Zwangsumsiedlung polnischer Bürger aus dem Osten ihres Landes in den alten deutschen Osten.

Auch vor Ort in den einstigen Vertreibungsgebieten hat sich in den letzten Jahren vieles getan, in Universitäten und Museen wird offener mit der deutschen Geschichte umgegangen. Erfahren Sie von dort Interesse an einer Zusammenarbeit?

Durchaus. Wir haben schon seit vielen Jahren Kontakte etwa zu polnischen Museen und Erinnerungsorten. In der Ständigen Ausstellung zeigen wir am Ende auch einen europäischen Epilog, in dem wir auf Projekte und Initiativen verweisen, die sich mit der deutschen Geschichte der eigenen Region beschäftigen und dabei auch auf Flucht und Vertreibung der Deutschen eingehen. In Brünn, Tschechien: Brno, findet zum Beispiel seit Jahren der Brünner Friedensmarsch statt, der sich auf den Brünner Todesmarsch am Ende des Zweiten Weltkriegs bezieht, bei dem Tausende Deutsche ums Leben kamen. Dieser Friedensmarsch, einst von einem jungen Tschechen initiiert, ist inzwischen zu einem bedeutenden Ereignis der Region Brünn geworden, bei dem sich die heutigen Bewohner der Geschichte stellen.

Das Dokumentationszentrum sitzt inmitten einer reichhaltigen Gedenkstättenlandschaft. Wie steht man dort zu den neuen Nachbarn?

Ich stehe schon seit Jahren im Austausch mit den Leitungen der Gedenkstätten in der Nachbarschaft. Mit der „Topographie des Terrors“ auf dem Gelände des früheren Reichssicherheitshauptamtes gleich nebeneinander haben wir bereits gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Sehr gute Arbeitsbeziehungen gibt es auch zur Stiftung Exilmuseum; ein Projekt, das sich der Flucht deutscher Juden aus dem nationalsozialistischen Deutschland sowie deren Leben im Ausland widmet und hoffentlich bald am Anhalter Bahnhof, schräg gegenüber von uns, realisiert wird. Ich kann mir gut vorstellen, auch mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zu kooperieren. Das alles muss natürlich wachsen.

Haben Sie ein Lieblingsexponat in Ihrem Haus?

Es gibt ein sehr schönes Exponat im ersten Teil der Ständigen Ausstellung. Dort haben wir an jeder Themeninsel sogenannte Leitobjekte, die in dieses Thema einführen. Das Leitobjekt zur Themeninsel „Wege und Lager“ ist ein Mantel mit Fellbesatz aus Ostpreußen. Dieser gehörte einst dem siebenjährigen Jungen Eitel Koschorreck, der bei Beginn der Flucht von seinen Eltern in diesen viel zu großen Mantel gewickelt wurde. Dieser Mantel war für den kleinen Eitel in den Wochen der Flucht der einzige Schutz gegen die Kälte. Entsprechend hat er den Mantel sein Leben lang aufgehoben, ihn gepflegt und wie seinen Augapfel gehütet. Jahrzehnte später hat er ihn dann an uns übergeben, sodass wir ihn nun zusammen mit historischen Fotos und Notizen aus dem Familienalbum der Koschorrecks zeigen können.

Zu guter Letzt ein Blick voraus: Kann das Dokumentationszentrum einen Beitrag dazu leisten, dass die Deutschen und ihre Nachbarn eines Tages Frieden schließen mit ihrer leidvollen Geschichte, gerade auch mit dem schmerzvollen Kapitel von Flucht und Vertreibung?

Ich hoffe es. Nicht ohne Grund tragen wir auch das Wort „Versöhnung“ im Namen. Wir versuchen, hier etwas anzubieten, das sowohl die deutschen Erfahrungen thematisiert als auch die Erfahrungen unserer Nachbarn. Wir wollen das Bewusstsein vermitteln, dass wir es bei Flucht und Vertreibung mit einschneidenden Erlebnissen zu tun haben, mit vielschichtigen Verlusterfahrungen sowie auch mit komplizierten sozialen Prozessen, etwa bei der Integration. Wir wollen zeigen, dass dies kein Thema nur der Betroffenen ist und schon gar nicht für politische Schlagabtausche geeignet ist, sondern ein universelles Thema bleibt, aus dem die gesamte Gesellschaft immer wieder ihre Lehren ziehen kann.

Das Interview führte René Nehring

—
Wenn wir das Bewusstsein für den Heimatverlust von rund 14 Millionen Deutschen wachhalten wollen, müssen wir die Geschichte immer wieder in einen Resonanzraum der Gegenwart stellen

Zur Person



Dr. Gundula Bavendamm ist Historikerin und Kulturmanagerin. Von 2010 bis 2016 leitete sie das Berliner Alliiertenmuseum. Seit 2016 ist sie Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.
www.flucht-vertreibung-versoehnung.de

● MELDUNGEN

Umstrittene Staatstrojaner

Berlin – Der Bundestag hat am 10. Juni Grünes Licht für den Einsatz von sogenannten Staatstrojanern seitens der Bundespolizei und des Verfassungsschutzes gegeben. Durch das „Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei“ sowie das „Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts“ erhielten die beiden Sicherheitsbehörden jetzt ganz offiziell die Befugnis, Späh- und Abhörsoftware auf den Computern und Smartphones von Verdächtigen zu installieren, um zum Beispiel auch verschlüsselte Nachrichten über Dienste wie WhatsApp mitzulesen. Das Gesetzespaket wurde mit den Stimmen der Großen Koalition angenommen – die Opposition stimmte geschlossen dagegen. Kritikern zufolge ist die Verwendung der Staatstrojaner nicht nur verfassungswidrig, sondern auch eine Gefahr für die IT-Sicherheit hierzulande, weil die Behörden dabei technische Hintertüren nutzen, statt diese im Interesse der Allgemeinheit zu schließen. **W.K.**

Kemmerich ist wiedergewählt

Erfurt – Die Thüringer FDP hat am 12. Juni ihren Landesvorsitzenden Thomas Kemmerich wiedergewählt. Der 56-Jährige erhielt 66,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Sein Gegenkandidat Hagen Hultsch aus Weimar bekam 28,5 Prozent. 31 der 145 Delegierten übten bei der Wahl Stimmenthaltung. Kemmerich schloss nicht aus, auch als Spitzenkandidat zur Landtagswahl anzutreten, sollte dieser zeitgleich mit der Bundestagswahl im September stattfinden. FDP-Generalsekretär Volker Wissing hatte Ende 2020 angekündigt, den Thüringer Parteifreunden keine Unterstützung zu geben, sollten diese Kemmerich erneut zum Spitzenkandidaten machen. Kemmerich war im Februar 2020 mit Stimmen von CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt worden. Nach starkem politischen Druck auch aus der eigenen Partei war Kemmerich bereits nach wenigen Tagen wieder zurückgetreten. **N.H.**

Klage gegen EU-Fonds

Berlin – Die Bundestagsfraktion der Linkspartei hat beim Bundesverfassungsgericht eine Organklage gegen den Europäischen Verteidigungsfonds eingereicht. Das Förderprogramm für gemeinsame europäische Rüstungsprojekte ist mit knapp acht Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt ausgestattet. Da der Fonds eine militärische Aufrüstung finanziert, widerspricht er nach Ansicht der Linken den EU-Grundlagenverträgen. Gestützt wird diese Sichtweise durch ein Rechtsgutachten, das die Fraktion der Linkspartei im sogenannten EU-Parlament im Jahr 2018 in Auftrag gegeben hatte. Laut dem Verfasser des Gutachtens, Andreas Fischer-Lescano von der Universität Bremen, verbietet der Vertrag von Lissabon ausdrücklich die Finanzierung von Militär- oder Verteidigungsvorhaben aus dem EU-Haushalt. Aus Sicht des Rechtswissenschaftlers gilt dies unabhängig davon, welche Begründung herangezogen wird. **N.H.**

VON LYDIA KONRAD

Die neuerdings rapide gefallenen Corona-Zahlen hierzulande erlauben eine stufenweise Rückkehr zur Normalität. Nun wird es glücklicherweise wieder im zunehmenden Maße möglich, umfangreichere soziale Kontakte zu pflegen, im Restaurant zu essen, Museen zu besuchen oder in den Urlaub zu fliegen.

Doch darüber freut sich durchaus nicht jeder, denn bei vielen Menschen haben die Pandemie sowie die damit verbundenen Restriktionen tiefe seelische Spuren hinterlassen. Was vor der Corona-Krise normal erschien, mutet jetzt plötzlich befremdlich an oder löst gar Angst aus wie körperliche Nähe, soziale Kontakte in der Realität statt im virtuellen Raum, der Aufenthalt draußen oder Menschenansammlungen in der Öffentlichkeit.

Dass es zu solchen Effekten kommen wird, haben Psychologen von der University of British Columbia im kanadischen Vancouver schon ganz zu Beginn der Pandemie vorhergesagt und deshalb vor einer zu weitgehenden Isolierung der Menschen aus Infektionsschutzgründen gewarnt. Dabei stellen die jetzt vor der Normalität Zurückschreckenden keinesfalls nur überängstliche Minderheiten dar.

Im Zuge einer kürzlich durchgeführten repräsentativen Umfrage der American Psychological Association zum Thema „Stress in America 2021“, sagten 49 Prozent der Teilnehmer, der Gedanke an die zwangsläufig wieder häufiger notwendig werdenden Außer-Haus-Kontakte und -Aktivitäten nach dem Ende der Pandemie mache ihnen Angst.

Interessanterweise zeigen sich in diesem Punkt nur minimale Unterschiede zwischen Ungeimpften und Geimpften. Von denen, die bereits alle empfohlenen Vakzinen erhalten haben, signalisierten immerhin auch noch 48 Prozent großes Unwohlsein anlässlich des nunmehrigen Drucks, genau wie vor Beginn der Corona-Krise zu agieren.

Das wirft die Frage auf, wieso Geimpfte, die sich doch eigentlich immun beziehungsweise weitgehend geschützt fühlen müssten, gleichermaßen Unbehagen oder Ängste entwickeln, wenn sie wieder stärker am öffentlichen Leben teilnehmen und ihre Behausungen verlassen sollen. Hierzu gab der Psychiater Alan Teo von der Oregon Health & Science University in Portland die bisher überzeugendste Erklärung ab. Neben der individuellen Überbewertung des Risikos, trotz der Impfung ernsthaft an Covid-19 zu erkranken, spiele vor allem Gewohnheit eine Rolle: „Wir mussten uns angewöhnen, Masken zu tragen, uns voneinander zu distanzieren und



Folge von Lockdowns und monatelangem Homeoffice: Hypersensible Menschen fürchten die Rückkehr zur Normalität

HÖHLENSYNDROM

Gefangen in der Corona-Angst

Psychologen haben frühzeitig vor den Folgen der Maßnahmen gewarnt

keine Menschen einzuladen.“ Und dies sei letztlich das Hauptproblem: Es falle grundsätzlich immer „sehr schwer, mit einer Gewohnheit zu brechen, wenn man sie erst einmal entwickelt hat“.

Für das Gesamtpaket all dieser eingefahrenen ängstlich-vermeidenden Denk- und Verhaltensweisen prägten US-Forscher jetzt die Bezeichnung „Cave Syndrome“, während man in Deutschland stattdessen vom „Höhlelsyndrom“ spricht. Die Betroffenen wollen lieber in ihren engen, aber schützenden vier Wänden bleiben, die während der vergangenen Pandemiewellen als der einzig sichere Ort galten. Schließlich hatten die Politiker und Virologen unablässig „Bleibt zu Hause!“ skandiert – und dabei zugleich noch nach Kräften die Angst vor einem grausigen Erstickenstod geschürt.

Nun wird es schwierig, die Traumatisierten oder von Natur aus Übervorsichtigen dazu zu bringen, das alles wieder zu vergessen. Doch dies ist dringend notwendig, weil nach den verheerenden Lock-

downs sonst noch weitere wirtschaftliche Schäden drohen. So gingen in den USA jetzt die Mitarbeiter des IT-Konzerns

wollen. Wenn Derartiges Schule macht, kann das unabsehbare Folgen haben.

Als probate Mittel zur Überwindung des Höhlelsyndroms empfehlen Psychologen und Ärzte zwei Strategien: Eine Kombination aus körperlicher Bewegung und Begegnungen mit anderen Personen sowie demonstrativ gelassenes Auftreten all derer, welche nicht betroffen sind. Hierzu sagte der Berliner Mediziner Ilker-Akgün Aydin: Je normaler sich das Umfeld bewege und lebe, desto einfacher werde es auch für die Geschädigten sein, in den üblichen Alltag zurückzukehren.

Insofern verbietet sich jegliches Geräune von der nächsten Welle oder das unsinnige Festhalten an längst überflüssig gewordenen Regeln zur Corona-Bekämpfung wie der Pflicht zum Tragen von Masken außerhalb von geschlossenen Räumen. Denn die „Mund-Nase-Bedeckung“ signalisiert natürlich Gefahr und sorgt somit für das Fortbestehen des pathologischen Drangs, in der vermeintlich schützenden „Höhle“ zu verharren.

Es ist „... sehr schwer, mit einer Gewohnheit zu brechen, wenn man sie erst einmal entwickelt hat.“

Alan Teo
Psychiater der Oregon Health & Science University

Apple auf die Barrikaden, weil sie nicht in die potentiell „gefährlichen“ Großraumbüros des Unternehmens zurückkehren

CAUSA HUBERTUS KNABE

Parlamentarisches Foulspiel?

Sender rbb liegt Exklusiv-Material zur Affäre um den Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen vor

Nach Informationen des Senders rbb bescheinigt der Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Gedenkstätte Hohenschönhausen“ Hubertus Knabe ein massives Versagen. Der Stiftungsrat der Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen hatte Knabe im September 2018 als Gedenkstättenleiter entlassen. Laut dem Bericht des Untersuchungsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses soll Knabe seit Februar 2016 mehrfach über Beschwerden von Frauen über seinen Stellvertreter Helmut Frauendorfer unterrichtet worden sein.

Die Mehrheit des Untersuchungsausschusses unter der Leitung der Grünen-Abgeordneten Sabine Bangert wirft Knabe vor, die Frauen nicht ausreichend geschützt zu haben und zudem in der Aufarbeitung der Affäre versagt zu haben. Als

Gedenkstättenleiter habe er stattdessen mit „Vorwürfen der Verleumdung“, „Verharmlosungen und Relativierungen“ reagiert, so Zitate aus dem Bericht.

Geheimhaltungspflicht verletzt

Der Umstand, dass dem öffentlich-rechtlichen Sender der 300-seitige Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum jetzigen Zeitpunkt und nach Angaben der Redaktion rbb24-Recherche exklusiv vorliegt, wirft Fragen auf. Offiziell soll der Ausschuss seinen Bericht und auch die Bewertungen der Opposition erst im Laufe des Sommers der Öffentlichkeit vorgelegen. Bis zur Veröffentlichung unterliegt nicht nur der Abschlussbericht einer Geheimhaltungspflicht, sondern betrifft dies auch die Sondervoten.

Mit dem vorzeitigen Durchstechen des Abschlussberichts an den rbb besteht

die Gefahr, dass schon sehr frühzeitig die Weichen für eine bestimmte Deutung der Causa Hubertus Knabe gestellt werden sollen. Halten sich FDP, CDU und AfD an die üblichen parlamentarischen Regeln, dann können sie ihre Sichtweise in ihren Sondervoten erst in einigen Wochen im Detail der Öffentlichkeit vorstellen.

Der rbb trägt dieser Problematik immerhin insofern Rechnung, als dass in der Berichterstattung zumindest erwähnt wird, dass die drei Oppositionsfraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus abweichende Sondervoten zum Abschlussbericht vorlegen werden. Zudem wurde Knabe um eine Stellungnahme gebeten.

Darüber hinaus zitiert der rbb auch den FDP-Abgeordneten Stefan Förster (FDP). Für diesen haben sich aus den Akten Indizien ergeben, dass die Übergriffigkeiten des Knabe-Stellvertreters gezielt

instrumentalisiert worden seien, um letztlich Hubertus Knabe als Chef der Gedenkstätte loszuwerden. „Herr Knabe war ein Dorn im Auge. Es ist die Geschichte einer lang geplanten Absetzung, die sich über viele Jahre hinzieht“, so die Analyse des FDP-Abgeordneten.

Zu welchen Schlüssen die beiden anderen Oppositionsparteien gekommen sind, wird sich zeigen, wenn zeitgleich mit dem Abschlussbericht, der die Mehrheitsmeinung widerspiegelt, auch ganz offiziell die Sondervoten von FDP, CDU und AfD der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Als wahrscheinlich kann gelten, dass das frühzeitige Bekanntwerden des Hauptberichts durch einen Bruch der Geheimhaltungspflicht von einem Mitarbeiter oder Abgeordneten aus dem Lager der rot-rot-grünen Regierungskoalition möglich wurde. **Hermann Müller**

HAUSBESETZER

Eskalation in der Grünen-Hochburg

In der Rigaer Straße mündet jahrelanges Versagen und Schönreden in eine linksextreme Gewaltorgie

VON NORMAN HANERT

Mehr als fünf Jahre hat es gedauert, bis im Fall des linksextremen Wohnprojekts in der Rigaer Straße 94 Hinweise auf massive Brandschutzprobleme vor Ort durch einen Experten überprüft werden konnten. Bereits Anfang Februar 2016 hatte sich die Berliner Polizei mit einem zweiseitigen Brief an das Grünengeführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg gewandt und von schwerwiegenden Brandschutzmängeln in dem teilbesetzten Haus berichtet. Bei Einsätzen in dem Gebäudekomplex war Polizeikräften unter anderem aufgefallen, dass Treppengeländer und sogar ganze Treppen fehlten oder Türen so umgebaut worden waren, dass Rettungskräfte im Notfall nicht helfen könnten.

Dass ein Brandschutzexperte diese schwerwiegenden Hinweise erst Jahre später vor Ort überprüfen konnte, liegt ganz entscheidend am Agieren des Baustadtrats Florian Schmidt. Erst im März hatte das Berliner Verwaltungsgericht in einem Beschluss dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und damit Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann und Baustadtrat Florian Schmidt (beide Grüne) bescheinigt, sich nicht an Recht und Gesetz gehalten zu haben und jahrelang untätig geblieben zu sein, obwohl es klare Hinweise auf Brandschutzmängel gab. Die Verwaltungsrichter gaben dem Bezirksamt zudem auf, die Bewohner der Rigaer Straße 94 anzuweisen, eine Brandschutzprüfung durch den Eigentümer des Hauses und dessen Gutachter dulden zu müssen.

Versuchter Totschlag an Beamten

Um die Begehung durch einen Prüfmann durchzusetzen, musste Berlins Polizei am 17. Juni insgesamt fast 1300 Beamte aufbieten. Bereits am Tag vor der angekündigten Brandschutzprüfung hatten Hunderte Vermummte in der Rigaer Straße Barrikaden gebaut und Reifen angezündet.

Eintreffende Einsatzkräfte wurden schließlich von umliegenden Dächern aus großer Höhe mit schweren Pflastersteinen beworfen. Dabei wurden mehr als 65 Beamte verletzt, zwei sogar so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt wer-



Selbst Feuerwehrleute von linken Gewalttätern attackiert: Brennende Barrikade in der Rigaer Straße

Foto: Ullstein

den mussten. Laut Innensenator Geisel (SPD) laufen inzwischen zwölf Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung, besonders schwerem Landfriedensbruch und versuchten Totschlags. Bereits in der Vorwoche waren Polizisten und Feuerwehrleute im Bereich der Rigaer Straße in einen Hinterhalt gelockt worden, als bei Löscharbeiten an einem brennenden Müllbehälter plötzlich ein Hagel von Pflastersteinen niederging.

Auch am 17. Juni, dem Tag der Brandschutzprüfung, wurden Spezialkräfte der Polizei mit Steinen und Böllern attackiert sowie mit Farbe und Feuerlöschpulver besprüht, als sie dem Brandschutzgutachter den Weg ins verbarrikadierte Haus freimachten. Der Innensenator sprach von rund 20 Beamten, die bei diesem Einsatz verletzt worden seien.

Im Rückblick könnte sich die Gewaltorgie der Linksextremisten rund um die

Brandschutzbegehung als ein Wendepunkt für das Samariterkiez genannte Stadtviertel herausstellen. Die Aktionen der Linksextremisten waren so massiv und menschenverachtend, dass sich Politiker, die in der Vergangenheit Verständnis für die linksextreme Hausbesetzerszene gezeigt haben, diesmal entweder auffällig zurückhalten, oder aber sogar auf Distanz gehen.

Grüne geraten in Bedrängnis

In der Bezirksverordnetenversammlung lehnten es Grüne und Linkspartei zwar ab, sich einer Resolution der FDP anzuschließen, in der ausdrücklich von „linksextremem Gewalt“ die Rede ist. Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann positionierte sich allerdings recht deutlich: „Es kann nicht sein, dass Kinder heute aus ihren Kitas und ihrer Schule evakuiert werden mussten und Menschen sich um ihre Sicherheit im Wohn- und Arbeitsum-

feld sorgen, weil eine gewaltbereite Minderheit für derartige Szenen und Gefahr im Kiez sorgt.“

Obendrein ist die neuerliche Gewaltwelle im Samariterkiez inzwischen auch zu einem Thema für die Bundespolitik geworden: Die SPD-Landesinnenminister haben die Ausschreitungen verurteilt und sich mit ihrem Berliner Kollegen Geisel solidarisiert. Ein wichtiges Signal kam zudem von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. In einem Brief an die Einsatzkräfte sprach er ausdrücklich von „linksextremen Ausschreitungen in der Rigaer Straße“ und „lebensgefährlichen Angriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte“, die ihn erschüttert hätten. Mit dieser geänderten Stimmungslage könnte es auch für das Grünengeführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg schwieriger werden, die in den vergangenen Jahren verfolgte Deeskalationslinie gegenüber dem linksextremen Projekt „Rigaer 94“ fortzusetzen.

VERKEHRSPOLITIK

Lieber teuren Deckel als günstigen Lückenschluss

Berliner Senat sorgt mit seiner wirren Schwerpunktsetzung für Kopfschütteln

Berlins Stadtautobahn A 100 gehört neben dem Kölner Ring zu den Autobahnabschnitten in Deutschland, die am stärksten befahren werden. Als die Bundesanstalt für Straßenwesen im Jahr 2015 eine Zählung durchführte, ermittelte sie dabei die Zahl von 168.000 Fahrzeugen, die täglich auf dem Berliner Stadtring unterwegs sind. Der Senat hat nun eine Überdeckung der A 100 zwischen Knobelsdorffbrücke und Kaiserdammbücke über eine Machbarkeitsstudie prüfen lassen.

Die beauftragte Firma Deutsche Einheit Fernstraßenplanung und -bau (Deges) hat abschreckend hohe Kosten ermittelt: Soll der Autobahnabschnitt samt S- und Fernbahngleisen auf 300 Metern Länge komplett unter einem Betondach verschwinden, ist nach den Berechnungen mit Kosten von 280 Millionen Euro zu rechnen. Etwas günstiger schneidet

eine Variante ab, bei der lediglich links und rechts die Fahrbahnen unter einer Betondecke verschwinden und die Bahngleise in der Mitte der Verkehrsschneise weiter offen bleiben. Die Kosten dieser Variante beziffert die Deges auf 148 Millionen Euro.

Hohe Folgekosten kommen dazu

Hauptargument des Senats für den Deckel ist vor allem der Lärmschutz für die Anwohner. Ob die Pläne angesichts der hohen Kosten tatsächlich umgesetzt werden, ist allerdings offen. Neben den reinen Baukosten ist nämlich auch noch mit erheblichen Aufwendungen für den Unterhalt zu rechnen. Bei einer angenommenen Nutzungsdauer von 70 Jahren ermittelte die Deges für die Volldeckung zusätzliche Kosten für den Unterhalt von 190 Millionen Euro.

Sehr viel preiswerter ist dagegen ein Lückenschluss im Berliner U-Bahnnetz zu haben. Im Berliner Südwesten müsste die U-Bahnlinie 3 nur um einige Hundert Meter verlängert werden, um am Mexikoplatz eine neue Umsteigemöglichkeit zur Wannseebahn der S-Bahn zu schaffen. Bislang ist Krumme Lanke die Endstation der U3. Mit der Streckenverlängerung würde die U-Bahnlinie beim S-Bahnhof Mexikoplatz enden. Verkehrsplaner und erstaunlicherweise auch alle Parteien sind sich einig, dass die Strecke gebaut werden soll.

Seit hundert Jahren baubereit

Trotzdem kommt das Projekt nicht voran. Bislang ungeklärt ist vor allem die Finanzierung. Die Kostenschätzungen belaufen sich auf etwa 49 Millionen Euro. Aus Sicht des Senats besonders attraktiv ist die Aus-

sicht, dass möglicherweise der Bund 75 Prozent der Baukosten übernimmt. Dazu müsste Berlin jedoch über eine Untersuchung ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis des Projekts nachweisen. Für das Vorhaben bedeutet dies allerdings eine weitere Verzögerung um zwei Jahre.

Mit Glück könnte der kurze Lückenschluss im Jahr 2030 bereits fertig sein. Der Platz für die Strecke wird mittlerweile schon seit fast hundert Jahren von Bebauung freigehalten. Bereits in den 1930er Jahren hatte der Bauunternehmer Adolf Sommerfeld Pläne, die U-Bahnlinie sogar bis nach Kleinmachnow zu verlängern. Der Sommerfeld-Konzern hatte Ende der 1920er Jahre die Kosten für eine Verlängerung der U-Bahnlinie von der Station Thielplatz bis Krumme Lanke übernommen und der Stadt Berlin damit drei Kilometer U-Bahn geschenkt. N.H.

KOLUMNE

Hamas in Berlin

VON VERA LENGSELD

Am Ende einer Woche, in der die Linksextremisten mit dem Feuer gespielt und Barrikaden in Brand gesetzt haben, um eine Brandschutzkontrolle im von ihnen besetzten Haus zu verhindern und dabei über 60 Polizisten verletzt, liegt brütende Hitze über der Stadt. Ich hatte eine Einladung zu einem „Galerie-Special“ in der Fassadenstraße bekommen, bei dem auch eine befreundete Malerin beteiligt sein sollte, und machte mich dorthin auf.

In der Galerie angekommen, stellte sich allerdings heraus, das mit „Special“ nur verlängerte Öffnungszeiten gemeint waren. Das haben außer uns offenbar alle, die eine Einladung dazu erhalten hatten, gewusst, denn wir waren die einzigen Besucher. Ganz vorn hingen drei deprimierende Gemälde von Paula Modersohn-Becker, meine Bekannte war mit zwei Werken vertreten, die im Raum dahinter hingen.

Der alte Galerist schlenderte auf und ab, ohne uns zur Kenntnis zu nehmen. Wir verließen seine ungastlichen Räume entsprechend schnell. Zum Glück war das Literaturhaus schräg gegenüber, und wir ergatterten im schönen Garten einen Schattenplatz und konnten es uns bei kühlen Getränken und einem Cassis gutgehen lassen. Hier verkehrt die Westberliner Schickleria. Dass sich die Zeiten geändert haben, sah man nur daran, dass auch wir hier waren und Thomas Krüger, der Chef der Bundesanstalt für politische Bildung, ein kurzes Stelldichein gab.

Krüger kenne ich noch aus Ostberliner Zeiten. Ich hätte ihn gern gefragt, warum seine Bundeszentrale über dem eifrigen Kampf gegen rechts den sehr virulenten Linksextremismus links liegen lässt, aber das hätte die Sonntagsruhe gestört. Ich wollte mal nicht an Politik denken. Aber die holte mich auf dem Rückweg ein. Nahe der Wohnung meines Sohnes in Moabit gibt es einen Palästinenserladen. Als wir vorbeikamen, wurde gerade ein Tisch auf den Gehweg gestellt. Als wir etwa eine halbe Stunde später auf dem Balkon saßen, hörten wir die wütenden Sprechchöre einer Spontan-Demo gegen das Verbot der Hamas-Flagge, das eben bekannt geworden war. Gut geschützt von der Polizei. Mit der Ruhe war es vorbei.

MELDUNG

Baubeginn

Potsdam – Im sogenannten Block III des neuen Wohn- und Geschäftsquartiers an Potsdams Altem Markt hat am 14. Juni eine symbolische Grundsteinlegung stattgefunden. Nach dem Vorkriegs-Grundriss werden vier Investoren insgesamt 16 Häuser bauen. Die Fassaden der vier Eckhäuser sollen weitgehend ihre historische Gestalt erhalten. Als besonders anspruchsvolles Vorhaben gilt das Eckhaus Altem Markt 3. Das Original mit Sandsteinfassade war von Knobelsdorff entworfen worden. Die aufwendigste Fassade wird nach historischem Vorbild der „Plögerschen Gasthof“ erhalten. Neben zwei Genossenschaften bauen auf dem Areal auch vier private Investoren. Laut Plan sollen die Rohbauten bis Mitte 2022 stehen. Das Karree insgesamt soll bis Mitte 2023 fertig sein. Zu DDR-Zeiten stand hier eine Fachhochschule, die vor drei Jahren abgerissen wurde. N.H.

● MELDUNGEN

Vier gegen die Seidenstraße

Washington – Demonstrative und umfassende militärische Aufrüstung, Geltendmachung ungerechtfertigter territorialer Ansprüche, massive Ausübung von wirtschaftlichem Druck, Untergrabung des Völkerrechts, unzulässige Einmischung in die Belange von Nachbarstaaten, Cyber-Spionage und die Ausführung von Cyber-Attacks – all diese Aktivitäten der Volksrepublik China lassen in den anderen Pazifik-Anrainerstaaten die Alarmglocken läuten. Deshalb suchen die USA, Australien und Japan nun nach Wegen, dem chinesischen Treiben Einhalt zu gebieten. In diesem Zusammenhang streben sie auch die Wiederbelebung früherer Bündnisse und Initiativen an. Hierzu zählen der bisher nur informell existierende Viererband Quad unter Einschluss Indiens und das Projekt Blue Dot Network – basierend auf einer Idee von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump aus dem Jahre 2019. Letzteres war als umfassender Gegenentwurf zu Pekings Neuer Seidenstraße gedacht. **W.K.**

Greencard nicht für Illegale

Washington – 1997 reiste der Staatsbürger von El Salvador Jose Santos Sanchez illegal in die USA ein. 2001 erhielt er aus humanitären Gründen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht. 2014 beantragte Sanchez dann außerdem die Anerkennung als „Rechtmäßiger Ständiger Einwohner“ (Lawful Permanent Resident) sowie die Ausstellung einer United States Permanent Resident Card – umgangssprachlich „Green Card“ genannt. Beides wurde ihm verweigert. Daraufhin verklagte er den Minister für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten, Alejandro Nicholas Mayorkas, vor dem Obersten Gerichtshof in Washington. Dieser entschied den Fall mit der Nummer 20-315 am 7. Juni. Das einstimmige Votum des Supreme Court lautete: Wer illegal in die USA einreise, habe sein Recht verwirkt, eine Green Card zu beantragen beziehungsweise zu erhalten. Daran ändere auch die langjährige Duldung des Immigranten aus humanitären Gründen nichts. **W.K.**

Dritte Welle in Russland

Moskau – Die Zahl der täglichen Corona-Neuinfektionen in Russland ist zurzeit so hoch wie nie zuvor. Nachdem die Beschränkungen des öffentlichen Lebens nahezu aufgehoben worden waren, soll derzeit die Delta-Variante des Virus Auslöser für den erneuten Ausbruch der Epidemie sein. Ein Grund für den Wiederanstieg der Neuinfektionen ist aber auch in der Impfskepsis der Russen zu sehen. Erst 13 Prozent der Bevölkerung sind durchgeimpft, und das, obwohl drei heimische Impfstoffe zur Verfügung stehen und dies in ausreichender Menge. Die Stadt Moskau und drei weitere Regionen wollen nun eine Impfpflicht für Arbeitgeber in Bereichen mit sozialen Kontakten – unter anderem Einkaufszentren, Gesundheit, Bildung, Gastronomie, Banken, Theater und Museen – einführen. Die Unternehmen sollen verpflichtet werden, mindestens 60 Prozent ihrer Mitarbeiter impfen zu lassen. **MRK**

FRATELLI D'ITALIA

Neue Rechtspartei auf Erfolgskurs

Einzige Oppositionspartei Italiens setzt Salvini und Berlusconi unter Druck

VON BODO BOST

Italiens Lega um Ex-Innenminister Matteo Salvini und die konservative Forza Italia um Ex-Premier Silvio Berlusconi planen den Zusammenschluss ihrer Parteien bis zur Parlamentswahl, die spätestens 2023 stattfinden wird. Das neue Bündnis der Mitte-Rechts-Parteien soll im Parlament schon jetzt eine gemeinsame Fraktion bilden. Beide Parteien unterstützen die Regierung von Premier Mario Draghi.

Zusammenschluss geplant

Die Rechtspartei Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni, die einzige Oppositionspartei im derzeitigen Parlament, will sich Salvini neuer Föderation nicht anschließen. Meloni hofft, mit harter Opposition gegen das Kabinett Draghi in Hinblick auf die Parlamentswahl zu punkten. Das

könnte sich auszahlen, denn laut Umfragen liegen die Fratelli derzeit auf Platz zwei der Wahlabsichten, knapp hinter der Lega. Melonis Partei würde, sollte es jetzt Wahlen geben, auf 20 Prozent der Stimmen kommen, die Lega auf 22 Prozent.

Die Beziehung der Vorsitzenden der Fratelli D'Italia („Brüder Italiens“ – so heißt der Titel der italienischen Nationalhymne) zu ihren Hauptkonkurrenten auf der Rechten ist in Wahrheit alles andere als brüderlich. Die im Kontrast dazu zur Schau gestellte Freundschaft verdeckt einen heftigen Kampf zwischen Meloni und Salvini um die Vorherrschaft auf der Rechten, der sich verschärft hat, seit die Lega im Februar der „Regierung der nationalen Einheit“ von Premierminister Mario Draghi beigetreten ist und die Fratelli allein in der Opposition zurückgelassen hat.

Sollte es 2023 zu einer neuen Rechtsregierung kommen, wie es derzeit aussieht, würde die Partei mit den meisten Stimmen wahrscheinlich den Premierminister stellen. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass der Block auf dem besten Weg ist, genau das zu erreichen. Wenn dagegen Melonis Partei als Siegerin hervorgeht, könnte sie Italiens

erste weibliche Premierministerin werden. Die Partei Fratelli d'Italia, die 2018 nur vier Prozent der Stimmen erhielt, sind seit Ende 2019 steil aufgestiegen und haben, beflügelt durch ihre hochkarätige Oppositionsrolle, noch vor Kurzem unvorstellbare Höhen erreicht.

Lega verliert Image als Alternative

Die Zugewinne gehen vor allem auf Kosten der Lega, die sich auf dem absteigenden Ast befindet, seit sie bei der Wahl zum EU-Parlament in Italien 2019 34 Prozent der Stimmen erhielt. Meloni stellt nun „eine realistische Bedrohung“ für Salvini's Führung des Rechtsbündnisses dar. Sie ist in einer sehr guten Position. Während die Lega ihr Image als Alternative verloren hat, seit sie in verschiedenen Koalitionen mitregiert – zuerst mit der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung im Jahr 2018 und jetzt in dem Mitte-Rechts-Bündnis – werden die Fratelli von vielen Wählern als konsequenter und glaubwürdiger angesehen.

Die Erben Mussolinis gelten in Italien als weniger extrem, als sie im Ausland gesehen werden. Seit den 1990er Jahren waren sie oft Juniorpartner in rechten oder bürgerlichen Regierungen, sie sind Teil des Mainstreams geworden. Alleinige Oppositionspartei zu sein, hat jedoch auch zahlreiche Vorteile. Seit Februar sammelt Meloni alle Unzufriedenen – auch der Corona-Politik der Regierung – hinter sich. Die Opposition hat zudem die Kontrolle über wichtige parlamentarische Ausschüsse wie die des staatlich kontrollierten Fernsehens und der Geheimdienste. Meloni hat zurzeit überdies ein Anrecht auf ein Drittel der Zeit, die der Politik in den staatlich kontrollierten Medien zu steht, obwohl sie nur vier Prozent der Abgeordneten stellt. Seine Oppositionsrolle zwang die Lega und Salvini in die unangenehme Lage, einen Fuß im Regierungslager und den anderen in der Opposition zu haben.

Seit dem Start der neuen Regierung sind die Spannungen zwischen Meloni und Salvini gestiegen. Mit dem Beginn der sommerlichen Welle illegaler Bootsmigranten wird Salvini's Fähigkeit, seine Rolle in der Regierung mit der von ihm selbst propagierten Null-Immigrationspolitik in Einklang zu bringen, weiter strapaziert werden.

20

Prozent der Stimmen würde Giorgia Meloni laut Umfragen holen, sollte es jetzt Wahlen geben. Damit läge sie nur ganz knapp hinter der Lega zurück



Hoffnungsträgerin italienischer Wähler: Giorgia Meloni, Chefin der Partei Fratelli D'Italia

Foto: pa

RUSSLAND

Hafterleichterung im neuen Gulag?

„Besserungsarbeitslager“ in Sibirien geplant – Konzerne sind begeistert, Menschenrechtler besorgt

Russland benötigt dringend Arbeitskräfte. Viele Arbeitsmigranten aus den zentralasiatischen Republiken waren zu Beginn der Coronakrise in ihre Heimatländer zurückgekehrt und hinterließen auf dem russischen Arbeitsmarkt Lücken, die bislang nicht geschlossen werden konnten. Da sich in Russland wegen des wirtschaftlichen Rückgangs und der steigenden Inflation nicht mehr so gut verdienen lässt wie früher, verringert sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von Jahr zu Jahr.

Das brachte Alexander Kalaschnikow, den Chef der russischen Strafvollzugsbehörde, auf den Gedanken, Strafgefangene in Bereichen des Billiglohnssektors einzusetzen, in denen bisher die Migranten tätig waren. Für diesen Zweck plant er, sogenannte Besserungsarbeitslager einzurichten. Die Häftlinge sollen beispielsweise in Sibirien Straßen und Bahngleise bauen, Wälder nach Bränden wieder aufforsten

oder in Goldminen arbeiten. Auf diese Weise, so Kalaschnikow, ließen sich so gleich die Kosten für den Unterhalt der Sträflinge und der Arbeitskräftemangel reduzieren.

Dieser Vorschlag fand Gefallen bei Justizminister Konstantin Tschuitschenko und den von den Arbeitskräften profitierenden Staatskonzernen. Als sie die Modernisierung der Baikal-Amur-Magistrale der Transsibirischen Eisenbahn als Arbeitsstätte zur Sprache brachten, die in den 1930er Jahren von Gulag-Häftlingen gebaut wurde, war den Beamten offenbar nicht bewusst, dass sie damit die Erinnerung an die menschenunwürdigen Straflager der Sowjetunion weckten.

Umso mehr kritisierten Menschenrechtsorganisationen wie Rus sidjatschaja (Das einsitzende Russland) die Pläne der Behörde scharf. Die billigen und meist effektiven Arbeitsmigranten würden

von jungen Menschen ohne Ausbildung ersetzt, die in der Regel wegen Drogendelikten verurteilt wurden. Da die Zustände in den ferngelegenen Arbeitslagern kaum zu kontrollieren seien, wären die Häftlinge der jeweiligen Lagerleitung ausgeliefert. Zumal in den bereits bestehenden Arbeitslagern das Recht so ausgelegt werde, wie es der Leitung beliebe. Russische Gefängnisse sind berüchtigt.

Laut Kalaschnikow sollen die Besserungsarbeitslager im Gegensatz zu normalen Gefängnissen, in denen Insassen für zwei Stunden am Tag Pflichtarbeit leisten müssen, freiwillig sein. „Das werden absolute neue, würdige Bedingungen“, erklärte er. Die Gefangenen könnten sich auf dem Portal der Behörde zuvor umfassend über die Arbeit informieren. Die Tätigkeit in einem Besserungslager diene der Resozialisierung der Häftlinge. Für ihre Arbeit könnten sie umgerechnet zwischen 230

und 350 Euro Lohn monatlich bekommen, müssten aber fünf bis 20 Prozent an den Staat abgeben. Die Einwilligung zur Zwangsarbeit hat für die Strafgefangenen zur Folge, dass sie nicht vorzeitig entlassen werden können wie beim Regelvollzug.

In russischen Gefängnissen sitzen derzeit 478.000 Menschen ein. Für die Zwangsarbeit kämen nur 188.000 von ihnen in Frage, da nur solche Häftlinge zur Zwangsarbeit zugelassen werden sollen, denen leichte bis mittelschwere Verbrechen zur Last gelegt werden. Russland benötigt etwa eine Million Arbeitsmigranten. Sie durch Häftlinge zu ersetzen, wird somit kaum gelingen.

Laut staatlichem Meinungsforschungsinstitut WZIOM sind 71 Prozent der Russen für eine Wiedereinführung der Zwangsarbeit und nur 21 Prozent befürchten eine Wiedereinführung des Stalinschen Gulag.

Manuela Rosenthal-Kappi

VON NORMAN HANERT

Als sich vergangenes Jahr der deutsche Staat als größter Anteilseigner an der Lufthansa beteiligte, galt dies als „Ultima ratio“, um eine Pleite des Luftfahrtkonzerns zu verhindern. Wie der Lufthansa-Vorstand vor ziemlich genau einem Jahr in seiner Einladung zum Aktionärstreffen am 25. Juni mitteilte, wäre ohne den Staatseinstieg „die Gesellschaft aller Voraussicht nach innerhalb weniger Tage zeitnah zur geplanten außerordentlichen Hauptversammlung zahlungsunfähig“.

Das Kapitel der Staatsbeteiligung könnte bald schon wieder vorbei sein. Lufthansa-Chef Carsten Spohr kündigte auf der zweiten Nationalen Luftfahrtkonferenz im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an: „Wir waren eines der ersten Unternehmen, was von der Bundesregierung gerettet wurde. Wir wollen auch eines der ersten Unternehmen sein, das die Rettungsmittel zurückzahlt – hoffentlich noch vor der Bundestagswahl, da sind wir dran“.

Auch Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) strebt „möglichst bald“ einen Rückzug als Großaktionär an: „Der Staat muss da raus.“ Konkret könnte der Rückzug des Bundes über eine Kapitalerhöhung realisiert werden. Eine solche wurde bereits auf der Lufthansa-Hauptversammlung im Mai in Aussicht gestellt. Zugutekommt der Lufthansa bei dem Vorhaben eine Besonderheit: Sie hat das Recht, den Bundesanteil herauszukaufen. Dazu müssten sich nur Investoren finden, die den staatlichen Aktienanteil von aktuell 1,2 Milliarden Euro übernehmen. Bei dem Geschäft würde der Bund sogar einen ordentlichen Gewinn einfahren. Dieser hat über den staatlichen Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) vergangenes Jahr 20 Prozent der Lufthansa-Aktien gekauft. Dieses hatte den Staat damals nur rund 300 Millionen Euro gekostet.

Bei dem Vorhaben einer Kapitalerhöhung hatte die Lufthansa den Vorteil, dass sie die vom Bund zusätzlich zur Verfügung gestellten Hilfgelder gar nicht vollständig in Anspruch nehmen musste. Auch einen KfW-Kredit über eine Milliarde Euro hat das Unternehmen wieder zurückgezahlt. Derzeit schuldet der Konzern dem Staat nur noch rund eine weitere Milliarde Euro.

Die Eile beim Herauskaufen hat mehrere Gründe. Im Gegenzug für die Hilfe des Bundes musste sich die Lufthansa verpflichten, mehrere Auflagen einzuhalten. Solange die Staatshilfen nicht zurückgezahlt sind, darf die Lufthansa keine Dividenden ausschütten und auch keine Boni an die Vorstände und die Führungsebene darunter auszahlen.

Die Kapitalerhöhung kann auch als Vorsichtsmaßnahme der Fluggesellschaft



Zum Nichtstun verdammt: Stillgelegte Lufthansa-Maschinen kosteten das Unternehmen während der Pandemie täglich Millionen

LUFTHANSA

Die Angst des Kranichs vor grünen Visionen

Deutsche Fluggesellschaft will unabhängiger von staatlichen Einflüssen werden

vor einer Regierungsbeteiligung der Grünen gesehen werden. Sitzen Grünen-Politiker wie Baerbock und Habeck ab Herbst mit im Bundeskabinett, könnten sie über die Staatsbeteiligung möglicherweise direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen. Selbst ohne entsprechende Gesetze könnten auf die Lufthansa dann Forderungen zur Abschaffung von innerdeutschen Flügen oder Kurzstreckenflügen zukommen. Gemeint sind damit Flugreisen im Bereich von Entfernung bis zu 1000 Kilometern.

Neue Langstrecken-Fluglinie

Das Statistische Bundesamt machte erst kürzlich darauf aufmerksam, dass Kurzstreckenflügen im Jahr 2020 einen Anteil von 53 Prozent an allen Passagierflügen hatte, die auf den deutschen Hauptverkehrsflughäfen starteten oder landeten. Die Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock

hatte sich bereits im Mai dafür ausgesprochen, Flugreisen zu verteuern und Kurzstreckenflüge „perspektivisch“ sogar ganz abzuschaffen. Zuvor hatte bereits der SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz erklärt, gegen Billigflüge vorgehen und eine Preisgrenze setzen zu wollen.

Im Kontrast zu solchen Vorstellungen stehen die neuen Geschäftsziele der Lufthansa. Bereits 2024 will sich die Lufthansa von der Corona-Krise so weit erholt haben, dass sie wieder so profitabel ist wie im Rekordjahr 2017. Dazu plant sie, ihre Kosten bis 2024 im Vergleich zu 2019 um 3,5 Milliarden Euro zu senken. In Deutschland will das Unternehmen die Personalkosten durch die Anpassung von Tarifverträgen, freiwilligen Abgängen und betriebsbedingten Kündigungen deutlich senken. Insgesamt sollen die Maßnahmen einer Reduzierung der Mitarbeiterzahl um bis zu 10.000 Stellen entsprechen.

Schon während der Pandemie ist der Personalabbau weit vorangeschritten. Der Konzern beschäftigt mittlerweile fast 26.000 Mitarbeiter weniger als vor der Corona-Krise. Die Verschlankung der Lufthansa soll offenbar noch viel weiter gehen. Schon 2019 waren Pläne bekannt geworden, den Lufthansa-Konzern zu einer Holding umzubauen. Dabei würden einzelne Geschäftsbereiche nicht mehr von der Zentrale gesteuert, sondern sehr weitgehende Eigenständigkeit erhalten.

Das jüngste Projekt im Zuge dieser Lufthansa-Strategie heißt Eurowings Discovery. Dabei handelt es sich um eine Langstrecken-Fluglinie der Lufthansa, die zu deutlich niedrigeren Betriebskosten als die Kernmarke arbeiten soll. Von den Lufthansa-Drehkreuzen Frankfurt und München steuert die neue Lufthansa-Tochter hauptsächlich Ziele in der Karibik, in Nordamerika und in Afrika an.

STEUERVERMEIDUNG

Superreiche in den USA zahlen kaum Steuern

Doch wie sich Jeff Bezos, Elon Musk und George Soros verhalten, ist völlig legal

Dass Multi-Milliardäre in den Vereinigten Staaten relativ wenig Steuern zahlen, ist bekannt. Allerdings drangen bisher kaum konkrete Einzelheiten hierzu an die Öffentlichkeit. Nun hat die US-Investigativ-Plattform „ProPublica“ Zugang zu vertraulichen Daten der Bundessteuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) erlangt und diese am 8. Juni unter dem Titel „Fundgrube noch nie dagewesener Aufzeichnungen, die zeigen, wie die Reichsten Einkommensteuern vermeiden“ ins Internet gestellt.

Die Auflistung zeigt das riesige Ausmaß der Steuerminimierung durch die Geltendmachung herbeigerechneter Verluste seitens der 25 vermögendsten US-Bürger während der Jahre 2003 bis 2018. So zahlte der Amazon-Chef Jeff Bezos, inzwischen reichster Mensch der Welt, 2007 und 2011

keinen einzigen Cent Einkommensteuer. Dieses Kunststück gelang auch Tesla-Gründer Elon Musk im Jahre 2018. Ebenso überwies der berühmte „Unternehmensplünderer“ Carl Icahn zwei Jahre lang nichts an den Fiskus. Und der Investor und „Philanthrop“ George Soros drückte sich sogar drei Jahre in Folge um jegliche Einkommensteuer.

Wie „ProPublica“ errechnete, lag der Steuersatz von Musk zwischen 2014 und 2018 bei 3,27 Prozent. Noch weniger zahlte Bezos in diesen fünf Jahren, nämlich 0,98 Prozent. Der Spitzenreiter der Steuerermüdung war die derzeitige Nummer Sechs in der Forbes-Rangliste der reichsten Personen weltweit, der Großinvestor Warren Buffett. Sein Vermögen wuchs von Anfang 2014 bis Ende 2018 um 24,3 Milliar-

den Dollar. Trotzdem berappte er nur 23,7 Millionen Dollar Steuern. Das sind 0,1 Prozent vom erzielten Einkommen.

3,4 Prozent Durchschnittssteuersatz

Letztlich betrug der durchschnittliche reale Steuersatz der US-Super-Reichen zwischen 2014 und 2018 rund 3,4 Prozent. Zum Vergleich: Das mittlere Einkommen aller US-Haushalte lag im fraglichen Zeitraum bei 70.000 Dollar pro Jahr, die mit 14 Prozent besteuert wurden. Der Spitzensteuersatz belief sich auf 37 Prozent und galt ab einer Grenze von 628.300 Dollar.

Die Steuerermüdungsstrategien sind nach US-Recht legal. Dennoch verzichteten die meisten der 25 Multi-Milliardäre auf eine Stellungnahme gegenüber „ProPublica“. Der Amazon-Chef reagierte

überhaupt nicht und Tesla antwortete auf eine entsprechende Anfrage der Plattform lediglich mit „?“ Der Börsen-Guru Buffett, der in der Vergangenheit immer wieder öffentlich höhere Steuern für Spitzenverdiener gefordert hatte, erklärte, er plane doch ohnehin, 99 Prozent seines Vermögens für wohltätige Zwecke zu stiften.

Die investigativen Journalisten von „ProPublica“, die bereits vier Mal mit dem renommierten Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurden, erhielten die brisanten Daten zu den Einkommensteuererklärungen der Superreichen auf anonymem Wege. Für den IRS-Chef Charles Rettig ist diese unautorisierte Weitergabe eine schwere Straftat. Deshalb laufen nun Ermittlungen, um die Verantwortlichen zu finden.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

E-Autos werden lauter

Brüssel – Zu den Vorzügen von Elektroautos gehört deren weitgehende Geräuschlosigkeit – schließlich macht Verkehrslärm krank. Doch mit der Ruhe wird es nun schon bald wieder vorbei sein. Denn am 1. Juli tritt die EU-Verordnung 540/2014 in Kraft, welche besagt, dass künftig alle neu zugelassenen E-Autos, Hybridmodelle und Wasserstofffahrzeuge mit einem Acoustic Vehicle Alerting System (AVAS) ausgestattet sein müssen. Das soll bei Geschwindigkeiten unter 20 Kilometern pro Stunde und beim Rückwärtsfahren Geräusche mit einem Lärmpegel zwischen 56 und 75 Dezibel erzeugen, um Kinder, Radfahrer, ältere Menschen und vor allem auch Blinde und Sehbehinderte zu warnen. Experten vertreten allerdings die Ansicht, der Verkehrssicherheit wäre besser gedient, wenn die Fahrzeuge mit intelligenten Systemen wie automatischen Notbremsassistenten ausgerüstet würden. Diese seien effektiver und auch nervenschonender als künstlich erzeugter Lärm. W.K.

EZB befiehlt „Vielfalt“

Frankfurt/Main – Die Bankenaufsicht der EZB will die Geschlechtervielfalt als Kriterium für die Zulassung von Bankvorständen und Führungskräften einführen. Wie die Behörde mitteilte, ist nur ein Fünftel der Positionen in den Führungsgremien der größten europäischen Banken mit Frauen besetzt, obwohl das europäische Recht von den Banken Diversität verlange. Anwenden will die Aufsichtsbehörde das neue Kriterium, wenn neue oder aktuelle Vorstandsmitglieder oder Führungskräfte von Banken überprüft werden. Elizabeth McCaul, Mitglied des EZB-Aufsichtsrats, kündigte an, „bei offensichtlichen Verstößen gegen Diversitätsstrategien“ die Banken möglicherweise dazu zu verpflichten, diese Strategien einzuhalten. Die Bankenaufsicht der EZB ist für die größten Kreditinstitute der Eurozone zuständig. Derzeit überwacht die Behörde 115 Banken. N.H.

Betrug in der Pflege

Hannover – Die Prüfgruppe Abrechnungsmanipulation der kaufmännischen Krankenkasse (KKH) hat im Vorjahr so viele Betrugshinweise erhalten wie lange nicht. Bundesweit wurden 768 Verdachtsfälle gemeldet; 61 Prozent mehr als 2019, drei Viertel aller Hinweise im Jahr 2020 auf Pflegeleistungen. Dabei entfielen 391 Verdachtsfälle auf Abrechnungsmanipulation bei Pflegediensten. Auf Pflegeheime bezogen sich 194 Hinweise. Nach Angaben der Kranken- und Pflegeversicherung der KKH ist durch bewusste Falschabrechnungen allein 2020 ein Schaden in Höhe von einer halben Million Euro entstanden. Die höchsten Schadenssummen erschwanden den Apothekern, gefolgt von ambulanten Pflegediensten. Die KKH erstattete in 23 Fällen Strafanzeigen. Zu den Hinweisgebern zählen neben dem medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) auch Polizei und Staatsanwaltschaft, andere Krankenkassen sowie Versicherte. N.H.

KOMMENTARE

Absurder Opfervergleich

NORMAN HANERT

Zu Unrecht ist der Publizistin Carolin Emcke vorgeworfen worden, sie habe in einer Videobotschaft zum Parteitag der Grünen antisemitisch argumentiert. In ihrer Rede hatte Emcke vor einer radikalen Wissenschaftsfeindlichkeit gewarnt. „Es wird sicher wieder von Elite gesprochen werden“, erklärte Emcke, „und vermutlich werden es dann nicht die Juden und Kosmopoliten, nicht die Feministinnen und die Virologinnen sein, vor denen gewarnt wird, sondern die Klimaforscherinnen.“

Es ist davon auszugehen, dass Emcke sich dabei auf diejenigen Forscher bezog, die die These vom menschengemachten Klimawandel vertreten. Diese gehen, anders als Emcke in ihrer Rede orakelte, keineswegs ein Risiko ein, zum Opfer von Verfolgung zu werden.

Nur wenige Tage vor dem Parteitag der Grünen hatte beispielsweise der Bundespräsident den Physiker Hans Joachim Schellnhuber mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Schellnhuber ist hierzulande einer der bekann-

testen Verfechter der These eines menschengemachten Klimawandels. Skeptiker dieser These machen dagegen andere Erfahrungen.

Als beispielsweise das „Europäische Institut für Klima und Energie“ (EIKE) 2019 in München eine Klimakonferenz veranstalten wollte, zog ein Vermieter die Zusage für den Veranstaltungsort wieder zurück. Zur Begründung hieß es von der Hotelgruppe: „ein Leugnen des menschengemachten Klimawandels“ sei mit ihren Wertvorstellungen nicht vereinbar.

Diese Sichtweise ist faktisch zur Staatsdoktrin geworden. Statt Wissenschaft als Prozess eines ständigen Diskurses und Hinterfragens von Hypothesen zu verstehen, wird immer öfter die bedingungslose Anerkennung eines „wissenschaftlichen Konsens“ eingefordert. Die Instrumentalisierung des Wissenschaftsbegriffs weckt Erinnerungen an die Herrschaftspraxis in der DDR. Dort begründete die SED ihren Herrschaftsanspruch damit, dass die Staatsideologie des Marxismus/Leninismus auf einer wissenschaftlichen Basis stehe.

Unehrlich und zynisch

HANS HECKEL

Der vom aufflammenden Wahlkampf geprägte Rentenstreit zwischen Union und SPD ist ein Ärgernis. Dazu fallen einem nur mehr Begriffe wie Unehrlichkeit und Zynismus ein.

Unehrlich, weil beide Seiten wissen, bestätigt zuletzt durch den Einspruch des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, dass unser umlagenfinanziertes Rentensystem in immer stärkere Schieflage gerät. Doch die Politiker ignorieren dieses Wissen. Während SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz den Beschützer der Rentner mimt, zieht die CSU eine zusätzliche, steuerfinanzierte „Kinderrente“ aus dem Zylinder, die zwar immerhin kapitalgedeckt sein soll, aber nach und nach enorme Zusatzkosten verursachen wird.

Das Motto lautet unübersehbar: Hauptsache, wir bekommen die Wählerstimmen im September. Wenn das System in zehn oder 20 Jahren kollabiert –

sei's drum. Dabei kleiden sie sich ins Gewand der treusorgenden Sozialpolitiker. Zynischer geht es kaum. Auf der Strecke bleiben dabei grundlegende Strukturformen, die über eine bloße Heraufsetzung des Renteneintrittsalters hinausgehen.

Viele Länder mit ähnlicher Demographie meistern das Problem weitaus besser als Deutschland. Warum zieht man die Lösungen der Erfolgreichen nicht wenigstens ernsthaft zu Rate, statt im selbstzerstörerischen „Weiter so“ zu verharren?

Schweden etwa schafft es, mit einer staatlichen Agentur, die kaum 60 Mitarbeiter beschäftigt, ein Anlagefondssystem zu betreiben, das jedem Versicherten später eine stattliche Zusatzrente auszahlen kann, unabhängig von der demographischen Entwicklung. Der deutschen Politik ist da bislang nur die weitgehend gescheiterte Riesterreinte eingefallen, die vor allem einen Reibach für die Anbieterkonzerne bedeutete.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



„Landesverräter“ als Kunst-Statuen: Snowden, Assange und Manning in Bronze gegossen mit dem italienischen Künstler Davide Dormino als Sprachrohr der stummen Whistleblower vor dem Dresdener Residenzschloss Foto: imago/Sven Ellger

KOLUMNE

Freiheit für Assange!

FLORIAN STUMFALL

Großen internationalen Treffen liegt fast immer eine wohldurchdachte Tagesordnung zugrunde. Dies geschieht auch in dem Bewusstsein, dass bei deren Ausarbeitung bereits ein Grundstein für den Erfolg der Tagung gelegt wird, manchmal auch für den Erfolg der einen oder anderen Seite. Ebenso wichtig, wie ein Thema unterzubringen, ist es oftmals auch, ein anderes abzuwenden. Dies geschah bei der nur kurze Zeit zurückliegenden G7-Konferenz in Genf, und die Ablehnung eines bestimmten Punktes dürfte die Zustimmung aller Beteiligten gefunden haben.

Es ging um den im dritten Jahr immer noch im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh unter Mördern und Terroristen einsitzenden Journalisten Julian Assange. Dieser hatte auf seiner Internet-Plattform WikiLeaks unter anderem Nachrichten veröffentlicht, die in den USA aus gutem Grund der Geheimhaltung unterliegen. Neben anderem ist dabei von Kriegsverbrechen die Rede, und das hat man nicht gerne. Formaljuristisch geht es seit geraumer Zeit darum, ob Assange von Großbritannien an die USA ausgeliefert werden dürfe oder nicht. In den Vereinigten Staaten erwartet ihn eine Haftstrafe von bis zu 175 Jahren.

Nun waren im Vorfeld des G7-Treffens die Genfer Bürgermeisterin Frédérique Perler, der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, und die Verlobte Assanges, Stella Morris, zusammengekommen, und sie forderten in einer Petition die sofortige Freilassung des Journalisten.

Als begleitendes Ereignis wurde in Genf vorübergehend ein Denkmal für Assange, sowie die beiden anderen Enthüller Chelsea Manning und Edward Snowden errichtet, um ein Zeichen für die Pressefreiheit zu setzen. Auch der Genfer Presseclub forderte die britischen Autoritäten auf, den prominenten Häftling freizulassen. Er appellierte: „Im Namen des Respekts vor den unveräußerlichen Menschenrechten und den Werten, die von den in Genf ansässigen Menschenrechtsorganisationen gefördert werden, die Auslieferung von Assange abzulehnen und seine Freiheit wiederherzustellen.“

Nun – es kam, wie zu erwarten war, diese Aktionen waren nicht geeignet, die Aufmerksamkeit der Großen Sieben auf sich zu ziehen. Melzer gelingt das schon

seit Längerem nicht, trotz seines hohen Ranges, den er im Gefüge der Vereinten Nationen einnimmt, und trotz der Bedeutung, welche den Menschenrechten gerade von den G7 Mitgliedstaaten so betont beigemessen werden. Melzer lehrt hauptberuflich Humanitäres Völkerrecht an der Universität von Glasgow sowie an der Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte in Genf.

Mit dem Fall Assange befasst sich der Jurist seit 2019. Damals besuchte er den Gefangenen in Belmarsh und befragte Zeugen und Ärzte. Er tat dies unter er-

sammelten Vertreter der westlichen Werte-Gemeinschaft wiederum Aug und Ohr bei dem Missklang der Causa Assange.

Es sind nicht nur die zwei Jahre Belmarsh, die Assange belasten. Zuvor hatte er sieben Jahre unter äußerst beengten Bedingungen als Asylant in der ecuadorianischen Botschaft in London zugebracht. Dieses Asyl wurde ihm von heute auf morgen gekündigt, eigenartigerweise in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit der Gewährung eines Milliardenkredits des Internationalen Währungsfonds für Ecuador. Die Art und Weise, wie Assange die Botschaft verließ – er wurde von Sicherheitsleuten mehr gezerrt als unterstützt –, nannte Fidel Narváez, damals Botschaftsrat der Botschaft Ecuadors in London, ein „Kidnapping“. Bilder davon gingen um die Welt.

Der offizielle Grund, warum Assange nach wie vor festgehalten wird, ist der Vorwurf, er habe Auflagen verletzt. Doch wann und wie? Er kam ja aus der Botschaft unmittelbar nach Belmarsh, das kein Gefängnis für formale Übertretungen ist. So ist ihm auch wenig geholfen mit dem Urteil einer Zwischeninstanz der britischen Justiz, er dürfe nicht in die USA ausgeliefert werden. Das Gericht nämlich lehnte auch eine Freilassung gegen Kautions ab. Melzer dazu: „Hier wird ein Mann im Gefängnis gehalten, der kein einziges Verbrechen begangen hat ... Der einzige Grund, dies zu tun, besteht darin, ihn zum Schweigen zu bringen und damit Journalisten in der ganzen Welt einzuschüchtern.“ Daher könne Assange in den USA keinen fairen Prozess erwarten.

So kann es nicht verwundern, dass auch der neue US-Präsident Biden auf einer Auslieferung Assanges besteht. Melzer dazu: „Nur, um daran zu erinnern: Ihm droht eine Freiheitsstrafe von 175 Jahren, weil er die Wahrheit über die Verbrechen und die Korruption von Regierungen enthüllt hat, während niemand für die Verbrechen, die sehr schweren Verbrechen, die durch WikiLeaks enthüllt wurden, verfolgt oder sanktioniert wurde.“

Nils Melzer hat seinen Kampf um Assange, um Freiheit und Gerechtigkeit, in einem Buch zusammengefasst. Der Titel lautet: „Der Fall Julian Assange. Geschichte einer Verfolgung“.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

„Hier wird ein Mann im Gefängnis gehalten, der kein einziges Verbrechen begangen hat“

schwerten Bedingungen. „Man hat mir“, so Melzer, „die Zusammenarbeit systematisch verweigert.“ Selbstverständlich konnte ihn das nicht daran hindern, danach einen Bericht zu schreiben. Darin stellte er – wie auch außer und unabhängig von ihm noch zwei weitere Experten – typische Folge-Symptome einer lang andauernden psychologischen Folter fest.

„Assange“, so Melzer, „hat den größten Teil der letzten zwei Jahre in Haftbedingungen verbracht, die vergleichbar sind mit einer Einzelhaft.“ Stella Morris fügt hinzu: „Julian ist 22 Stunden am Tag in einer kleinen Zelle eingesperrt. Er ist in einem schrecklichen Zustand und unfähig, auch nur einen Satz aneinanderzureihen.“ Dies sei eine Schande für das britische Justizsystem und ein Schandfleck für den weltweiten Ruf Großbritanniens.

In der anglophonen Welt wurde ein Artikel zu dem Thema, den Melzer zusätzlich zu seinem Bericht der Presse angeboten hatte, ignoriert. Auch die Bundesregierung ließ durch ihren Sprecher behaupten, einen Bericht von Melzer gebe es nicht, und, als das nicht mehr zu leugnen war, ergänzen, man habe ihn nicht gelesen und auch keine Zeit dazu. Im Übrigen vertraue man auf die rechtsstaatliche Vorgehensweise des britischen Verbündeten. Jetzt also schlossen in Genf die ver-

Schaut auf diesen Stadtteil!

Eines der wenigen vorbildlichen städtebaulichen Projekte der DDR – Das Berliner Nikolaiviertel vollzog die Wende weg vom Plattenbau

VON NORMAN HANERT

Plattenbausiedlungen am Stadtrand und der Verfall historischer Innenstädte prägen bis heute das Bild vom DDR-Städtebau. Erst im zeitlichen Abstand von mehreren Jahrzehnten wurde deutlich, dass in den späten Jahren der DDR, parallel zum flächendeckenden Verfall von Altbau-substanz, auch noch der Grundstein für eine bemerkenswert städtebauliche Entwicklung gelegt wurde.

Anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums entstand in der historischen Mitte Berlins zwischen 1980 und 1987 im Areal zwischen dem Roten Rathaus und dem Spreeufer das Nikolaiviertel. Bereits dreißig Jahre später steht dieses unter Denkmalschutz. Kunsthistoriker und Denkmalschützer sehen in dem Stadtviertel ein herausragendes Zeugnis einer Phase, in der es zu einer Rückbesinnung auf die Qualitäten der historischen Stadt gekommen ist.

Angesichts ernüchternder Erfahrungen mit Großsiedlungen außerhalb der Zentren war dies seinerzeit ein internationaler Trend, der sich auch die Architektur der DDR nicht verschloss. Wie die noch bis zum 16. August laufende Ausstellung „Anything goes“ der Berlinischen Galerie, Alte Jakobstraße 124–128, anhand von Architekturbeispielen der 1980er Jahre aus beiden Berliner Stadthälften zeigt, gilt dies auch für den Trend der sogenannten Postmoderne.

Das Nikolaiviertel steht zugleich für eine späte Wende in der Architektur der DDR: weg von den Plattenbaugroßsiedlungen in den Außenbezirken, wieder hin zum innerstädtischen Bauen.

Erst im Rückblick hat sich zudem gezeigt, dass die damals beteiligten Architekten und Stadtplaner mit dem Nikolaiviertel noch vor dem Mauerfall auch deutschlandweit eine Vorreiterrolle übernommen hatten:

Das Berliner Stadtviertel war der Auftakt einer Entwicklung, bei der auch ande-



Kleines Aushängeschild aus der DDR-Zeit: Das Nikolaiviertel mit seinem einheitlichen Bauensemble

Foto: imago images/Joko

renorts Innenstadtviertel wieder auf der Grundlage alter Straßengrundrisse historisch ausgestaltet wurden. Ebenfalls in den 1980er-Jahren fand weiter östlich, im westpreußischen Elbing, ein historisierender Wiederaufbau eines Innenstadtkwartiers statt. Die Hansestadt erhielt dabei in Anlehnung an historische Stilelemente ein neues Zentrum. Andere Projekte im Bundesgebiet folgten meist erst in den 1990er Jahren.

Die Planer des Nikolaiviertels haben sich seinerzeit allerdings nicht zu einhundert Prozent an den überlieferten historischen Grundriss gehalten. Der Kunstwissenschaftler und Architekturkritiker Nikolaus Bernau wies unter anderem auf die Gasse „Am Nussbaum“ hin. Diese verstärkt das ohnehin vorhandene Altstadtgefühl im Nikolaiviertel noch. Allerdings

ist sie als Diagonalgasse für die Städte des Mittelalters überhaupt nicht typisch für die Mark Brandenburg.

Idealbild einer Altstadt

Am Reißbrett entworfen haben die Architekten um Günter Stahn seinerzeit vielmehr das Idealbild einer typischen deutschen Altstadt, das vor allem ausländische Touristen im Kopf haben. Folgerichtig hat sich das Nikolaiviertel auch schnell zu festen Anlaufpunkt für viele Berlinbesucher entwickelt. Obwohl das Viertel von Anfang an stark auf Touristen ausgerichtet war, hat dies der Beliebtheit als Wohnort nicht geschadet.

Laut der zuständigen Vermietungsgesellschaft WBM werden viele der Wohnungen noch immer von den Erstmietern bewohnt. Rückblickend muss man dem

Stadtviertel tatsächlich auch mit Blick auf den Wohnungsbau als einen Erfolg bezeichnen, der in Berlin lange nicht wieder erreicht wurde, zumindest nicht im Innenstadtbereich. In zentraler Stadtlage sind auf einen Schlag 800 Wohnungen entstanden.

„Dass auf einen Schlag ein ganzes Stadtviertel mit Wohnungen in der Innenstadt entstanden ist, das gab es seit 1990 nicht mehr in Berlin“, sagt der Architekturkritiker Bernau und fügt ergänzend hinzu: „Das ist erst in den letzten zehn Jahren wiedergekommen.“

Das Beispiel Nikolaiviertel fordert noch einen anderen Vergleich geradezu heraus: Am Potsdamer Platz ist nach dem Mauerfall ebenfalls der Versuch unternommen worden, quasi aus dem Nichts ein innerstädtisches Stadtviertel aus dem

Boden zu stampfen. Dieser Versuch, mithilfe von Stararchitekten, viel Glas und Beton dem Potsdamer Platz wieder ein urbanes Leben einzuhauchen, muss als gescheitert angesehen werden.

Der Platz, einst Inbegriff des pulsierenden Großstadtlebens, in den 1920er Jahren sogar Europas verkehrsreichster Platz, strahlt nach seinem Wiederaufbau auf Besucher die Öde eines vorstädtischen Einkaufszentrums aus.

Molkenmarkt will auch schöner sein

Auch im Nikolaiviertel wurde nicht auf eine industrielle Bauweise verzichtet, allerdings legten die Planer hier viel Wert auf eine Vielfalt der Gestaltung: Dies ging von der Rekonstruktion historischer Fassaden rund um die Nikolaikirche bis hin zu historisierenden Neubauten am Rande des Viertels. Die Bandbreite geht dabei sogar so weit, dass heute von einem „Museum der Rekonstruktionsweisen“ gesprochen wird.

Der damalige Versuch, einige Qualitäten von Altstädten wiederzubeleben, hat bis heute Auswirkungen auf die städtebauliche Diskussion in der wiedervereinigten Hauptstadt. In unmittelbarer Umgebung von Nikolaiviertel und Rotem Rathaus liegt das Areal des Molkenmarktes.

Dieser gilt als ältester Platz der Stadt. Anders als im wiederaufgebauten Nikolaiviertel entspricht die Aufenthaltsqualität des Molkenmarktes derzeit aber dem eines zugigen Autobahnkreuzes. Die Ost-Berliner Stadtverwaltung hat den im Krieg schwer zerstört Platz seit den 1960er Jahren zu einem Verkehrsknotenpunkt mit vielen Fahrspuren, großflächigen Kreuzungen und Parkplätzen umbauen lassen. Ein Senatsbeschluss von 2016 sieht vor, ähnlich wie im Nikolaiviertel, auch die historische Struktur des Molkenmarktviertels wiederherzustellen.

Obwohl die ersten Vorarbeiten bereits in Angriff genommen wurden, veranschlagen die Planer für das Viertel um den Molkenmarkt allerdings fast zwei Jahrzehnte bis zu Fertigstellung.

MOZART

Bildkunst trifft Tonkunst

Ambitionierte Kunstausstellung begleitet in Würzburg das Jubiläumsprogramm „100 Jahre Mozartfest“

Vor 100 Jahren erklang im Kaisersaal der Würzburger Residenz Wolfgang Amadeus Mozarts Komposition „Exsultate, jubilate“. Dieses Konzert gilt rückblickend als Geburtsstunde des Mozartfestes, das mit einer Unterbrechung von 1945 bis 1950 alljährlich mit zahlreichen musikalischen Aufführungen gefeiert wird. Zum 100. Geburtstag bereichert Bildkunst die Tonkunst, denn das Museum im Würzburger Kulturspeicher präsentiert unter dem Titel „Imagine Mozart / Mozart Bilder“ rund 70 Kunstwerke.

Die Schau beginnt mit Kompositionsskizzen zur „Zauberflöte“ und zum „Requiem“, die Wolfgang Amadé Mozart, wie er in der Ausstellung genannt wird, in seiner letzten Lebenszeit ausführte. Warum „Amadé“ und nicht wie üblich „Amadeus“? Weil er seine Briefe und Musikmanuskripte mit „Wolfgang Amadé Mozart“ unterschrieb und nur im Totenprotokoll „Amadeus“ genannt wird, hat der Kulturspeicher seine Selbstbezeichnung übernommen.

Auf Mozarts eigenhändigen Auftrift folgen Darstellungen, die Künstler von ihm geschaffen haben. Ein authentisches Bild seines Aussehens vermittelt das Porträt, das Joseph Lange 1789 von ihm malte. Das Brustbildnis im Dreiviertelprofil zeigt ihn mit geneigtem Haupt in einem Moment der Sammlung und Konzentration. Mozarts Witwe Constanze stellte dieses Porträt und weitere Bildnisse dem Münchener Bildhauer Ludwig Schwanthaler als Studienmaterial zur Verfügung.

Ausgestellt ist auch Schwanthalers Entwurf (1840) seines 1842 enthüllten klassizistischen Salzburger Mozart-Denkmals, an dessen Finanzierung sich das preußische Königshaus großzügig beteiligte. Szenen aus Mozarts Leben schließen sich an. Giacomo Mantegazzas Ölbild „Mozart spielt das Cembalo für den Hof des englischen Königs Georg III.“ (um 1891) präsentiert ihn als bestauntes musikalisches Wunderkind. „Die letzten Stunden Mozarts“ (um 1849) malt uns Henry Nelson O’Neil aus.

Mozarts Bild gewordene Musik zeigt die Schau am Beispiel der Oper „Don Giovanni“ (1787). Max Slevogts Gemälde „Das Champagnerlied“ (1902) verbreitet eine heitere Stimmung. Hier und bei vie-



Wunderkind: Mantegazzas Gemälde „Mozart spielt das Cembalo“ (Ausschnitt)

len anderen Kunstwerken kann man das Sehvergnügen um die per App abrufbaren musikalischen Kostproben bereichern.

Entwürfe für Bühnenbilder und Kostüme beschließen den Rundgang. Im Blickpunkt steht nun „Die Zauberflöte“. Carl Friedrich Thieles kolorierte Druckgraphik (1819), die Karl Friedrich Schinkels 1815 geschaffenen Bühnenbildentwurf wiedergibt, stellt die Sternenhalle der Königin der Nacht dar. Die dunkelblaue Kuppel mit den in Bahnen angeordneten weißen Sternen und der unten auf der Mondichel stehenden Königin der Nacht ist nach Einschätzung der Kuratorin Andrea Gottgang „das vielleicht berühmteste Bild der Operngeschichte“. Das Mozartfest selbst endet diesen Sonntag in Anspielung auf Mozarts letzte vollendete Sinfonie, der „Jupiter-Sinfonie“, mit einer „Jupiternacht“.

Veit-Mario Thiede

● Bis 11. Juli im Museum im Kulturspeicher, Oskar-Laredo-Platz 1, Würzburg. Informationen: www.kulturspeicher.de

● MELDUNG

Müller-Stahl stellt Bilder aus

Lübeck – Ein großes Jubiläum wird bis zum 3. Oktober in der Lübecker Kunsthalle St. Annen begangen, die das Multitalent Armin Mueller-Stahl nachträglich zu seinem 90. Geburtstag mit der Ausstellung „Nacht und Tag auf der Erde“ würdigt. Der am 17. Dezember 1930 in Tilsit geborene ostpreußische Künstler gilt als einer der bekanntesten deutschen Schauspieler. Aber er ist auch Musiker und Maler und stellt mit der Vielschichtigkeit seiner künstlerischen Ausdrucksweisen eine Ausnahmeerscheinung in der Kunst des 21. Jahrhunderts dar. In der Ausstellung steht vor allem das Schaffen Mueller-Stahls im Bereich der bildenden Kunst im Fokus. Gleichzeitig soll anhand der Gegenüberstellung von Filmsequenzen und Szenenfotos deutlich gemacht werden, dass für Mueller-Stahl sein schauspielerisches und malerisches Schaffen stets eine Symbiose eingehen. Infos im Internet: www.kunsthalle-st-annen.de tws

150. JUBILÄUM

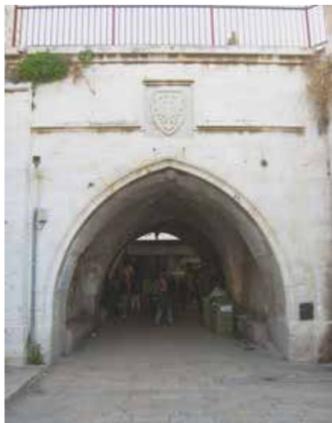
Preußen im Heiligen Land

Kontakte zwischen dem deutschen Sprachraum und dem Heiligen Land gab es bereits zu Zeiten Karls des Großen, als erste Wallfahrten nach Jerusalem begannen. Karl stiftete ein Hospiz in der Nähe der Grabeskirche, Pilger aus Amalfi bauten später neben dem Hospiz eine Kirche, Sancta Maria in Latina. Hier errichteten deutsche Kreuzfahrer dann auch während der Kreuzfahrerherrschaft eines ihrer Hauptquartiere. Um die deutsche Kirche und das Hospiz der Johanniter entstand das Deutsche Viertel der Stadt, deren Gebäude damals sogar die Grabeskirche überragten.

1198 entspross hier die Wurzel des Deutschen Ritterordens, der sich später, beim Verlust des Heiligen Landes, ab 1244 daran machte, das Baltikum zu christianisieren und zu germanisieren. Das deutsche Viertel und die deutschen Kirchen Jerusalems verfielen nach 1244 und wurden zur Müllhalde mitten in der Stadt.

Mitte des 19. Jahrhunderts begannen europäische Mächte im Gefolge Napoleons sich wieder für das Heilige Land zu interessieren. 1841 entstand ein englisch-preußisches protestantisches Bistum dort. Erster Bischof war der aus Schönlanke in Westpreußen stammende Michael Solomon Alexander (1799–1845), der 1825 in England zum Christentum konvertiert war.

Dem Bistum fehlte jedoch eine Bischofskirche. Der osmanische Sultan schenkte 1868 König Wilhelm von Preußen die Ruinen des Hospizes Karls des Großen mit der Kirche Sancta Maria Latina. Am 7. November 1869 unterzeichnete sein Sohn, Kronprinz



Zeichen einstiger preußischer Präsenz: Adler über dem Durchgang vom Muristan-Areal ins armenische Viertel

Friedrich Wilhelm, mit der evangelischen Gemeinde und dem Pascha von Jerusalem die Urkunde von der Besitzergreifung des Ruinenhügels in der Nähe der Grabeskirche. In derselben Zeit strömten die ersten der später Tausenden von deutschen freikirchlichen Templern aus Württemberg ins Heilige Land und bauten in Jerusalem, Haifa und Jaffa ihre Siedlungen, wo sie die Wiederkunft des Messias erwarteten. Die Templer bauten auch ein funktionierendes und sicheres Straßen- und Herbergsnetz in Palästina, das später auch den ersten jüdischen Siedlungen zugutekam.

100.000 Eselsladungen von Schutz wurden abgetragen, bis Kreuzgänge und Refektorien des alten Hospizes und der Sancta Maria Latina-Kirche zum Vorschein kamen. 1871 baute man im Refektorium des Deutschen Ritterordens das erste evangelische Gotteshaus in Jerusalem und feierte dort den ersten deutschen Gottesdienst nach mehr als 600 Jahren. *Bodo Best*



1941 in Washington: US-Außenminister Cordell Hull und Japans Botschafter in den USA Nomura Kichisaburō

USA

Damals Japan – heute China

Wie heute das Reich der Mitte versuchten die Vereinigten Staaten bereits vor 80 Jahren das Land der aufgehenden Sonne in die Enge zu treiben

VON WOLFGANG KAUFMANN

In dem von der einzigen verbliebenen Supermacht losgetretenen aktuellen Handelskrieg gegen China geht es nur vordergründig um die Verringerung des eigenen Handelsbilanzdefizits sowie den Schutz geistigen Eigentums und die Verhinderung unerwünschter Technologietransfers. Vielmehr wollen die USA vor allem einem zu stark gewordenen geopolitischen Rivalen schaden, indem sie seine Wirtschaft sabotieren. Das provoziert nicht nur ökonomische Gegenmaßnahmen, sondern auch militärisches Säbelrasseln auf Seiten Pekings. Und das wiederum hat nur so lange keine dramatischen Folgen für den Frieden in der Welt, wie die USA daran scheitern, den Kontrahenten in eine aussichtslose Lage zu lavieren und zum – angesichts des militärischen Kräfteverhältnisses momentan noch selbstmörderischen – Losschlagen zu nötigen.

Diese derzeitige US-Politik gegenüber China ähnelt dem Vorgehen der USA gegen Japan in der Zeit zwischen 1937 und 1941. Damals gelang es den USA, den asiatischen Widerpart mit dem Rücken an die Wand zu drängen und zur Auslösung eines Krieges zu provozieren, den er nicht gewinnen konnte.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges strebten die USA danach, zur unangefochtenen Weltmacht aufzusteigen. Das be-

kam auch das fernöstliche Kaiserreich Japan zu spüren, das bis 1918 aufseiten der Alliierten gekämpft hatte, dann aber mit den Beschlüssen der Washingtoner Seemächtekonferenz von 1921/22 zur politisch-militärischen Zweitklassigkeit verdammt wurde. Die japanische Kriegsflotte durfte fortan nur noch reichlich halb so stark sein wie die amerikanische. Das sollte gewährleisten, dass die USA den gesamten Pazifikraum dominieren konnten.

Wirtschaftskrieg aus Rivalität

In der Folgezeit litt der dergestalt gedemütigte, aber wirtschaftlich immer stärker auftrumpfende Inselstaat unter Roh-

stoffmangel. Desgleichen suchte er händeringend nach Siedlungsraum für seine stark wachsende Bevölkerung.

Hieraus resultierte ein zunehmendes militärisches Engagement Nippons auf dem ostasiatischen Festland, beginnend mit der Annexion der Mandschurei ab 1931 über den Beginn des Zweiten Sino-Japanischen Krieges im Juli 1937 bis hin zur Stationierung von Truppen in Französisch-Indochina auf der Basis mehrerer Vereinbarungen mit der dortigen Kolonialverwaltung unter dem Generalgouverneur Jean Decoux ab Juli 1940.

Die US-Führung, an deren Spitze seit März 1933 der neue demokratische Präsi-

dent Franklin Delano Roosevelt stand, wertete all dies als Gefährdung der Interessen der Vereinigten Staaten. Deshalb entfesselte Washington einen sich stufenweise steigernden Wirtschaftskrieg gegen Japan, um das Land daran zu hindern, seinen Einfluss in Ostasien auszudehnen.

Der Beginn dieses Konflikts datiert auf den 5. Oktober 1937. An jenem Tage hielt Roosevelt seine berühmte gewordene Quarantäne-Rede, in der er erstmals offen über die weitreichenden weltpolitischen Ambitionen der USA sprach sowie zugleich Wirtschaftssanktionen gegen Länder wie Deutschland, Italien und Japan androhte, was Joseph Grew, als „schwerwiegenden Fehler“ bezeichnete.

Im Prinzip wollte Roosevelt unter dem Vorwand, die Interessen Chinas zu wahren, Japan ökonomisch in die Ecke drängen und von allen wichtigen Ressourcen abschneiden. Dabei kalkulierte er ein, dass dem Kaiserreich dann keine andere Wahl mehr blieb, als mit allen Mitteln um sein Überleben zu kämpfen.

Vorgeschichte von Pearl Harbor

Den Worten des Präsidenten folgte im Juli 1939 die Ankündigung, den 1940 auslaufenden amerikanisch-japanischen Handelsvertrag nicht mehr zu verlängern. Darüber hinaus trat im Oktober 1940 ein Embargo in Kraft, dass die Lieferung strategisch wichtiger Güter wie Schrott und Flugbenzin nach Japan massiv einschränkte. Tokio reagierte hierauf im März 1941 mit der Entsendung von Nomura Kichisaburō als Botschafter nach Washington. Der vormalige Außenminister führte anschließend mehr als 40 Gespräche mit dem US-Außenminister Cordell Hull, durch die der Konflikt entschärft werden sollte. Dabei stellte Hull ständig neue Forderungen an Japan, ohne in substantieller Weise auf die Angebote der Gegenseite einzugehen.

Am 21. Juni 1941, übergab Hull Nomura eine Verbalnote, die ein kaum verhohlenen Ultimatum war. Aus Sicht der USA, so der Inhalt, könnten die Verhandlungen nur dann zum Erfolg führen, wenn Japan sich vom Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien distanzieren sowie eine Friedensregelung mit China finde, deren Details von Washington abgesegnet werden müssten. Japan verwies daraufhin vergeblich auf seine eigenen früheren Vorschläge.

Wegen weiterer Truppenverlegungen nach Französisch-Indochina verhängten die Vereinigten Staaten im Verein mit Großbritannien und Niederländisch-Indien Ende Juli 1941 ein vollständiges Erdöl-Embargo gegen Tokio und sperrten die Konten des Kaiserreiches in den USA. Damit war klar, dass die japanischen Ölserven ohne die Inbesitznahme der Erdölfelder Südostasiens in wenigen Monaten verbraucht sein würden, denn der Inselstaat förderte selbst nur etwa ein Zehntel seines Bedarfs an dem Rohstoff. Außerdem stoppten die USA am 4. August noch jeglichen Schiffsverkehr zwischen ihren Häfen und Japan.

Tokio reagierte hierauf einerseits mit der Generalmobilisierung, andererseits aber auch mit abermaligen Gesprächsangeboten einschließlich des Vorschlages eines persönlichen Treffens zwischen Roosevelt und dem japanischen Premierminister Fürst Konoe Fumimaro.

Der US-Präsident versteifte sich jedoch auf seine ablehnende Haltung, so dass alle weiteren Initiativen des Kaiserreiches sowie das formelle Friedensangebot des neuen japanischen Regierungschefs, General Tōjō Hideki, vom 17. November 1941 ins Leere liefen.

Das Fass zum Überlaufen brachte dann eine weitere Verbalnote Halls vom 26. November, die noch ultimativer gehalten war als jene vom 21. Juni. Da befand sich der japanische Angriffsverband bereits seit einigen Stunden auf dem Wege nach Pearl Harbor, und niemand in der Tokioter Führung sah nunmehr noch einen Grund, diesen zur Umkehr zu veranlassen.

Kurzporträts



Der mit Franklin D. Roosevelt befreundete US-Diplomat **Joseph Grew** war von 1932 bis 1941 Botschafter in Japan und leitete 1945 das Außenministerium



Der US-amerikanische Jurist und Politiker **Cordell Hull** war von 1933 bis 1944 Außenminister seines Landes und bekam 1945 den Friedensnobelpreis



Japans Außenminister 1939 und 1940, **Nomura Kichisaburō**, war nach dem Kriegsende nicht verurteilt. So war er von 1954 bis zum Lebensende Oberhausmitglied

VON ERIK LOMMATZSCH

Der israelische Militärgeschichtler Martin van Creveld ist der Ansicht, dass der „Zustrom von Frauen ins Militär“ zugleich „Symptom und Ursache“ für dessen Niedergang seien. Die Streitkräfte kämpften seit Jahrzehnten nicht mehr in größeren Kriegen. Und je weniger sie gebraucht würden, „desto eher fühlten sich die Gesellschaften und ihre verantwortlichen Politiker berufen, sie nicht mehr als Kampfmaschinen, sondern als soziale Laboratorien für die schöne neue Welt einzusetzen“.

Der Philosoph Erik Lehnert wies in dem Zusammenhang auf eklatante Widersprüche hin: „Obwohl es allgemein als unverantwortlich, wenn nicht sogar als kriminell gilt, 16-jährige Jugendliche oder 60-jährige Männer in den Kampf zu schicken“, da sie den Anforderungen körperlich nicht gewachsen seien, betrachte man es nun „als fortschrittlich, Frauen ohne Rücksicht auf ihre offensichtlichen Nachteile im Kampf einzusetzen.“

Den durch derartige Stimmen kritisierten Weg beschreiten die Streitkräfte der Bundesrepublik seit 20 Jahren. Am 2. Juli 2001 rückten bei Heer, Luftwaffe und Marine 227 weibliche Offiziersanwärter ein. Schon in den Monaten zuvor hatten Frauen anderer Laufbahngruppen ihren Dienst aufgenommen. Mit der sogenannten Kreil-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Januar 2000 war die Grundlage dafür geschaffen worden, dass Frauen sämtliche Laufbahnen bei der Bundeswehr offenstehen.

Geklagt hatte die Elektronikerin Tanja Kreil, deren Bewerbung mit Hinweis auf den Grundgesetzpassus, dass Frauen „auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten“ dürfen, abgelehnt worden war. Die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Fragen der nationalen Sicherheit wurde von berufener Seite in Abrede gestellt, etwa durch den Staatsrechtler und ehemaligen Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz. Dennoch setzte die Bundesrepublik die Entscheidung um. Im Dezember 2000 erfolgte die Änderung im Grundgesetz, jetzt heißt es, Frauen „dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden“. Der damalige Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, äußerte sich zustimmend, um die „Beseitigung eines Berufsverbots“ sei es gegangen. Kreil selbst trat am Ende doch nicht in die Streitkräfte ein.

Bundeswehrosoldaten konnten Frauen schon seit 1975 sein, allerdings lediglich im Sanitätsdienst. 1991 kam der Militärmusikdienst hinzu. In die Zeit vor der Öffnung aller Laufbahnen für Frauen fällt – kurioserweise – die Ernennung des ersten weiblichen Generals der deutschen Geschichte: Verena von Weymarn wurde 1994 zum Generalarzt befördert.

Seit Anfang 2001 stieg die Anzahl der Frauen bei den Streitkräften kontinuierlich an. Nach offiziellen Angaben vom April dieses Jahres dienen derzeit insgesamt 183.885 Soldaten bei der Bundeswehr. Davon sind 23.279 weiblich, was einem Anteil von etwa 13 Prozent entspricht. Der mit Abstand größte Bereich, in dem Frauen tätig sind, ist der Sanitätsdienst mit 8126 Beschäftigten, gefolgt vom Heer mit 4885. Derzeit gibt es 4701 weibliche Offiziere, wobei die Anwärter mitgezählt sind.

Ein „erklärtes Ziel“ sei es, so das Bundesministerium der Verteidigung, „den Anteil der Soldatinnen in der Truppe generell und insbesondere in Führungspositionen zu steigern. Durch den bewussten Abbau von Karrierehürden, mehr Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf sowie die Förderung weiblicher Spitzenkräfte sollen Frauen in Uniform immer präsenter werden.“

Auf der Internetseite der Streitkräfte heißt es werbend: „Sie fliegen Kampfflugzeuge und Hubschrauber. Sie springen aus Flugzeugen und fahren Panzer. Sie



Schussbereit: Soldatin der Bundeswehr beim UN-Kampfeinsatz MINUSMA in Mali

Foto: imago images/Joerg Boethling

kommandieren Kriegsschiffe und Kampfkompanien. Frauen bei der Bundeswehr sind nicht mehr wegzudenken. Mittlerweile sind Soldatinnen in fast jedem Bereich der ehemaligen Männerdomäne angekommen.“ Quoten werden angestrebt, 15 Prozent sollen es insgesamt werden. Eva Högl (SPD), die das Amt des Wehrbeauftragten des Bundestags bekleidet, wünscht sogar einen Frauenanteil von 30 Prozent.

Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr, André Bodemann, erklärte gegenüber dem SWR, es sei „nicht das Geschlecht für gutes Führen ausschlaggebend“. Eine Frau im Rang eines Oberstleutnants meinte: „Auch der deeskalierende Faktor darf bei Soldatinnen nicht unterschätzt werden.“

Abseits von derart sichtlich bemühtem Lob für die positiven Aspekte der Öffnung der Bundeswehr für Frauen oder den eher politisch motivierten Verlautbarungen sind die kritischen Komplexe mit Blick auf die letzten 20 Jahre unübersehbar. Stetig geäußerte Ansichten, in der Bundeswehr würden Frauen bei der Karriere bevorzugt, müssen ebenso stetig zurückgewiesen werden. „Das stimmt einfach nicht“, sagt etwa die So-

ziologieprofessorin Maja Appelt. Fragen der Eignung von Frauen für alle Bereiche werden immer wieder aufgeworfen, verwiesen sei auf die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Tod zweiter weib-

23.279

Soldatinnen leisten nach offiziellen Angaben gegenwärtig ihren Dienst bei der Bundeswehr. Bei insgesamt etwa 184.000 Bundeswehrosoldaten entspricht das einem Anteil von knapp 13 Prozent. Mit 8126 Beschäftigten ist der Sanitätsdienst der größte Bereich der Bundeswehr, in dem Frauen tätig sind

licher Seekadetten des Segelschulschiffes „Gorch Fock“ 2008 und 2010.

Frauen in Kampfkompanien sind, angesichts der sonstigen Zahlen, weiter unterrepräsentiert. Im Rahmen der inzwischen beendeten NATO-Mission „Resolute Support“ in Afghanistan beispiels-

weise waren zuletzt von 1038 Bundeswehrosoldaten 71 Frauen. Weibliche Führungskräfte bei Kampfkompanien sind die Ausnahme. Nicht nur in Bundeswehreinheiten sorgen Meldungen wie diejenige, dass im Inneren von Panzern bei der Luftreinheit auf Schwangere Rücksicht zu nehmen sei, für Kopfschütteln. Oder Bilder, wie denen von einem weiblichen Bataillonskommandeur, die noch einige Jahre zuvor ein Mann war und die anlässlich der offiziellen Verabschiedung auf den nächsten Dienstposten mit einem Militärfahrzeug herumgefahren wurde, das großflächig mit bunten Einhorn-Motiven geschmückt war.

Abseits offizieller Verlautbarungen, jeweils mit der Bitte nicht zitiert zu werden, ist das Urteil männlicher Bundeswehrangehöriger über ihre weiblichen Kameraden oft wenig begeistert. Der sächsische Kabarettist Uwe Steimle formulierte pointiert, er wünsche sich „einen Verteidigungsminister, der General ist und keine saarländische Hausfrau“. Das berührt zwar eine andere Ebene, spiegelt aber auch bezüglich der allgemeinen Frage der Frauen bei den Streitkräften eine weitverbreitete Stimmung wider.

HEINRICH WINDELEN

Ein Leben nicht nur für die Vertriebenen

Als „verhinderter Rheinländer“ hat sich Heinrich Windelen in Anspielung auf die niederrheinische Herkunft seiner Eltern bisweilen bezeichnet. Aber zur Welt kam der Preuße vor 100 Jahren, am 25. Juni 1921, in der schlesischen Kreisstadt Bolkenhain. Wie viele andere Ostdeutsche wurde auch er ein Vertriebener. Nach Westfalen verschlug es ihn und seine Familie. Dort machte er auch nach seinem Beitritt zur CDU im Jahre 1946 Parteikarriere. 1970 wurde er als Nachfolger von Josef Dufhues Vorsitzender des Landesverbandes Westfalen Lippe, bis ihn 1977 sein ungeliebter Nachfolger Kurt Biedenkopf in dieser Funktion ablöste.

Im Bund der Vertriebenen engagierte er sich als Kreisvorsitzender und als Vorsitzender von dessen parlamentarischen Beirat. Karriere machte er jedoch außerhalb der Vertriebenenorganisationen. Windelen engagierte sich in der Politik vielfältig, doch verlor er nie das Anliegen seiner Schicksalsgefährten aus dem Auge. Nach der Wahl Kai-Uwe von Hassels wurde er 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, verlor das Amt jedoch noch im selben Jahr durch den Wechsel von der Großen zur sozial-liberalen Koalition.

Nach dem Wechsel von Rot-Gelb zu Schwarz-Gelb 1982 und der Wahl Rainer Barzels zum Bundestagspräsidenten 1983 wurde Windelen dessen Nachfolger als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. 1987 wurde er dann durch Dorothee Wilms abgelöst, da die ihr Bildungsressort an Jürgen W. Möllemann verloren hatte und Bundeskanzler Helmut Kohl neben Rita Süßmuth weiterhin eine zweite Frau in seinem Kabinett haben wollte.

Nichtsdestoweniger hat Kohl Windelen als „Wellenbrecher, der seinen Mantel nie nach dem Wind hängt“ gewürdigt. In der Tat schwamm Windelen notfalls auch gegen den Strom, vor allem dann, wenn es um die Interessen der Vertriebenen ging. Während er dem Moskauer Vertrag unentschie-



Vor 100 Jahren geboren: Heinrich Windelen

den gegenüberstand und sich für eine Enthaltung aussprach, lehnte er den Warschauer Vertrag ab. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze lehnte er ebenfalls ab. 1990 stimmte er mit weiteren acht Abgeordneten seiner Fraktion gegen den Einigungsvertrag mit der DDR. Dem im Vertrag enthaltenen Verzicht auf seine schlesische Heimat konnte er nicht zustimmen.

Bei der noch im selben Jahr stattfindenden Bundestagswahl trat er nicht mehr an, zog sich aber nicht völlig ins Privatleben zurück. Von 1991 bis 1995 bekleidete er das Amt des Co-Vorsitzenden der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit. Der verheiratete Vater von vier Kindern starb am 16. Februar 2015 in seinem Wohnort Warendorf. *Manuel Ruoff*

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Indiens Bild in der Welt hat sich grundlegend gewandelt. Einst Inbegriff von Armut, Hunger und Rückständigkeit, prägt heute der „Computer-Inde“ das Image eines aufstrebenden Schwellenlandes. Doch hinter der Glitzerfassade existiert es noch, das Indien der Millionen von Kleinbauern, die auf winzigen Parzellen ums Überleben kämpfen. Durch rabiate Regierungspläne sehen die nun ihre blanke Existenz bedroht. Eine explosive Lage entsteht.

Seit vergangenem November protestieren Millionen indische Bauern in den Dörfern und Städten gegen die im September von der Regierung des Premierministers Narendra Modi beschlossene Landwirtschaftsreform. Die Maßnahmen sehen eine weitgehende Öffnung des bisher staatlich gestützten Agrarsektors vor. Die Bauern lehnen die Reformgesetze entschieden ab. Sie befürchten neue Abhängigkeiten und sinkende Preise für ihre Erzeugnisse. Im Vorfeld der Beschlussfassung hatte die Regierung keine Beratungen mit den Bauerngewerkschaften durchgeführt.

Erste Proteste wurden ignoriert. Danach begann der bisher größte Streik in der siebenjährigen Amtszeit der Regierung Modi, und ein Ende ist nicht abzusehen. In den Außenbezirken von Delhi erreichte der Bauernaufstand am 26. Januar, einem Nationalfeiertag, mit Traktorkundgebungen und Sitzstreiks einen vorläufigen Höhepunkt. Auch die neue Corona-Welle konnte die Proteste nicht aufhalten. Zunehmend solidarisieren sich auch Bürger in den Städten mit den Landwirten. Zwar wurden die drei strittigen Gesetze am 12. Januar durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs vorläufig außer Kraft gesetzt, um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen. Daraufhin verschob die Regierung die Reformen um bis zu 18 Monate. Doch von einem Einlenken ist sie weit entfernt.

Nur zwei Hektar Land pro Hof

Kritiker der Reformgesetze bemängeln, dass die bestehenden Umweltprobleme darin nicht erwähnt würden, obwohl die Agrarkrise ökologische Wurzeln hat. Im Zuge der sogenannten Grünen Revolution der 1960er Jahre hatte die Regierung neue Anbaumethoden für Nutzpflanzen wie Reis, Hülsenfrüchte und Weizen gefördert. Trotzdem bewirtschaften heute noch 82 Prozent der indischen Landwirte weniger als zwei Hektar.

Eine Steigerung der Produktivität wurde mithilfe moderner Technologien erreicht, Indiens Nahrungsmittelvielfalt dafür aber stark reduziert. Durch den Anbau bestimmter Saatgutsorten in Monokulturen und die wahllose Anwendung von Dünger und Pestiziden sind die Böden ausgelaugt und oft vergiftet. Übermäßige Bewässerung und Hitzeperioden



Verzweiflung und Existenzangst treiben die Bauern in den Aufstand: Straßenblockade Ende März in Nord-Indien

Foto: imago images/Hindustan Times

LANDWIRTSCHAFT

Indien am Rande einer Bauernrevolte

Die „Grüne Revolution“ der 1960er Jahre, der Einsatz von immer mehr Dünger und Giften sowie die Macht der Saatgut-Konzerne trieben Millionen Bauern in die Krise – Ein Regierungsplan macht das Maß nun voll

führten zu Wasserknappheit. Die Kosten für Betriebsmittel und niedrige Preise für ihre Produkte trieben viele Bauern in einen Kreislauf der Verschuldung. Die Selbstmordrate unter indischen Bauern ist seit Jahren hoch.

Bislang verkaufen die Landwirte Reis und Weizen überwiegend auf staatlich kontrollierten Großhandelsmärkten zu Mindestpreisen, die vor jeder Aussaat zentral für ganz Indien festgelegt wurden. Als Begründung für die Aufweichung dieses staatlich gestützten Systems gibt die Regierung an, dass die Erzeuger auf dem freien Markt höhere Gewinne erzielen könnten. Damit würde mehr Geld aus der Privatwirtschaft in die Landwirtschaft fließen und einen Modernisierungsschub auslösen. Das neue System erlaubt und fördert vertraglich garantierte Anbau- und Ernteabnahmen zwischen Landwirten und privaten Aufkäufern aufgrund freiwilliger Absprache. Die neue Vertragslandwirtschaft soll durch Steuerfreiheit erleichtert werden.

Doch die Landwirte wissen aus eigener Erfahrung, dass sie in direkter Verhandlung mit Großunternehmen kaum

faire Preise aushandeln können. Sie befürchten, unter Druck zu geraten, um teure Betriebsmittel und Maschinen anzuschaffen und Nutzpflanzen in Form von Monokulturen für den Export anzubauen. Indiens Bauern sind aber auf den Anbau von vielfältigen Grundnahrungsmitteln zur eigenen Ernährungssicherheit angewiesen.

Letztendlich könnte ein von Lasten und Abgaben befreites neues System allmählich den weiterhin bestehenden regulierten Markt verdrängen. Bauernvertreter verweisen auch auf das Beispiel des Bundesstaats Bihar, wo der Markt bereits weitgehend liberalisiert wurde. Schon jetzt erhalten die Landwirte dort für ihre Waren 25 bis 30 Prozent weniger als vor der Reform.

Wahre Krisentreiber ignoriert

In den USA wird die Situation in Indien aufmerksam beobachtet. In Teilen der Vereinigten Staaten veröden die ländlichen Gemeinden. Steigender Wettbewerbsdruck bei sinkenden Preisen ist nur von Großbetrieben zu bewältigen, deren Durchschnittsgröße mit 170 Hektar zum

sterben der im weltweiten Vergleich immer noch sehr großen Familienbetriebe führt. Wenn diese aufgeben, gehen jeweils Dutzende Arbeitsplätze verloren und die Menschen ziehen in die Städte. Den in Not geratenen indischen Kleinbauern ist das nicht möglich. Vergleichbar zwischen beiden Ländern sind allerdings Entwicklungen im Zusammenhang mit der Abhängigkeit der Produzenten von Agrarkonzernen wie Monsanto/Bayer, die ein Monopol auf gentechnisch verändertes Saatgut haben und dazu passende Pflanzenschutzmittel anbieten.

In Indien, dem weltweit führenden Produzenten für Baumwolle, sind mehr als 90 Prozent der 5,8 Millionen Baumwollbauern abhängig von Monsanto. Für sie fallen Patentgebühren bei jeder Nutzung des teuren, genveränderten Saatguts an. Vor 20 Jahren stieg dadurch die Gesamtproduktion, daraufhin aber sanken die Preise. Nach einiger Zeit wurden die Schädlinge unempfindlich gegen das Gift, das die Pflanze selbst produziert. Andere Schädlinge tauchten auf, wurden resistent gegen verschiedene Insektizide und zerstörten die Ernte. Das führte zu sinken-

den Erträgen. In den USA bereiten resistente Unkräuter den Landwirten seit Jahren große Probleme, und auch dort sind gentechnisch veränderte Pflanzen die Ursache. Diese haben eine Toleranz gegen das Herbizid Glyphosat, doch das anfangs so einfache und effektive System zur Unkrautbekämpfung ist längst unwirksam geworden. Neue gentechnisch veränderte Pflanzen mit dazu passenden Herbizid-Wirkstoffen sind nun auf den Markt. Doch eine dauerhafte Lösung für die agrarische Massenproduktion ohne die Nebenwirkung resistent werdender Unkräuter ist nicht in Sicht.

Eine weitere Gemeinsamkeit haben beide Länder: Trotz der mit Bodenzerstörung verbundenen Landwirtschaft verstehen die Regierungen immer noch nicht, dass die ökologischen Probleme zusammen mit den verheerenden Dürren, die dem Klimawandel zugeschrieben werden, in erster Linie dem Schwund der kleinteiligen Ackerflächen mit Fruchtfolge zugunsten von Monokulturen, die auf künstliche Bewässerung und Schädlingsbekämpfung angewiesen sind, geschuldet sind sowie der Abholzung der Wälder.

PRIVATSCHULEN

Schon fast so beliebt wie in den USA

Immer mehr Deutsche schicken ihre Kinder auf private Lehranstalten – GEW kritisiert „soziale Selektion“

Die Bildung unserer Kinder ist ein staatliches Anliegen. Sollte man meinen. Doch auch in Deutschland lässt sich ein Trend beobachten, den Bildungsforscher bereits in den USA mit wachsender Sorge beobachten: Immer mehr Schüler besuchen hierzulande eine Privatschule. Inzwischen lernt fast jeder zehnte Schüler in solch einer Bildungseinrichtung.

Das ist schon beinahe so viel wie in den USA, wo das private Schulwesen eine deutlich prominentere Rolle in der Schullandschaft einnimmt. Dort liegt die Quote seit Jahren stabil bei rund zehn Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 1960 gingen weniger als drei Prozent der Schüler in

Deutschland auf eine Privatschule. Aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wirken private Schulen „sozial selektiv“, verschärfen die soziale Spaltung. Zu Privatschulen gehören etwa Waldorf- und Montessori-Schulen oder Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Sie müssen allesamt staatlich genehmigt werden und haben eine „heterogene Schülerschaft“, wie der Verband Deutscher Privatschulverbände erklärt.

Auch Furcht vor Gewalt spielt mit

Dass immer mehr Schüler alternative Bildungseinrichtungen besuchen, hat nicht nur mit deren steigender Beliebtheit oder

einer sozialen Selektion zu tun. Während sich die Zahl der Privatschulen in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren fast verdoppelt hat mit inzwischen mehr als einer Million Schüler, wurde im selben Zeitraum jede fünfte öffentliche Schule geschlossen. Es gibt in Mittelddeutschland, aber auch in der Eifel oder dem Saarland Regionen, in denen Schüler mehr als 50 Kilometer zurücklegen müssten, um eine staatliche Schule zu erreichen.

Der Trend ist seit Jahrzehnten erkennbar. Die Bundesländer haben eigene Regeln. In Hessen und Bayern muss eine Schule um ihre Existenz bangen, sobald sie nicht mehr auf mindestens 13 Schüler

je Klasse kommt. Hier sind es oft private Träger, die den Bildungsnotstand beseitigen. Doch es gibt auch praktische Gründe, warum Eltern ihre Schüler auf eine Privatschule schicken. Der Wunsch nach einer konfessionellen oder reformpädagogischen Ausrichtung spielt ebenso eine Rolle wie der ausgezeichnete Ruf einer Schule oder aber die Sorge, das Kind könnte irgendwann den Sprung aufs Gymnasium nicht schaffen. Auch das Thema Gewalt an staatlichen Schulen spielt nach Angaben der GEW für viele Eltern eine immer größere Rolle. Die meisten Privatschulen in Deutschland sind nicht etwa Waldorfschulen, sondern kirchliche Lehranstalten.

Der Privatschulverband legt Wert auf die Feststellung, dass man eben keine soziale Selektion betreibt. Niemand würde aufgrund der Einkommensverhältnisse der Eltern von einem Schulbesuch ausgeschlossen. In Deutschland verbietet Artikel 7 des Grundgesetzes die Gründung von Privatschulen, die eine „Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern“ fördern. De facto wird das Schulgeld nach der Höhe des elterlichen Einkommens gestaffelt. Doch 15.000 Eltern von Privatschülern bezahlen für den Schulbesuch ihrer Kinder mehr als 10.000 Euro im Jahr, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Peter Entinger

FRIEDHOF HOHENSTEIN

Plackerei mit gelungenem Ende

Die letzte Ruhestätte der Gefallenen der Tannenbergschlacht wurde verschönert

VON UWE HAHNKAMP

Wenn man aus Hohenstein am Freilichtmuseum vorbei der Lindenallee folgt, gelangt man kurz vor dem Forsthaus Hohenstein [Jagiellek] zum Kriegsriedhof von 1914. Die versteckt im Wald liegende Begräbnisstätte hat im Mai dieses Jahres die Gesellschaft zur Pflege deutschen Kulturguts „Emil von Behring“ in Hohenstein wieder sichtbar gemacht und verschönert.

Zwar ist der 1. Mai der Tag der Arbeit, doch die Maiwochenenden, wenn das Wetter endlich wärmer wird, nutzen die Menschen gerne für das erste Grillen und erste Ausflüge. Zu Aktivitäten ganz anderer Art hatte Leon Kuck, der Vorsitzende der Gesellschaft zur Pflege deutschen Kulturguts „Emil von Behring“ in Hohenstein, aufgerufen. „Zum deutschen Kulturgut, das in unserem Namen aufscheint, gehören die Soldatenfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg“, erklärte er, „und der in Jagiellek musste dringend in Ordnung gebracht werden.“

Die ersten vorbereitenden Arbeiten waren bereits im letzten Herbst erledigt worden, als die Freiwilligen den Ort rodeten, Wurzeln aus dem Boden rissen, das Gras mähten und den Boden des Bestattungsorts festtraten. Anfang Mai sortierten sie in der Nähe von Hohenstein Feldsteine für die Begrenzung der Begräbnisstätte und der darum anzulegenden Wege, die dann nach Hohenstein transportiert wurden. „Insgesamt waren es sieben Tonnen Feldsteine, zwölf Tonnen Kies und zehn Tonnen Erde, die benötigt wurden“, zählt Kuck auf. Dazu kamen noch spezielle Folien, Pflanzen und andere Kleinigkeiten.

Diese Kosten kann die Gesellschaft „Emil von Behring“ selber nicht stemmen. Es konnten Gelder von der Stadt Hohenstein und der Kreisgemeinschaft Osterode gewonnen werden. „Außerdem



Pflanzen setzen und Wege anlegen: Freiwillige machen den Friedhof bei Hohenstein wieder sichtbar

Foto: U.H.

unterstützte uns Herr Janusz Komuda beim Transport. Unser Hauptsponsor ist aber Gerd Zieger von der Niedersächsischen Siedlungsgesellschaft in Eberswalde, der mich nach den Berichten von den Rodungen im Herbst kontaktiert hatte. Sein Großvater hat das Hindenburg-Mausoleum in Hohenstein gebaut, daher ist er mit unserer Heimat verbunden“, erklärt Kuck.

Freiwillige von jung bis alt

Die Arbeit vor Ort erledigten die Mitglieder der Gesellschaft „Emil von Behring“.

An drei Wochenenden packten insgesamt über 30 Personen mit an, von jungen Schülern bis zur knapp 80 Jahre alten Irmgard Hermański-Szmergalski, auch zwei, drei Nicht-Mitglieder packten mit an. Mit den Feldsteinen wurde das eigentliche Grab der 63 deutschen Soldaten eingefasst und die Kieswege begrenzt. In die auf dem Grab aufgeschüttete Erde wurden bodendeckende, zum Teil blühende Pflanzen gesetzt, die Wege mit Folie ausgelegt und mit Kies aufgefüllt.

Zwei lange Sonnabende dauerte die Plackerei, am letzten Maisonabend wur-

de noch die ebenfalls von Zieger gestiftete dreisprachige Informationstafel aufgestellt, die seither die Grabstätte sichtbar markiert. Das Denkmal am Kopfende des Grabs, ein Obelisk aus Granitquadern, sei leider so mitgenommen, dass ein Wiederaufbau nicht lohne, so Leon Kuck. „Das würde etwa 60.000 Złoty (rund 13.300 Euro) kosten, da übernimmt niemand von uns die Verantwortung. Aber Tafeln mit den Namen der toten Soldaten, wie sie früher am Obelisk hingen, würden wir gerne noch in Jagiellek ergänzen“, plant er für die Zukunft.

● MELDUNGEN

Überdachte Eislaufbahn

Lyck – In Lyck entsteht an der Stelle, an der bislang ein Stadion mit einer saisonalen Eislaufbahn stand, eine überdachte Sportstätte. Die bisherige Leinwand-Kuppel, deren unter ihr liegende Fläche im Sommer zu Tennis-Plätzen umgewandelt wurde, wird durch ein dauerhaftes Objekt ersetzt, das nach der Eislaufsaison für andere Sportarten genutzt werden kann. Der Vize-Minister für Kultur, Nationales Erbe und Sport, Jacek Osuch, lobte den Umbau. Der Stadtpräsident von Lyck, Tomasz Andrukiewicz, bekräftigte, dass eine solche Investition nur durch großzügige Mittel aus dem Etat des Staates und der kommunalen Selbstverwaltung getätigt werden könne. Die Lycker Eislaufbahn wird umgerechnet etwa 844.000 Euro kosten, wovon knapp 400.000 Euro vom Ministerium für Kultur, Nationales Erbe und Sport kommen. PAZ

Marktplatz wird moderner

Johannisburg – Noch in diesem Monat wird ein Vertrag mit einem Unternehmer unterschrieben, der den Marktplatz in Johannisburg modernisieren soll. Der geplante neue Markt wird eine Fläche von mehr als 700 Quadratmetern einnehmen. Die ausgediente Fleischbude an einem der Eingänge wird durch ein modernes Gebäude ersetzt. Daneben entstehen 43 überdachte Verkaufspavillons und drei Unterstände an den Hauptgängen. Ebenso werden die Toilettenanlage erneuert sowie Einrichtungen für behinderte Personen installiert. Das Marktgelände wird zudem eingezäunt. Sitzbänke und Fahrradständer werden neu geschaffen. Die Umgestaltung des Marktes in Johannisburg wird umgerechnet gut 620.000 Euro kosten. PAZ

KÖNIGSBERG

Diskussion um Elektroroller in der Stadt

Zahl der Mietstationen im Gebiet steigt – Spezielle Verkehrsregeln weisen noch Lücken auf

In diesem Jahr wurden im Königsberger Gebiet mehrere Ausleihsysteme für Elektroroller eingeführt. Seit Beginn der Touristensaison hat die Zahl der Elektroroller auf den Straßen stark zugenommen. Die Zahl der verfügbaren Gefährte dürften zwar die Touristen erfreuen, Einheimische zum Teil aber sehr verärgern. Fußgänger etwa beschwerten sich regelmäßig über Rollerfahrer, die auf Gehwegen Unfälle verursachen. Elektroroller können nämlich Geschwindigkeiten von über 20 Stundenkilometern erreichen, jedoch dürfen sie laut den geltenden Verkehrsregeln nicht auf der Fahrbahn fahren.

Nach Angaben der Verkehrspolizei eigneten sich seit Jahresbeginn in der Region mindestens elf Unfälle mit Elektrorollern. Bei diesen Unfällen wurden sieben Personen verletzt, die Dunkelziffer dürfte aber weit größer sein. Für die meisten Unfälle waren Fahrer von Elektroscottern mit über 250 Watt Stärke verantwortlich. Für solche Fahrzeuge ist eigentlich ein Führerschein der Klasse „M“ erforderlich, und

der Fahrer ist verpflichtet, einen Helm zu tragen und auf der Fahrbahn zu fahren. Die Führerschein-Klasse „M“ ist relativ neu. Sie ist für Fahrzeuge mit geringer Leistung, wie Roller und Mopeds mit kompakter Größe, konzipiert.

Es gab bereits einen Fall, in dem ein Motorroller in einen sogenannten Auto-knast gebracht und sein Besitzer für drei Tage wegen Fahrens ohne Führerschein verhaftet wurde. Sein Elektroroller hatte eine Leistung von 1000 Watt. In den Vor-

schriften werden Elektroroller als persönliche Mobilitätshilfen (CIM) bezeichnet. Der Status dieser Verkehrsmittel ist jedoch noch nicht eindeutig in den Verkehrsregeln festgelegt. Offiziell gilt der Fahrer eines Elektrorollers als Fußgänger. Dies bedeutet, dass er nicht auf der Fahrbahn fahren darf. Er darf nur Fahrradwege und Gehwege benutzen.

Immer wieder kommt es vor, dass angetrunkene Rollerfahrer Notsituationen verursachen. Viele fahren zu zweit auf einem Roller, was verboten ist. Nun prüfen die Kommunen die Möglichkeit, sogenannte langsame Zonen einzurichten, wie es sie in Moskau bereits gibt. Deren Nutzung ist für Roller verboten. Elektroroller sollen die Radwege mitnutzen. Auf Bürgersteigen gilt künftig eine Höchstgeschwindigkeit von bis zu 20 Kilometern pro Stunde. Weil dies immer noch zu schnell ist für Gehwege, haben die Städte Moskau und Jekaterinburg die Geschwindigkeit für Elektroroller bereits auf 15 Kilometer pro Stunde begrenzt.

Im Königsberger Gebiet hat die Verkehrspolizei in der ersten Junihälfte eine „Scooter“-Aktion durchgeführt. Polizeibeamte überwachten dabei die Bewegung von Motorrollern auf den Straßen der Städte und überprüften stichprobenartig den technischen Zustand sowie die Eigenschaften der Fahrzeuge.

Die Leiterin der Königsberger Stadtverwaltung, Jelena Djalowa, ist der Ansicht, dass es notwendig sei, mehr Fahrradwege zu bauen, um die Zahl der Unfälle sowie der Personenschäden zu reduzieren. Dies werde auch dazu beitragen, den Strom von Fußgängern, Radfahrern und Rollern besser zu verteilen: „Während ein Radfahrer noch auf die Fahrbahn ausweichen kann, was nach der Straßenverkehrsordnung erlaubt ist, ist ein Elektroroller ein Fahrzeug, das nicht auf der Fahrbahn fahren kann. Damit bleibt nur noch der Bürgersteig. Diejenigen, die Roller fahren und diejenigen, die zu Fuß gehen, müssen lernen, sich gegenseitig zu respektieren.“

Jurij Tschernyschew



Neu auf dem Kneiphof: Vermietstation für Elektroroller

Foto: J.T.

**Zum 99. Geburtstag**

Kiesewalter, Frieda, geb. **Borowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Gehrau, Edith, geb. **Timm**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Kuchen, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Hähne, Brunhilde, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Barnieck, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Lyck, Lycker Garten 61, am 30. Juni
Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Figur, Waltraud, geb. **Sawitzki**, aus Littfinken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Gottuck, Liesbeth, geb. **Jerosch**, aus Lyck, am 29. Juni
Pohner, Evemarie, geb. **Block**, aus Lyck, Lycker Garten 16, am 26. Juni
Poschadel, Irmgard, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 26. Juni
Rokitta, Erika, geb. **Magdowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 26. Juni
Tomkowitz, Elfriede, geb. **Samotia**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 27. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Blank, Irmgard, geb. **Gandlau**, aus Talken, Kreis Lötzen, am 27. Juni
Burba, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Juni

Dahlke-von Terzi, Susanne, geb. **von Terzi**, aus Lyck, am 25. Juni
Eggert, Edith, geb. **Schernack**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 27. Juni
Feichtner, Waltraut, geb. **Ostschinski**, aus Wiersbianken, Kreis Goldap, am 29. Juni
Hartmann, Inge, geb. **Eichler**, aus Louisenthal, Kreis Mohrunen, am 26. Juni
Heinrichs, Hildegard, geb. **Geddes**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 27. Juni
Hildebrandt, Elfriede, geb. **Reinert**, aus Großdorf, Kreis Johannisburg, am 28. Juni
Kirchenberger, Luise, geb. **Jakubczyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Birr, Herta, geb. **Sczesny**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Doerfert, Ella, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 30. Juni
Krusche, Toni, geb. **Frenkler**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Myska, Helene, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 29. Juni
Schoen, Günter, aus Paßdorf, Kreis Angerburg, am 27. Juni
Schulz, Erna, geb. **Baussy**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Juni
Trefelt, Gertrud, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Werner, Rudolf, aus Schapten, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Eckert, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni
Gleibs, Gerhard, aus Gross Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 29. Juni
Gogoll, Günter, aus Sonnu, Kreis Lyck, am 30. Juni
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli

Kleinert, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni
Kreddig, Leonhard, aus Mohrunen, am 29. Juni
Schwiering, Irmtraut, geb. **Broszewski**, aus Treuburg, am 27. Juni
Weiser, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni
Zekorn, Annemarie, geb. **Dieser**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 29. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dibowski, Ewald, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Eberhard, Ruth, geb. **Nass**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Gehrt, Sybille, geb. **Saffran**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 1. Juli
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Nitzko, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Richter, Ruth, geb. **Fritzenwanker**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni
Stawström, Anneliese, geb. **Kummetz**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Willert, Walli, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni
Winkelmann, Helmut, aus Lyck, Steinstraße 5, am 26. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bruns, Gertrud, geb. **Schlicker**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 28. Juni
Budzinski, Ruth, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 28. Juni
Danger, Herta, geb. **Bundt**, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 29. Juni
Jung, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Laskowski, Walter, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. Juni
Mairose, Elfriede, geb. **Mantwill**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Juni

Mischel, Erwin, aus Bieskobnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Juni
Sawatzki, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juni
Schlüter, Helga, geb. **Oberpichler**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Schulte, Herta, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Juni
Thiemann, Karl-Heinz, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni
Tischler, Herbert-Otto, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Wegner, Irmgard, geb. **Chrzanowski**, aus Fylitz, Kreis Neidenburg, am 29. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berger, Anneliese, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 26. Juni
Beseler, Gertrud, geb. **Januschkiwitz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 28. Juni
Brozio, Gerhard, aus Lyck, Bismarckstraße 62, am 25. Juni
Dombrowski, Günter, aus Gudnick, Kreis Mohrunen, am 25. Juni
Glaser, Ingrid, geb. **Raudies**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 29. Juni
Kornitzki, Erwin, aus Dosnitten, Kreis Mohrunen, am 29. Juni
Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Mlodoch, Irmgard, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 25. Juni
Nuwel, Gerhard, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni
Sintenis, Ingobert, Kreisgemeinschaft Lyck, am 26. Juni
Spreckelsen, Adelgunde, geb. **Schwarz**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Juni
Stinsky, Helmut, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Juni
Urbschat, Helmut, aus Petersmoor, Kreis Tilsit-Ragnit, am 26. Juni
Viohl, Dorothea, geb. **Müller**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Wichmann, Hildegard, geb. **Kunz**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 1. Juli
Wottrich, Margot, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 30. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bargmann, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Bruckert, Siegfried, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 1. Juli

ANZEIGE

**Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig**
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

PAZ wirkt!

**Ferienhäuser
in Masuren**
www.masuren1.de

**QUALITÄTSURLAUB
SEIT ÜBER 30 JAHREN.**

> Es geht wieder los!

Erleben Sie die Schönheit Polens
MASUREN MIT DANZIG, OBERLANDKANAL, ALLENSTEIN, NIKOLAIKEN UND GOLDAP
SCHLESSEN MIT KRAKAU | BESKIDEN MIT SOLINA SEE

MIT Heimat-Spenden DEUTSCHLAND

BUCHEN SIE JETZT BUNDESWEIT
Telefon: 0 23 07/27 950 oder online: www.warias-reisen.de

An jedem Programmtag Kaffee & Kuchen gratis. | Abholung in vielen Großstädten

Bühler, Margot Johanne, geb. **Schröder**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 27. Juni
Burchard, Christian, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 27. Juni
Christ, Christa, geb. **Rogowski**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 28. Juni
Czarnecka, Irmgard, geb. **Glode**, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 25. Juni
Dembowski, Oskar, aus Ukta, Kreis Sensburg, am 28. Juni
Dreher, Hans-Jürgen, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 30. Juni
Kaffka, Werner, aus Thomken, Kreis Lyck, am 27. Juni
Keller, Irmgard, geb. **Schmeling**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
König, Lothar, aus Romau, Kreis Wehlau, am 26. Juni
Lewerenz, Christa, geb. **Sasse**, aus Wehlau, am 28. Juni
Maetzing, Kurt, aus Nasewitt, Kreis Mohrunen, am 29. Juni
Möllendick, Ingrid, geb. **Grabski**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Paeger, Bruno, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 28. Juni
Pairan, Klaus, aus Mohrunen, am 25. Juni
Pahl, Eva, geb. **Warda**, aus Lyck, am 26. Juni
Preuk, Wally, geb. **Lengwenus**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 1. Juli
Rama, Dietmar, aus Omulehofen, Kreis Neidenburg, am 30. Juni
Schultze, Werner, aus Lyck, am 1. Juli
Schulze, Käte, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 27. Juni

Stache, Margarete, geb. **Schwabe**, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, am 30. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bendzko, Dorothea, geb. **Bischoff**, aus Lötzen, am 28. Juni
Fritsch, Irmtraut, geb. **Romoth**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Halfmann, Irene, geb. **Engelke**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 25. Juni
Herz, Roswitha Bärbel, geb. **Kowalski**, aus Neidenburg, am 21. Juni
Kamphaus, Günther, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 28. Juni
Kapgenoß, Lothar, aus Ortelsburg, am 26. Juni
Karpinski, Edith, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 28. Juni
Nomigkeit, Ulrich, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Pille, Dorothea, geb. **Demski**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 30. Juni
Radau, Joachim, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Juni
Schröder, Manfred, aus Königsberg, am 1. Juli
Thaler, Marlies, geb. **Sablowski**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 28. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Borowski, Sabine, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 25. Juni
Borowski, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. Juni
Schmid, Anette, geb. **Dominik**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 28. Juni

Zusendungen für die Ausgabe 27/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 27/2021 (Erstverkaufstag 9. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 29. Juni**,

an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Entfällt

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte. Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei

Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-

geschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon (0421)
3469718

Sprechstunden und Treffen

Bremen – Nun dürfen wir neue Zuversicht gewinnen und zögern nicht, die Sprechstunden in unserer Geschäftsstelle Parkstraße 4 wieder anzubieten. Diese sind donnerstags von 15 Uhr bis 17.30 Uhr. Frau Struckmeyer wird dort sein und Ihre Anliegen persönlich oder telefonisch (0421) 3469718 gerne entgegennehmen.

Wir möchten Sie auch zu einem ersten Treffen einladen.

Mittwoch, 14. Juli, 12 Uhr, Hotel Robben, Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland: Treffen mit Königsberger Klops-Essen zum Preis von 14,90 Euro pro Person. Sie erreichen das Lokal mit den BSAG-Linien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“.

Wir bitten um verbindliche telefonische Anmeldung bei Frau Schramm (04298) 698765 oder bis zum 8. Juli in der Geschäftsstelle.

Im Anschluss an das Klopsessen möchten wir dann ab zirka 14 Uhr unsere Jahreshauptversammlung durchführen. Anträge zur Versammlung sind bis zum 8. Juli an unsere Geschäftsstelle zu richten!



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Treuemedaille und Urkunde

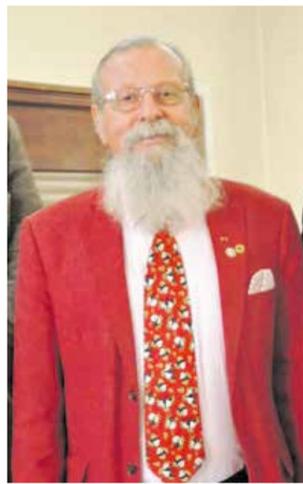
Landesgruppe – Die Landesgruppe der LO Schleswig-Holstein (SH) hat 722 Mitglieder, die sich auf 19 Ortsgruppen (OG) verteilen

und 3 Einzelmitglieder (Stand 2020). Der Vorsitzende der Landesgruppe Edmund Ferner ist stolz darauf, dass in SH eine so große Mitgliedschaft aktiv nach mehr als 75 Jahren Flucht und Vertreibung die ostpreußische Kultur und die Erinnerung an die alte Heimat pflegt.

Einen großen Verdienst an der Vielzahl der OG und Mitglieder haben dabei die Vorsitzenden der OG, die unermüdet durch die Zusammenkünfte der Erlebnissengeneration, aber zum Teil auch jungen interessierten Menschen das Nichtvergessen an Ostpreußen aufrechterhalten.

Es war daher Edmund Ferner ein besonderes Anliegen, die Vorsitzenden der OG und den Landesvorstand durch Überreichen einer Urkunde mit dem Wortlaut: „Die Landsmannschaft Ostpreußen spricht -Frau/Herrn ...- für Treue und Bekenntnis zur ostpreußischen Heimat Dank und Anerkennung aus“ und einer Medaille mit Ostpreußenadler ihre Arbeit in den OG und ihren Einsatz für Ostpreußen zu würdigen. Die Urkunden wurden den Geehrten per Post zugesandt. Für den Landesvorstand fand in der OG Bad Schwartau beim Unterzeichnenden die Übergabe im Rahmen einer Vorstandssitzung statt. Die Laudatio zur Überreichung der Urkunde an Edmund Ferner überbrachte der Sohn des stellvertretenden Vorsitzenden Peter Gerigk, der aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen konnte. Peter Gerigk führte in seiner Würdigung für den Landesvorsitzenden Folgendes aus: Edmund Ferner wurde am 4. September 1935 in Königsberg geboren. Nach Flucht und Vertreibung lebte er zunächst in Lübeck, absolvierte sein Abitur in Hamburg, studierte auf Lehramt, das er letztlich an der Realschule in Burg auf Fehmarn ausübte. Seit über 48 Jahren auf Ortsebene und seit über vier Jahrzehnte ist er als Landeskulturreferent der Landesgruppe der LO in SH tätig. Seit vielen Jahren ist Ferner im Kulturausschuss

des BdV-Landesverbandes in SH und dort auch Vorsitzender gewesen. Mit besonderem Engagement, mit hohem Intellekt und mit persönlichem Mut hat Ferner seit Jahrzehnten seine idealistische Aufgabe als Wahrer und Interpret ostpreußischen Kulturgutes wahrgenommen. Als Leiter der Kulturreisegruppe der LO arrangierte er regelmäßig Fahrten nach Ostpreußen, aber auch in viele andere Länder, die stets eine breite Resonanz fanden.



2019 beim Preußentag in Schleswig-Holstein im Kieler „Haus der Heimat“: Landesvorsitzender Edmund Ferner Foto: Hans-A. Eckloff

Ferner hat in einer hervorragenden organisatorischen Leistung seine Idee mit Unterstützung der Stadt Ostseeheilbad Burg verwirklicht, im Stadtpark die „Gedenkstätte deutscher Osten“ zu schaffen, die als beispielhaftes Mahnmahl für das Heimatrecht kündigt und in ganz Deutschland als Kulturdenkmal anerkannt wird. 1983 wurde Edmund Ferner für diese und aufgrund seiner zahlreichen Aktivitäten zum Wohle der Allgemeinheit und insbesondere seines ausgezeichneten Beitrages zur deutsch-russischen Verständigung und Zusammenarbeit vom Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ge-

würdigt, und 1992 wurde er vom Ministerpräsidenten SH mit der Schleswig-Holstein-Medaille ausgezeichnet. Besonders auch in der „Förderung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages e.V.“ hat er sich hohe Verdienste erworben. Das Präsidium des Komitees des Freundschaftsvertrages ernannte Ferner 1981 zum Generalsekretär für SH. Weiterhin war er nicht nur im Rahmen der LO auf kulturellem Gebiet tätig, sondern hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kulturausschusses des LvD beispielhaft Kulturarbeit betrieben und somit zur Verständigung zwischen Menschen in der neuen schleswig-holsteinischen Heimat, aber auch weit über die Grenzen hinaus in hervorragender Weise Verbindungen geschaffen.

Zusammenfassend hat Edmund Ferner zur Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühls von Alt- und Neubürgern, von Einheimischen und Vertriebenen und zur Stärkung des Heimat- und Landesbewusstseins in SH und darüber hinaus Wesentliches beigetragen. Für all sein Tun und die Liebe und Treue zu Ostpreußen wird ihm die Urkunde und Treuemedaille verliehen.

Familie Klemens

Bad Oldesloe/Tremsbüttel – Nach der Corona-Pause waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe und Tremsbüttel von Georg und Karle Baltrusch in den Schwalbenweg eingeladen. Die Tremsbütteler brachten eine Bekannte mit, die sich gleich unserer Gruppe anschloss. Ihr vor einiger Zeit verstorbener Mann war hier mit der Vorsitzenden in einer Klasse.

Ulrich Klemens sprach über sein Elternhaus, einen Erbbauernhof in Budwethen (später Ansorge) im Kreis Elchniederung zwischen Tilsit und dem Kurischen Haff.

Nach der Hofkarte hatte der Bauernhof eine Gesamtfläche von 52,36 Hektar, aufgeteilt in Acker und Weiden sowie Grünland.

Angebaut wurden Winterroggen, Hafer, Sommergerste, Mengengetreide, Kartoffeln und Kohlrüben (Wrucken), 50 Prozent diente den Futterpflanzen: Klee, Ackerweiden und Wiesen. Im Jahr gab es 22 bis 35 Kühe, zehn bis 19 Pferde mit Fohlen. Es mussten immer vier Gespanne bestückt werden. Die Schweinehaltung war gering, nur für die Nachzucht, den Eigenbedarf und die staatliche Ablieferungspflicht. Schafe wurden nur für eigene Wolle gehalten, ebenso Geflügel nur für den Eigenbedarf. Alles ist in der exakten Buchführung abzulesen, die die Mutter Eva Klemens bis zur Flucht im Oktober 1944 bearbeitete.

Auch die Steuern sind darin festgehalten, die Abgabe für den Reichsnährstand, Feuerversicherung und dergleichen.

Fünf Kinder wuchsen in dem prächtigen Zuhause auf. Ulrich, der Älteste, wurde 1936 geboren. Dann folgten Manfred, Wolfgang Heinrich, Peter Werner und die Schwester Walburg. Ulrich und später auch sein Bruder Manfred hatten einen zwei Kilometer langen Schulweg zur Schule in Sköpen.

Im Oktober 1944 war die Ostfront weiter in Ostpreußen vorgezogen. Als der Befehl zur Flucht kam, wurden zwei Gespanne mit sieben Pferden zusammengestellt. Es ging in Richtung Heiligenbeil, zunächst noch in einer geordneten Kolonne. Das änderte sich bald, da immer mehr treckende Dörfer von allen Seiten dazu kamen und auch die Wehrmacht die Straßen beanspruchte.

Über Schlochau und Deutsch Krone kam Familie Klemens in die Gegend von Stettin und überquerte am 15. Februar 1945 die Oder. Sie landeten in der Altmark, die ihr zur zweiten Heimat wurde. In Lückstedt arbeitete die Mutter zunächst bei Bauern, dann als Melkerin in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft der DDR (LPG).

So konnte sie ihre Kinder schon morgens mit Milch und Milchsüp-



pe versorgen. Die Kinder gingen in Lückstedt zur Schule, Ulrich absolvierte eine Maler-Lehre, machte sich dann aber allein auf den Weg nach Westen zu Verwandten, die in Grabau als Flüchtlinge lebten.

In der lebhaften Aussprache gab es auch eigene Fluchterlebnisse.

Die Gäste dankten Familie Baltrusch für den Nachmittag und besonders Frau Karla für die schöne Kaffeetafel. *Gisela Brauer*

Gruppe löst sich auf

Malente – In einem Vorstandsrundengespräch wurden Überlegungen angestellt, ob die Ortsgruppe weiterhin bestehen soll. Gespräche mit Mitgliedern wurden ebenfalls geführt. Niemand wollte die Führung der Ortsgruppe übernehmen.

Die Corona-Pandemie hat bisher alles verhindert, sodass eine Vorstandsarbeit ruht, und zwar seit dem 3. April 2019. Wie bei anderen Vereinen ist die Mitgliedschaft geschrumpft.

Es hat sich somit gezeigt, dass es den Ost- und Westpreußen, sowie Schlesiern nicht gelungen ist, eine Ortsgruppe aufrecht zu erhalten. So ist die Entscheidung des Vorstands gefallen, die „Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Schlesier“ aufzugeben.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern und Gästen, die dazu beigetragen haben, dass die heimatlichen Gedanken erhalten wurden, nun aber die Landsmannschaft nicht mehr besteht.

*Klaus Schützler und
Heinrich Buchwald*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

APZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



**Prämie 2:
Renaissanceglobus**

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Sozialistin und Mutter

Die Pietà von Käthe Kollwitz

Wohl keine Künstlerin aus Deutschland ist international bekannter als die in Königsberg geborene und aufgewachsene Käthe Kollwitz (1867-1945). 1919 wurde sie als erste Frau Professorin der Preußischen Akademie der Künste; auch war sie die erste Frau, welche den preußischen Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste erhielt.

Gerade ihre grafischen Arbeiten, die in aller Eindringlichkeit menschliches Leid zum Ausdruck bringen, verschafften ihr Weltruhm; später hat sie auch sehr erfolgreich Plastiken geschaffen. War es zunächst das Elend der Schwachen, deren soziale Not wie Armut und Hunger, die ihr Werk prägten, kam mit dem Ersten Weltkrieg der Pazifismus als Thema hinzu.

Anlass dazu gab im Wesentlichen der Tod ihres jüngeren Sohnes Peter, der als Soldat in Belgien in den ersten Kriegswochen 1914 gefallen war. Für ihn wollte sie eine Grabplastik gestalten. Sie begann mit der traditionellen Idee des toten Soldaten. Dann kam sie auf das Thema der trauernden Eltern, zwei in sich gekehrte, kniende Gestalten. Diese wurden 1932 auf dem Soldatenfriedhof in Belgien aufgestellt.

Zu den großen Themen im Werk von Käthe Kollwitz gehören die Mütter, die sich um ihre Kinder sorgen, um sie trauern oder mit dem Tod kämpfen. Die Armut der Arbeiterbevölkerung in Berlin hatte sie dazu ebenso angeregt – Kollwitz verstand sich zeit lebens als Sozialistin – wie das eigene Erleben als Mutter. An die-



Bronze stand nicht zur Verfügung: Kollwitz' Pietà aus Zink von 1940. Eine Leihgabe der Stiftung Königsberg

sem Motivkreis arbeitete sie noch im Alter, nachdem die Nationalsozialisten sie aus der Preußischen Akademie der Künste herausgedrängt und gegen sie ein faktisches Ausstellungsverbot verhängt hatten.

Ein Andachtsbild

In ihrem Tagebuch notierte sie 1937: „Ich arbeite an der kleinen Plastik, die hervorgegangen ist aus dem plastischen Versuch, den alten Menschen zu machen. Es ist nun so etwas wie eine Pietà geworden. Die Mutter sitzt und hat den toten Sohn zwischen ihren Knien im Schoß liegen. Es ist nicht mehr Schmerz, sondern Nachsinnen.“

Pietà bezeichnet ein im Mittelalter entstandenes Andachtsbild, das Maria mit dem Leichnam ihres Sohnes Jesus zeigt. Hier liegt der tote Sohn zwischen den Knien der Mutter, die ihn eher umfängt. Der Kopf des Toten ist nach hinten gesunken. Das tote Kind scheint ganz in der Gestalt der Mutter aufgenommen zu sein. Die sehr geschlossene Figurenkomposition ist für das Spätwerk der Künstlerin charakteristisch.

Die Haltung der Mutter drückt eine verinnerlichte Trauer aus, was dem Wort „Nachsinnen“ in der Tagebuchnotiz entspricht. Die liebevolle Haltung zeigt sich in dem schützenden Überdecken der Stirn- und Augenpartie und der zarten Haltung der Hand des Toten durch die mütterliche Hand.

Die Künstlerin modellierte die Plastik 1938. Ein besonders ungewöhnliches Exemplar findet sich im Ostpreußischen

Landesmuseum, das über eine bundesweit bedeutsame Sammlung der Werke von Käthe Kollwitz verfügt.

Zu dem Freundeskreis der Künstlerin zählte der aus Ostpreußen stammende Schriftsteller Ernst Wiechert. Er bat Kollwitz 1940 um ein Exemplar dieser Plastik. Im Krieg war ein Guss aus dem kriegswichtigen Metall Bronze unmöglich. Es entstand ein Zinkguss, bei den Plastiken von Käthe Kollwitz war dies ein einmaliger Vorgang. Aus dem Nachlass des Dichters gelangte er mit der Sammlung des ehemaligen Museum Stadt Königsberg in Duisburg nach Lüneburg.

Bald nach ihrem Tod begann der Nachruhm von Käthe Kollwitz zu wachsen. Auch das zu ihren Lebzeiten kaum bekannt gewesene Spätwerk wurde rasch berühmt. Ganz besonders gilt dies auch für die „Mutter mit dem toten Sohn“. Eine vierfach vergrößerte Kopie bildet seit 1993 das Zentrum der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in der von Schinkel geschaffenen Neuen Wache in Berlin. Was bei offiziellen Staatsbesuchen Teil des großen Zeremoniells mit Kranzniederlegung und Ehrenwache der Bundeswehr ist, kann im Original in der Dauerausstellung des Museums bestaunt werden.

Jörn Barfod

● **Dr. Jörn Barfod** ist Kunsthistoriker und Kustos im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ol-ig.de

Rätsel

Strecke für Laufwettbewerbe	cremige Süßspeise	treulos, verräterisch	Betreuerin, Fürsorgerin	abschließend, beendend	Schutzpatron der Jäger	Jurist zur Beurkundung	Bank-, Stahl-fach (engl.)	Hauptstadt von Albanien	abwandeln	Stadt in NRW, am Hellweg	Feingewicht für Edelmetalle	Raub-, Speise-fisch, Dorsch	zu keiner Zeit
locker, schlapp				Verbrechen					im Geheimen reden (ugs.)				
			akrobat. westindischer Tanz				Geldwesen				schneller Autofahrer	Einzug fälliger Forderungen	
Halstuch		Handwerker, Keramiker							Tatkraft, Spannkraft				
			Kehrgerät		österr. Fluss zur Donau		von besonderem Reiz	Opernsängerin: Netrebko			Kirchenmusikinstrument	Spionin, weiblicher Spitzel	
Sportveranstaltung		Bruder Kains			geometrischer Körper				körperliche Ertüchtigung	japanische Hafenstadt			
Warmwasserbereiter				eine Zahl		Entwicklungsabschnitt				Bücherbord			
			Winkelfunktion (Mathematik)			veraltet: junges Pferd	ein Schul-fach (Kzw.)	Fort-schritt: Fortgang (lat.)					
Tennis-spielabschnitt		ausreichend			unecht wirken des Verhalten	ein Erdteil					Offiziersrang		sich wundern
dicht bei, seitlich von				Gesandter des Papstes			Teil des Gebisses		Klebe-mittel	Seerose			
						bayer. Benediktiner-abtei				Karpfen-fisch			Mensch, der etwas stiehlt
	jegliches	Bandit, Räuber (Wilder Westen)	Möbelstück			bayerisch: Rettich	gerade dort, genau dort						Gegenstand e. Dichtung (franz.)
	Türklinke						nicht bei Trost (ugs.)						
					dickes Seil		sich erdreisten						
	be-wahren, pflegen	Medi-ziner	Ruhe, Schwei-gen	wert-loser Zeug			fasanen-artiger Vogel	Zimmer		Roman v. H. Mann: „Profes-sor ...“	Metallstift	Mün-dungs-arm der Weichsel	spani-scher Maler (Joan)
	jüdi-sches Fest				Kunst-stil im Mittel-alter			däni-sche Insel					
	Bespre-chung, Unter-redung	dt. Kompo-nist (Werner)	Affe, Weiß-hand-gibbon	Sultanat am Ara-bischen Meer					Grund-stoff-teilchen			ugs.: amerika-nischer Soldat	
	Erdbe-gleiter, Trabant	aus-drucks-lost, Starr (Blick)						Name d. Storches in der Tierfabel					
	gelb-braune Maler-farbe			Speise, Verpfle-gung					Geliebte des Zeus				

3. Anzahl
Magisch: 1. Okarina, 2. Erdball, Bäckerei
5. Cocktail, 6. Gefuehl, 7. Pfortner
2. Gedanken, 3. Sardinien, 4. Streich,
Mittelwörter: 1. Gebäck,
Türklinke
Schüttelrätsel:
So ist's richtig:
PAZZI 25

Schüttelrätsel

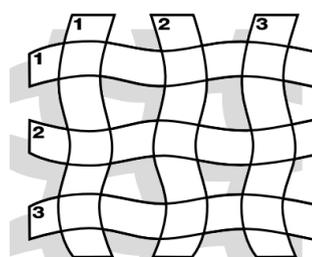
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

GIPRS	AAER	AELMP	EEIKL	EELS	HIRT	EMTZ
			EHLM			
AMRTU		EEIOPS				
AAEIM PRRT						
AALS			ELTZ			

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine bekannte Heilmaßnahme.

1	TEE				ZANGE
2	GRUND				GUT
3	OEL				DOSE
4	HAND				HOLZ
5	FRUCHT				BAR
6	WIR				LOS
7	NACHT				LOGE



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Gefäßflöte
- 2 unser Planet (poetisch)
- 3 Gesicht

INFORMATIONEN ERBETEN

Möbel erzählen die Geschichte der Heimat

Auf Spurensuche mit einem Schrank, der den Weg von Ostpreußen ins nordfriesische Leer zurückgelegt hat



Wo könnten diese schmucken Häuser gestanden haben? Vielleicht stehen sie auch noch heute. In einem dieser Gebäude wurde die nebenstehende Aufnahme getätigt
Foto: Peter Mihaly

Peter Mihaly möchte es näher wissen. Woher kommt der Schrank, den er erworben hat?

Das Möbel wird etwa 100 Jahre alt sein und stand irgendwo in Ostpreußen. Nun ist Mihaly auf der Suche nach dem Ort, an dem der Schrank ursprünglich gestanden hat. Der Vorbesitzer hat ihm dazu eine Aufnahme überlassen, die den Straßenzug zeigt, in dem die ursprünglichen Schrankbesitzer ansässig gewesen sein sollen. Jetzt hofft er auf die Leser der *Preussischen*

„Das Möbelstück ist ein Stück Kulturgeschichte“

Peter Mihaly möchte mehr über die Geschichte des Möbels erfahren und freut sich über Informationen zur Spurensuche

Allgemeinen Zeitung; vielleicht kann sich jemand an die Straße oder sogar die Personen auf dem kleineren Bild erinnern.

Mihaly schreibt: „Ich nehme an, dass sie (die Personen auf dem Bild rechts) „wichtige“ und interessante Personen waren. Das Möbelstück ist ein Stück Kulturgeschichte, über die ich gern etwas mehr erfahren würde.“

Peter Mihaly ist telefonisch zu erreichen unter (0491) 5255127591 oder per E-Mail unter peter.mihaly@gmx.de.



Wer hat diesen Schrank schon einmal gesehen oder kennt das Ehepaar (vermutlich), das an der Kaffeetafel sitzt? Hinweise sind sehr willkommen
Foto: Peter Mihaly

MEDIATHEK

Ostpreußen in zwölf Minuten

Die Filmreihe der Landsmannschaft wird weiter ausgebaut



Corona hat viel verändert. Das gilt auch für den Internetauftritt der Landsmannschaft Ostpreußen. Ihre Mediathek war schon lange sehr umfangreich und reichte von den digitalisierten Arbeitsbriefen, der Audiosammlung sowie Lust- und Singspielen hin zu Videos der Werkwoche und historischen Filmen. Im letzten Jahr kam bereits ein Film zur virtuellen Gedenkveranstaltung hinzu, in dem über die Volksabstimmung in Oberschlesien vor 100 Jahren gesprochen wurde. Jetzt präsentiert die Landsmannschaft Ostpreußen einen neuen Film. Er heißt „Ostpreußen für Anfänger“ und ist über folgende Internetadresse abrufbar: https://ostpreussen.de/lo/Ostpreussen_fuer_Anfaenger.html. In zwölf Minuten liefert er einen ersten Überblick zur Geschichte und Landeskunde Ostpreußens und lädt zur weiteren Beschäftigung mit dem Land und seinen Bewohnern ein. Dieser mediale Beitrag zum Erbe Ostpreußens wurde durch die Stiftung Zukunft für Ostpreußen gefördert und vom Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen unterstützt. Produziert wurde er von der Agentur Rückblende. Kommentare zu dem Film können Sie gerne an folgende E-Mail-Adresse schicken: info@ostpreussen.de.
Foto: LO

CHRONIK

Die Schule in Hirschberg

Umfangreiche Dokumente über Lehrer und Schüler

Die Schule ist ein ganz besonderer Ort. Es ist nicht nur ein Ort, an dem man im besten Fall seine Bildung erhält, sondern sich auch zu einer Persönlichkeit entwickelt. Wie wichtig Schule ist, wurde uns durch die Pandemie deutlich vor Augen geführt.

Beata Goworek hat in den vergangenen zehn Jahren ununterbrochen nach Material geforscht – nach alten Dokumenten, Zeugnissen und Schulfotos. Sie hat sie bearbeitet und retuschiert, interviewte in Ostpreußen wie in der Bundesrepublik ehemalige Schüler wie Lehrer der Hirschberger Schule, durchstöberte tagelang Allensteins Archive, machte Notizen und saß schließlich unzählige Stunden am Computer und schrieb...

Erinnerungen an die Schulzeit

Doch nun ist das Buch fertig. „Die Schule in Hirschberg / Jedzbark“ beinhaltet die Geschichte des Schulhauses von seiner Errichtung bis hin zur Schließung, Biographien vieler Lehrer, die in den beinahe zwei Jahrhunderten darin unterrichtet hatten wie zum Beispiel Johannes Pach oder Paul Warkowski (in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts), Alfred Neudek oder Anna Hestkowska und natürlich der langjährige Schulleiter Kazimierz Kozłowski. Auch einige Schüler teilen ihre Erinnerungen an die Schulzeit – sowohl in der Vorkriegszeit als auch in den 50er, 60er und 70er Jahren. Das Buch zählt gut 130 Seiten im Großformat und bietet eine

umfangreiche Fotosammlung – beinahe 200 Bilder aus mehreren Jahrzehnten auf gutem Fotopapier, die die Vergangenheit der Schule wieder aufleben lassen.

Das Dorf Hirschberg liegt rund 20 Kilometer östlich von Allenstein und südlich des Großen Aar-Sees.

Beata Goworek/PAZ



Beata Goworek: „Die Schule in Hirschberg / Jedzbark“, rund 300 Seiten, 35 Euro (inklusive Porto), zu beziehen unter E-Mail: BeataGoworek@t-online.de, Telefon (02387) 900288 oder (0172)4331207.

EHRENFRIED GÜNTHER FREIHERR VON HÜNEFELD

Der „tolle Baron“

Der Luftfahrtpionier und sein eiserner Wille – die Weltumrundung per Flugzeug war sein großes Ziel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld war zeitlebens ein sehr kranker Mann und massivst körperlich eingeschränkt: Auf dem linken Auge sah er von Geburt an gar nichts und auf dem rechten nur wenig. Die Schule verließ er wegen chronischer Nierenprobleme vorzeitig. Später gesellte sich dann noch eine Gehbehinderung aufgrund von Kriegsverletzungen hinzu. Darüber hinaus musste von Hünefeld wiederholt am Magen operiert werden, wodurch er nach und nach die Hälfte dieses Organs verlor. Dennoch gehörte der Ostpreuße, welcher am 1. Mai 1892 in Königsberg auf die Welt kam, zu den größten Luftfahrtpionieren aller Zeiten.

Der „tolle Baron“, wie man von Hünefeld wegen seines trotz allem lockeren Lebensstils nannte, interessierte sich schon früh für das Fliegen, ging aber 1916 angesichts der gesundheitlichen Handicaps in den diplomatischen Dienst und avancierte zum Vizekonsul in Maastricht. 1921 wechselte er in die Finanzverwaltung von Bremen, 1923 folgte eine Anstellung beim Norddeutschen Lloyd. Als Pressereferent und Chef der Werbeabteilung engagierte sich von Hünefeld für den weiteren Ausbau dieser großen Reederei und nahm Kontakt zu Entscheidungsträgern der Luftfahrtbranche auf. Diese versuchte er für sein ehrgeiziges Projekt einer Atlantiküberquerung per Flugzeug von Ost nach West zu begeistern. Solch ein Unternehmen galt – anders als die schon gelungenen Flüge in der Gegenrichtung – wegen der vorherrschenden Westwinde als nahezu unmöglich, was von Hünefeld nicht akzeptieren wollte. Dabei betrachtete er die Atlantikpassage in der „falschen“ Richtung keineswegs nur als technische Herausforderung, sondern ebenso als Möglichkeit, die Völker der Welt nach dem erbitterten Krieg der Jahre von 1914 bis 1918 wieder zusammenzuführen.



Winken zum Abschied: Die Besatzung des Junkers-Flugzeuges „Bremen“ (von links nach rechts) der Angestellte bei den Junkers-Werken Fritz Loose, Hauptmann Hermann Köhl und Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld 1927 vor dem ersten Atlantikflug in Ost-West-Richtung. Sie mussten den Flug im August 1927 jedoch vorzeitig wegen schlechten Wetters abbrechen *Foto: pa*

Allerdings wurde inzwischen heftig gegen den „Ozeanflugrummel“ polemisiert, weil es zu einigen Unfällen gekommen war. Aus diesem Grunde hatte sich die 1926 gegründete Deutsche Luft Hansa AG von dem Projekt von Hünefelds distanziert, obwohl mit dem einmotorigen Tiefdecker Junkers W 33 eine Maschine zur Verfügung stand, welche in der Lage war, den Nonstopflug von Europa nach Amerika zu bewältigen. Daher sollte der Nachtflieger der Luft Hansa Hermann Köhl nicht mehr – wie eigentlich geplant

– als Pilot fungieren. Doch Köhl setzte sich über die Bedenken seines Arbeitgebers hinweg und flog im März 1928 heimlich mit von Hünefeld nach Irland, wo der Startpunkt für die Atlantikpassage lag. Dafür wurde er fristlos entlassen.

Atlantiküberquerung im Heckraum

Am Morgen des 12. April 1928 hob die W 33 mit dem Namen „Bremen“ schließlich auf dem Flughafen Baldonnel südwestlich von Dublin ab. Zur Besatzung der Maschine gehörte neben von Hünefeld und Köhl

nun auch noch der irische Major James M. C. Fitzmaurice. Knapp 37 Stunden später landete das Flugzeug nach einem höchst strapaziösen Flug, in dessen Verlauf sich von Hünefeld meist zwecks Stabilisierung der „Bremen“ zwischen den Benzintanks im Heckraum aufgehängt hatte, auf der abgelegenen kanadischen Leuchtturminsel Greenly Island im Sankt-Lorenz-Golf nahe der Grenze zu Labrador.

Es folgte ein Rummel sondergleichen, der aber abrupt endete, als von Hünefeld nach der Rückkehr in die Heimat zusam-

menbrach und sich einer abermaligen Bauchoperation unterziehen musste. Im Krankenhaus begann er ungeachtet seines desolaten Gesundheitszustandes mit der Planung eines Ostasienfluges samt anschließender Überquerung des Pazifiks, der letztlich zur Weltumrundung ausgebaut werden konnte. Dieses ambitionierte Unternehmen begann am 19. September 1928 mit dem Start in Berlin. Von Hünefelds Begleiter waren diesmal der Junkers-Monteur Paul Lengerich und Karl Gunnar Lindner, Chefpilot der Aero-Transport-AG Malmö. Nach diversen Zwischenlandungen im Nahen Osten, Indien, Französisch-Indochina und Schanghai erreichte die Junkers W 33 „Europa“ am 20. Oktober 1928 Japan und landete dort unweit der Hauptstadt Tokio. Dabei kam es auf der letzten Etappe zu einem Fast-Absturz, weil von Hünefeld unter heftigem Fieber und Wahnvorstellungen litt. Nur das Eingreifen Lindners verhinderte die drohende Katastrophe. Deshalb musste auch der Weiterflug über den Pazifik abgeblasen werden.

Große Pläne trotz Krankheit

Von Hünefeld kehrte mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Deutschland zurück, wo er gleich wieder Pläne für einen Flug über das Nordpolargebiet und die Wiederholung der versuchten Weltumrundung schmiedete. Allerdings zeigte sich im Dezember 1928 die dringende Notwendigkeit einer weiteren, diesmal nun schon der 13. Operation am Magen. Der Eingriff fand am 5. Februar 1929 im Berliner Westsanatorium statt und endete mit von Hünefelds Tod – seine Krebserkrankung war zu weit fortgeschritten. Bei der Trauerfeier zu Ehren des aus Ostpreußen stammenden Luftfahrthelden waren neben zahlreichen Fliegerkollegen auch Vertreter der Reichsregierung und des Reichstages sowie der japanische Botschafter und Abgesandte des ehemaligen deutschen Kaiserhauses zugegen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nah lesen statt fern sprechen

Die Idee, Telefonzellen zu Bücherboxen umzufunktionieren, schwappt über die Grenze

Telefonzellen sind aus unserer Landschaft verschwunden, es sei denn, sie dienen als Bücherboxen. Das Prinzip dieser Ministraßenbibliotheken ist einfach, man stellt ausgelesene oder nicht mehr gebrauchte Bücher hinein und holt sich

2492

öffentliche Bücherschränke gibt es derzeit in der Bundesrepublik Deutschland. Viele davon sind ehemalige Telefonzellen.

neue Lektüre. Die dafür umfunktionierten Fernsprechkabinen sind begehrt und deshalb gar nicht mehr leicht zu bekommen. Diese Erfahrung machten Studenten der Technischen Hochschule Zittau/Görlitz, die im Rahmen ihres Studiengangs Soziale Arbeit im Herbst vergangenen Jahres eine Bücherbox in Görlitz aufstellten. Die dafür umfunktionierte Telefon-

zelle wurde ihnen letztlich vom Berliner Institut für Nachhaltigkeit und Bildung, Arbeit und Kultur (INBAK) zur Verfügung gestellt. Und weil die Bücherbox auf dem Görlitzer Wilhelmsplatz so gut angenommen wird, hatte der Initiator des Projekts, Jürgen Möldner, die Idee, das Sozialprojekt auf polnischer Seite der geteilten Neißestadt fortzuführen. Hierfür haben die Studenten mit Schülern des Europäischen Allgemeinbildenden Lyzeums in Ost-Görlitz [Zgorzelec] zusammengearbeitet. „Wir sehen uns heute zum ersten Mal von Angesicht zu Angesicht. Wegen Corona konnten wir uns nur digital austauschen“, sagt die Ost-Görlitzerin Sylwia Malec, Studentin der Zittau-Görlitzer Hochschule. Sie fungierte als Sprachmittlerin und hatte die meiste Erfahrung in Sachen Bibliothek. Es sei bereits ihre dritte Bücherbox, bei der sie mitwirkt. Nachdem die erste Bücherbox in Zittau aufgestellt wurde, hat sich Malec auf den Weg in das auf polnischer Seite gegenüberliegende Reichenau [Bogatynia] begeben und die Einwohner gefragt, ob sie diese Minibibliothek kennen würden, schließlich sei diese sowohl mit deutscher, als auch polnischer Literatur bestückt. „Die Antwort war leider meistens negativ“, so Malec. Bei den



Nahm die Buchgeschenke am Eröffnungstag entgegen: Katarzyna Hübner, Vorsitzende des Trägervereins DPFA Europrymus. Als Türöffner bot sich der Rektor der Hochschule Zittau/Görlitz, Alexander Kratzsch, an *Foto: C.W. Wagner*

beiden Görlitzer Projekten müsse daher die Werbetrommel stärker gerührt werden, sagt sie.

Schirmherrschaft für eine Box

Für ordentlich Werbung auf polnischer Seite sorgte Katarzyna Hübner, Vorsitzen-

de des Trägervereins DPFA Europrymus. Der Verein trägt einen Kindergarten, eine Grundschule und das Europäische Allgemeinbildende Lyzeum in Ost-Görlitz. Die agile Geschäftsfrau lud zur Eröffnungsfeier neben lokalen Politikern selbst Vertreter aus der 50 Kilometer entfernten Stadt

Bunzlau [Boleslawiec] ein. Die Schirmherrschaft über die polnische Bücherbox übernahm der Ost-Görlitzer Bürgermeister Rafał Gronicz, der auch den Ort für die Box direkt am Eingang zum Sportzentrum zur Verfügung stellte. Die geladenen Gäste hatten medienwirksam Bücher mitgebracht. Der Rektor der Hochschule Zittau/Görlitz, Alexander Kratzsch, brachte das Buch „Der Papst der Freiheit“ über Johannes Paul II. von George Weigel mit, aus Bunzlau kam die „Geschichte der Bunzlauer Keramik“ und „Historische Ansichten der Stadt“ in polnischer Sprache, während die Leiterin der polnischen Stadtbibliothek das Buch „Polnische Oberlausitz“ von Waldemar Bena überreichte. Die Studenten und Schüler sammelten im Vorfeld schon deutsche und polnische Literatur.

Zehn Monate bleibt die Bücherbox in der Telefonzelle vor dem Sportzentrum stehen, danach bekommt die Minibibliothek ein neues Gewand. Die Fernsprechkabine wird von der INBAK abgeholt und wandert an einen neuen Ort, während hier ein fester Bau entstehen soll. Bevor sie in Ost-Görlitz landete, war die Telefonzelle bereits an mehreren Plätzen in Stettin und in Posen im Einsatz.

Chris W. Wagner

VORPOMMERN

Thor Heyerdahls Erben segeln vor Rügens Küste

Training für geplante Expedition 2024 von Marokko nach Florida

VON CHRISTIAN RÖDEL

Für seine steilen wissenschaftlichen Thesen ist der promovierte Archäologe Dominique Görlitz aus Chemnitz in der Fachwelt bekannt und erntet dafür nicht immer Beifall, aber Respekt ob seines Mutes zollen ihm selbst seine Kritiker. „Kam Kolumbus 15.000 Jahre zu spät“, ist eine aktuelle wissenschaftliche Spekulation des umtriebigen Sachsen, der gerade vom Sassnitzer Hafen aus auf einem prähistorischen Wasserfahrzeug Trainingsstunden für die nächste 2024 geplante Expedition von Marokko nach Florida an seine Mitstreiterschar gibt.

Dass sich der aus Genua stammende, weltberühmte Amerikaentdecker Christoph Kolumbus im Jahre 1492 etwas verspätet haben könnte mit seiner Ankunft auf den Bahamas, lautet die kühne Behauptung oder besser die Fragestellung von Dominique Görlitz, die ihn seit Jahren umtreibt.



Das Schilfboot „Abora“ segelt vor Rügen – für die Zuschauer ein außergewöhnlicher Anblick

Foto: Christian Rödel

Vor Columbus um die Welt?

Bekannt geworden ist Görlitz unter anderem als Steinzeitsegler auf seinen „Abora“-Schilfboot-Expeditionen und durch seine populärwissenschaftlichen Dokumentarfilme, die auf Arte und ZDF liefen, in denen zwei Expeditionen über das Mittelmeer, das Schwarze Meer und über den Nordatlantik nach New York begleitet wurden, machte ihn auch für breitere geschichtsauffine Publikumskreise interessant. „Alle archäologischen Funde, wenn wir sie richtig interpretieren, beweisen uns, dass es schon transozeanische Kontakte in der Zeit vor den großen Kulturen des Altertums gab“, mutmaßt der Archäologe und fügt hinzu: „Die frühen Völker segelten über die Ozeane rund um die Welt, von und nach Amerika, also lange

Zeit vor Columbus – die Ozeane trennten diese Kulturen nicht, sondern verbanden sie miteinander“. Eine im Sassnitzer Glaspavillon am Fuße der Mole geplante Wissensschau mit dem zugegebenermaßen etwas reißerischen Titel „Kam Kolumbus 15.000 Jahre zu spät“ soll den anthropologischen Zusammenhang darstellen und zeigen, dass die sogenannte Neue Welt eventuell lange Zeit vor dem berühmten Amerikaentdecker von Menschenfüßen betreten wurde. In der Ausstellung, die am 18. Juni im „Glaspalast“ am Fuße der Mole eröffnet wird, werden bisher ungeklärte Rätsel der Archäologie beleuchtet. Hat Pharao Ramses II. schon zu seiner Zeit eine Havanna-Zigarre geraucht, die ihm prähistorische Boote oder Flöße aus

der Karibik nach Ägypten brachten? Nutzen die alten Ägypter zum Bau ihrer Pyramiden bereits Eisen? Stammt die gefundene Eisenreste in einer Kammer der Pyramide vielleicht sogar aus dem heutigen Erzgebirge? Oder hatte Herodot Recht, dass antiker Bernstein aus der Ostseeregion stammte? Wie wurden die Rohstoffe für den Pyramidenbau über alle Weltmeere in das Niltal verschifft.

Enge Freundschaft mit Heyerdahl

Fragen über Fragen, die bis heute unbeantwortet sind! Die Experimentalreisen von Görlitz, den nach der politischen Wende eine enge Freundschaft mit dem weltberühmten norwegischen Ethnologen Thor Heyerdahl verband und sein

wissenschaftliches Erbe pflegt oder besser gesagt sogar weiterführt. „Als Kind und Jugendlicher habe ich seine Bücher verschlungen und wollte ihm nacheifern“, erinnert sich der Archäologe zurück.

Kurz nach der politischen Wende trafen sich Heyerdahl und Görlitz zum ersten Mal und es war der Beginn einer wunderbaren Männerfreundschaft. Noch kurz vor dem Tod Heyerdahls, der viele wissenschaftliche Projekte von Görlitz gefördert hat, trafen sich die beiden Männer in Colla Micheri, Andora, Italien, wo die Familie Heyerdahl ein Anwesen besitzt.

Thor Heyerdahl starb am 18. April 2002 in seinem 88. Lebensjahr an einem Gehirntumor. Er weilte in Colla Micheri, wo er Ostern mit einigen seiner engsten

Familienangehörigen verbrachte. Mit dabei: Der Deutsche Dominique Görlitz aus Chemnitz! Ein offizielles Staatsbegräbnis durch die norwegische Regierung fand am 26. April 2002 in der Kathedrale von Oslo statt.

Kon-Tiki-Museum in Oslo

Die Fahrzeuge „Kon-Tiki“ und „Raa II“ sind im Kon-Tiki-Museum zu besichtigen, das Teil des Schifffahrtsmuseums in Oslo ist. Im Park „Pirámides de Güímar“ auf Teneriffa befindet sich ein weiteres, kleines Museum mit dem Nachbau eines Schiffes. Übrigens sind fast alle „Abora“-Vereinsmitglieder wegen der Faszination von Heyerdahls berühmten Reisebüchern zur Segelrei mit den Schilfbooten gekommen.

Schilfboote bald aus Sassnitz?

Die Schilfboote werden von Almara-Indianern aus Bolivien in Handarbeit gemeinsam mit deutschen Crew-Mitgliedern hergestellt. Archäologe Görlitz könnte sich sogar vorstellen, dass auf Rügen in Sassnitz das nächste Expeditionsschiff gebaut wird und 2024 von Marokko aus in See stechen soll. In den nächsten beiden Sommermonaten werden jedenfalls vornehmlich jüngere „Abora“-Vereinsmitglieder aus ganz Europa, unter anderem aus der Seefahrernation Holland und sogar der Schweiz, nach Rügen kommen, um das Segeln mit dem prähistorischen Wasserfahrzeug zu erlernen. Der Sassnitzer Speedboot-Touren-Anbieter Constantin von Hodenberg macht es Interessierten möglich, das Trainingssegeln auf der Ostsee zu begleiten.

Im Hafen von Sassnitz können interessierte Besucher an Bord der „Abora“ gehen, sich alles anschauen, dürfen aber aus versicherungstechnischen Gründen leider nicht mitsiegeln.

HINTERPOMMERN

Einst Großereignis für Köslin

Pommersche Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsausstellung – damals spektakulär und richtungsweisend

Im Frühjahr und Sommer des für die Kösliner besonders ereignisreichen und zukunftssträchtigen Jahres 1912 erfüllte die

Kösliner Bürger ein besonderer Stolz. Eine die Wirtschaftskraft ganz Hinterpommerns aufzeigende Ausstellung vom 25. Mai bis zum 11. August fiel in ihre Verantwortung und verschaffte ihnen in den darauffolgenden zwei Jahren bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Beispielsweise fiel die Einführung der Straßenbahn, auch „Elektrische“ genannt, nicht zufällig in das Jahr, sondern war bewusst auch auf dieses große Ereignis ausgerichtet.

Die im Vergleich zu heutigen internationalen Messen eher bescheidene Veranstaltung hatte für die Bewohner der Stadt und des Krei-

ses damals jedoch eine so hohe Bedeutung, dass sie sie stolz und fast ehrfurchtsvoll „Weltausstellung“ nannten. Sie war auf dem noch unbebauten Gelände zwischen der Danziger Straße, der Schützen- und der Jahnstraße errichtet und hatte auf der von der Innenstadt kommend linken Seite der Danziger Straße ein neues Landhausviertel entstehen lassen.

Man hatte einen abends elektrisch beleuchteten künstlichen See angelegt, über dem ein Seiltänzer sein Können zeigte. Terrassen führten zu Erfrischungsräumen, kleine Tempel und Hallen verschiedener Größe mit Erzeugnissen aus der Region und Kunstgewerbler in Aktion konnten die begeisterten Besucher bewundern, und die von dem Schlauer Künstler Groß geschaffene Bronzestatue „Der Diskuswerfer“ imponierte ihnen.

Wunderschöne Handarbeiten und ein afrikanisches Dorf

In der Halle „Frauenfleiß“ versahen die Damen der Stadt abwechselnd ehrenamtlich den Aufsichtsdienst bei entzückenden, teils kostbaren Handarbeiten, die aus den Schränken und Truhen der Schlösser, der Bauern-, Bürger- und Herrenhäuser geliehen und oftmals Jahrhunderte alt waren. Große Anziehungskraft bewies auch ein afrikanisches rundes Dorf, nicht nur weil dort zur Messezeit ein Mädchen

geboren wurde, das den passenden Namen Gila erhielt – entsprechend den Anfangsbuchstaben der drei Begriffe im Namen der Ausstellung.

Freitragende Treppe und Rundflüge

Als besonders bemerkenswertes Messeobjekt galt eine erstmalig konstruierte und aufgebaute freitragende Treppe, die jeder besteigen konnte. Der Kösliner Motorflugpionier Hans Grade (17. Mai 1879 – 22. Oktober 1946) zeigte seine berühmte Flugschau und nahm souverän an dem „Ersten Pommerschen Rundflug“ teil. In der Nähe des Messedorfes standen zwei

zu besichtigende Musterhäuser, die „Stolper Villa“ und die „Kösliner Villa“. Es waren die einzigen Gebäude, die diese Ausstellung überdauerten und sogar Käufer fanden.

Karl Friedrich Zähringer entwarf das offizielle Messeplakat im Format 55,9 mal 70,6 Zentimeter, auf dem auch die berühmten pommerschen Mastgänse zu Ehren kamen. Es ist heute im Deutschen Historischen Museum in Berlin zu finden.

Eine damals übliche „Reklamemarke“ im Format 40 mal 50 Millimetern ist über das Internet zu erwerben. *Köslin Kurier* <https://koeslin.org/>



Ausstellungsplakat, entworfen von Friedrich Zähringer



Ausstellungsgelände mit der spektakulären freitragenden Treppe

„Wir wissen bald nicht mehr, was wir sagen sollen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Wunderbarer Artikel, danke! Trägt zur Identitätsstiftung bei, sofern man noch gewillt ist, über den Tellerrand des Zeit(un)geistes hinwegzusehen“

Chris Benthe

zum Wochenrückblick: Irritierende Nachrichten (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 23

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE SÄULE DER BUNDESWEHR ZU: UND WIEDER EINE REFORM ... (NR. 23)

Als langjähriger aktiver und dann als Reservendienst leistender Sanitätsoffizier im Sanitätsdienst der Bundeswehr kann ich diesen Beitrag (über die Bundeswehr, d. Red.) so nicht akzeptieren. Im Laufe der Zeit seit der Wiedervereinigung hat sich der Sanitätsdienst zu einem hoch professionellen, international anerkanntem und vernetztem Kooperationspartner entwickeln können.

Seine Ausstattung und seine Manpower waren seitdem immer als Erste vor Ort, mit höchstem Risiko belastet, um der nachfolgenden Truppe eine höchstmögliche Sicherheit hinsichtlich vielfältiger Gefahrensituationen (wie Trinkwasser, Lebensmittelsicherheit, exotische Krankheiten in Ländern wie Balkan, Afghanistan, Mali) zu gewährleisten.

Das führte dazu, dass zu Beginn 2001 die Bundeswehr eine weitere Neuausrichtung vollzogen hat, der Sanität eine eigene Organisationsform (Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr) zu geben mit vier bestens ausgerüsteten Krankenhäusern, schnell verlegbaren Sanitätseinheiten (inklusive Medivac-Kapazitäten mit Airbus). Das wurde dann die vierte Säule neben den drei anderen Teilstreitkräften (Heer, Marine, Luftwaffe). Das führte leider bei der Truppe zu einigem Missfallen, da der vorherige Dienstweg sich änderte dahingehend, dass man jetzt nicht mehr dem „Sani, oder dem Doc“ vorschreiben konnte, was und wie man seinen Dienst benötigte, sondern man musste Anträge stellen, um diese Spezialisten für das geplante Ereignis zu bekommen.

Zurück zum „Standpunkt“: Es ist falsch zu behaupten, es gebe keinen „nennenswerten Widerstand“. Der Autor hätte sich die Mühe machen sollen, diesen Organisationsbereich mit seinem jetzigen Inspekteur zu kontaktieren, ebenso die Fachgesellschaften, den Arbeitskreis Sanitätsdienst, die Gesellschaft für Wehrmedizin und Wehrpharmazie e.V. und andere Vertreter der medizinischen Berufe.

Warum man eine der Säulen des Ansehens der Bundeswehr jetzt auf einmal wegrationalisieren will, erschließt sich mir und den Angehörigen des Sanitätsdienstes überhaupt nicht, es bringt nichts, außer die Frustration zu erhöhen.

Dr. Volker Daum, Oberstveternärin d. R., Hummeltal

IM LAND DER STUMMEN

ZU: UMSTRITTEN BLEIBT UMSTRITTEN (NR. 22)

Bisher hatte ich vergessen, mich darüber zu beschweren, dass die große Mehrheit aller Nicht-Deutschen uns nicht so nennt, wie wir heißen. Unsere slawischen Nachbarn nennen uns sogar „Niemiec“, was etwa die „Stummen“ heißt. Das passt vielleicht sogar auf unsere aktuelle Lage, da wir, wie der Autor des Wochenrückblicks richtig bemerkt, bald nicht mehr wissen, was wir sagen sollen, um von der politisch korrekten Sprachpolizei nicht des Rassismus, der Transphobie, der Mikroaggression oder sonstiger Sprach- und Denkverbrechen angeklagt zu werden.

Dr. Hans Kaufmann, Hamburg

TRIVIALES DOKTORTHEMA

ZU: GIFFEYS TROTZ (NR. 21)

Viel ärgerlicher als das Plagiat (73 Textstellen) in Giffey's „Dissertation“ ist die Thementrivialität, mit der sie an die „zwei Buchstaben“ gekommen ist (Titel: „Europas Weg zum Bürger: Die Politik der Europäischen Kommission zur Beteiligung der Zivilgesellschaft“). Ein solches Thema ist geeignet, Dissertationen in Verruf zu bringen und diese abzuwerten. Und wer würde sich im Beanstandungsfall wohl nicht darauf berufen, „nach bestem Wissen und Gewissen“ vorgegangen zu sein?

„Dissertationen sollen in der Regel einen forschungsbasierten Wissenszuwachs enthalten.“ Wie kann mit diesem Beispiel zu glauben sein, dass an einem solch banalen Thema ein wissenschaftliches Interesse bestehen kann? Also auch

hier: Die Regel beruht auf einer Ausnahme. Ein wissenschaftliches Interesse hätte bestehen können, wenn ihr Thema sinngemäß „Das (oder Zum) Erfordernis eines Weges zum Bürger in einem Verwaltungsakt (am Beispiel der Europäischen Kommission)“ oder ähnlich gelaute hätte, und sie dieser Frage ergebnisoffen nachgegangen wäre. Ihr Thema lässt eine Ergebnisoffenheit nicht erkennen; diese ist aber in einer dafür geeigneten Untersuchung Voraussetzung, einen „forschungsbasierten Wissenszuwachs“ erarbeiten zu können.

Die Erfahrung zeigt leider, dass eine Aberkennung ihrer Dissertation schon längst vollzogen gewesen wäre, wenn Frau Giffey nicht in der SPD gewesen wäre (Stichwort: „beruflich verhandelt“). Auf Beispiele aus der Vergangenheit kann wohl verzichtet werden. Schon in weniger gravierenden Fällen wurde der Titel aberkannt.

Natürlich ist es völlig in Ordnung, wenn ein Hochschulstudium nicht Voraussetzung für ein politisches Amt ist. Ärgerlich wird es aber, wenn Amtsträger mit akademischen Graden, die sie nicht oder nur auf zweifelhafte Weise erworben haben, hausieren gehen und sie wie eine Monstranz handhaben, um ihr Image aufzupolieren.

Dr. Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mülheim

DEUTSCHER SEBASTIAN KURZ

ZU: IM ZWEIFEL ALS JUNIORPARTNER IN DIE REGIERUNG? (NR. 21)

Die Lösung des Unions-Problems wäre die Kanzlerkandidatur von Markus Söder gewesen. Er hätte zwischen 30 und 35 Prozent holen können und zumindest ein Stück weit der deutsche Sebastian Kurz (Österreichs Bundeskanzler, d. Red.) werden können. Was außerdem für ihn spricht: Er führt als vierfacher Vater eine intakte Ehe und ist meines Wissens auch nicht durch gravierende politische Skandale belastet. Auch solche Dinge kommen beim klassischen Unionswähler gut an.

Martin Riehle, Mannheim

UNPROFESSIONELLES URTEIL

ZU: MAHNUNG AN IMPFMUFFEL (NR. 20)

Offensichtlich wollte Michael Wolting (Präsident des Amtsgerichtes Leipzig) seinen Mitarbeitern zeigen, wo die „Härke hängt“. Da wurde ein Schreiben verfasst, dessen Inhalt nicht durchdacht ist. Er spricht davon, dass durch die Impfgegner eine „Zwei-Klassengesellschaft“ auf uns zu käme. Die haben wir doch bereits. Zumindest die bereits ein zweites Mal geimpft wurden, haben bereits Vorteile.

Nicht jeder Ungeimpfte ist auch ein Impfgegner. Dass viele Menschen noch immer auf eine Impfung warten, ist dem Herrn Präsidenten entgangen. Die ausgesprochenen Drohungen sind unprofessionell. Wo genau liegt bei Herrn Wolting der Unterschied zwischen einem Richter und einem Beamten? Der Präsident spricht davon, dass der Staat wohl nicht die Kraft zur Impfpflicht hat.

Haben Wolting und auch seine Vorgesetzten die Kraft, Konsequenzen aus dem Schreiben zu ziehen? Wie geht Herr Wolting mit den Mitarbeitern um, die generell gegen alle Impfungen sind? Solche Führungskräfte braucht unser Land ganz sicher nicht. Heinz-Peter Kröske, Hameln

PARTEIBUCH-KARRIERIST

ZU: DER „FALL MAASSEN“ SORGT FÜR UNRUHE IM POLITIKBETRIEB (NR. 18)

Hans-Georg Maaßen wird höchstens ein Statist als einfacher Bundestagsabgeordneter werden. Typisch für ihn als CDU-Partei-Karrieristen ist, dass er die Chance auf einen freiwerdenden Bundestagswahlkreis ergriffen hat, um die 10.000 Euro Diäten plus Zulagen abzugreifen – unter dem Jubel der „konservativen“ Basis. Dass ein unter „Rechtsradikalismus“-Verdacht Stehender überhaupt unter Merkel Chef des Verfassungsschutzes, dessen Hauptaufgabe ja der „Kampf gegen rechts“ ist, werden konnte, wirft ohnehin Fragen auf. Karsten Kriwat, Duisburg

ANZEIGE

Das Große Spiel der Mächte

▪ Die Beteiligten ▪ Die geheimen Interessen ▪ Die wahren Schuldigen

■ Der Erste und der Zweite Weltkrieg sind die großen Traumata Deutschlands. Katastrophen, die uns nach wie vor beschäftigen und die die Weltgeschichte bis heute beeinflussen.

Viele Ereignisse der damaligen Zeit wirken zufällig, aber auch widersprüchlich und rätselhaft. Doch die meisten Entwicklungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts liefen nicht zufällig ab! Und sie ergeben sehr wohl einen Sinn. Denn wenn Sie einen Blick hinter die Kulissen der Geschichte werfen, erkennen Sie: Ein Großteil dessen, was damals geschah, wurde von Nationen und einzelnen Personen bewusst gesteuert. Andreas von Bülow zeigt Ihnen in dieser umfassenden Chronik, welche Ziele die Staaten und Akteure hatten und welche

Logik und Zwanghaftigkeit sie antrieb. Der ehemalige Bundesminister und Bestsellerautor enthüllt gleichzeitig die Lügen, die Propaganda und die falsche Geschichtsschreibung, die den Blick auf die Wahrheit verstellen.

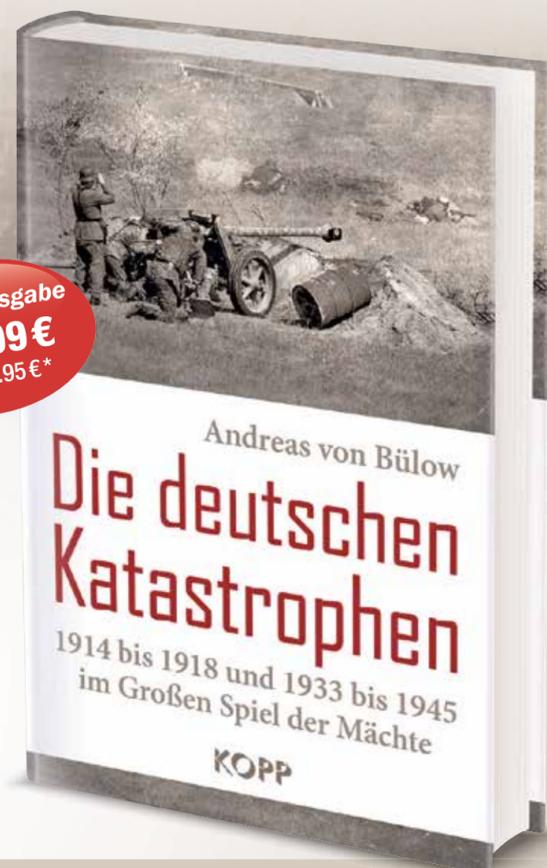
Informieren Sie sich jetzt über das Ränkespiel, das im Verborgenen abließ. Erfahren Sie, wer die Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heimlich steuerte und in zwei furchtbare Kriege führte.

Andreas von Bülow: Die deutschen Katastrophen 1914 bis 1918 und 1933 bis 1945 im Großen Spiel der Mächte gebunden • 416 Seiten • Best.-Nr. 964 500

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



Sonderausgabe
nur 9.99 €
statt 24.95 €*

* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KÖRPERPFLEGE

Kalte Dusche

An warmen Tagen wird viel geduscht. Als häuslichen Komfort haben sich Nasszellen erst vor einem halben Jahrhundert etabliert

VON NILS ASCHENBECK

Wie ein Astronaut im Raumschiff leben – das war das Ideal der modernen Menschen um 1970 herum. Eine Delmenhorster Firma bediente die Sehnsüchte und baute wie Raumfahrtkabinen erscheinende Nasszellen für die Wohnanlagen der Zeit. Heute sind die Kabinen wieder ausgebaut und durch individuelle Bäder ersetzt. Ein Museumsstück ist geblieben.

In den frühen 1970er Jahren wurden Wohnhäuser wie Wohnmaschinen und manchmal wie in Beton gegossene Raumschiffe errichtet. Architekten und Planer glaubten, dass sie die Bedürfnisse der Menschen standardisiert erfüllen können – mit riesigen Wohnkomplexen wie sie in Köln-Chorweiler oder in der Berliner Gropiusstadt entstanden sind. Auch die Hygienebedürfnisse sollten in den Bädern einheitlich und optimal erfüllt werden – durch perfektionierte Nasszellen, in der keine Bewegung überflüssig sein sollte.

Für das Olympische Dorf der Sommerspiele 1972 in München entwarf der Architekt Werner Wirsing Unterkünfte für Athleten, die anschließend als normale Wohnhäuser zu nutzen waren. In München sollte die beste Architektur der Zeit entstehen – alle Welt sollte sehen, wie fortschrittlich Deutschland geworden sei, wie sehr sich Deutschland von einer dunklen Vergangenheit abgesetzt habe.

Die Badezimmer in den Wohnungen des Olympischen Dorfes, ebenfalls von Wirsing entworfen, bestanden aus Kunststoffkabinen, die fertig in einer Fabrik in zwei Hälften gegossen und dann vor Ort noch im Rohbau eingefügt wurden. Teil



Frisch geduscht: Vorläufer der heutigen modernen Duschen waren Kompaktnasszellen aus den 1970er Jahren Foto: Mauritius

des Gusses waren die Dusche, das Waschbecken und auch die Toilette – alles funktionslos miteinander verbunden, alles abwaschbar wie in einem Dixi-Klo.

Nutzer dieser „Nasszellen“ bekommen tatsächlich den Eindruck, sich in einer Verrichtungsmaschine zu befinden. Die Hygienebedürfnisse wurden perfekt erfüllt, aber jede Individualität, auch jedes überflüssige Verweilen und Genießen schien nicht möglich. Die Duschkabine

„Nizza“, die in München eingebaut wurde, hatte eine Größe von 1,82 Quadratmetern. Sie wurde in der Fabrik vorgefertigt, zur Baustelle transportiert und innerhalb kurzer Zeit eingebaut und angeschlossen. Auch Hotelanlagen wurden damals mit den Nasszellen ausgestattet, so das Predigtstuhl Resort in Sankt Englmar im Bayerischen Wald. Dort sind noch heute einige wenige Ferienwohnungen zu mieten, die die „Nizza“-Nasszellen aufweisen.

Die Duschkabinen waren vor 50 Jahren Teil einer Utopie des Wohnens. Es gab keine Gemütlichkeit mehr, keine Kissen und Decken, keine Dekorationen, sondern eine perfekt funktionierende Gestaltung, in der jedes Teil notwendig, jedes Teil an seinem richtigen Platz saß.

Die schöne neue Welt war die Welt des Raumschiffes oder die des Labors, in dem die Menschen nur noch das Notwendige machen sollten. Das reibungslose Funk-

tionieren war das gesellschaftliche Ideal. Gebaut wurden die Nasszellen auch von einer kleinen Firma in Delmenhorst, der „Möller Sanitär und Kunststoff GmbH“, kurz „Plexi Möller“ genannt. Die Firma, bereits 1938 gegründet, hatte sich nach dem Krieg zu einem beachtlichen Unternehmen entwickelt, das neben Schwimmbädern vor allem Duschkabinen baute – für Wohnhäuser, Hotels und Kreuzfahrtschiffe.

Doch der Zeitgeist, der Olympia 1972 getragen hatte, änderte sich bald. Die Menschen wollten nicht wie Labormäuse leben. Sie suchten Individualität auch in den Bädern. Zudem bekamen Kunststoffe nach der Ölkrise 1973 allmählich ein immer schlechteres Image. Ein Bad ganz aus Kunststoff, 1972 noch eine tolle, wünschenswerte Einrichtung, war ab den 1980er Jahren schon etwas Gestriges. Gefragt waren nun edle Keramik und Naturstein. Aus Nasszellen, die der Verrichtungsdiensten, wurden Wellness-Oasen.

Das Unternehmen Möller hielt sich dennoch viele Jahre über Wasser, bis es nach 1985 allmählich abgewickelt wurde. 2020 brannte ein Teil der lange leerstehenden Produktionshallen in Delmenhorst-Deichhorst. Jetzt soll dort ein Wohngebiet entstehen.

Im Jahr 2013 kam der von Wirsing entworfene „Duscheinheit Nizza“ eine unerwartete Ehre zuteil. Eine original Nasszelle aus dem Olympischen Dorf wurde vor einigen Jahren im Neuen Museum Nürnberg unter dem Titel „Kubus und Keimling“ gezeigt und lässt sich dort auch noch heute betrachten, und zwar als Kunstobjekt, als Teil der Hygienegeschichte und als Teil des modernen Aufbruchs in den 1970er Jahren.

RAUMFAHRT

Die Altlasten von Peenemünde

Auf Usedom wurden die ersten Weltraumraketen gezündet – Ein Teil ist munitionsbelastetes Sperrgebiet

Am 21. Juli 1969 um 3,56 Uhr MEZ betreten die ersten Menschen den Mond, Neil Armstrong und Edwin „Buzz“ Aldrin. Insgesamt waren 400.000 Menschen an dem Weltraumprojekt beteiligt. Im Mittelpunkt stand der Name eines Mannes: Wernher von Braun. Der deutsche Raketeningenieur wurde 1912 in Wirsitz, Provinz Posen, geboren, nahm später die US-amerikanische Staatsbürgerschaft an und starb 1977 in den Vereinigten Staaten.

Die Grundlagen für das welthistorische Ereignis wurden allerdings in der Raketenstadt Peenemünde auf der Insel Usedom gelegt. In der aus dem Boden gestampften ultramodernen Heeresversuchsanstalt, deren technischer Direktor von Braun ab 1937 war, entstand ein Areal mit Forschungseinrichtungen, Prüfständen, Abschussbasen, Fabriken, Kraftwerken und einer eigenen Wohnsiedlung für die Führungskräfte, Wissenschaftler, Techniker und Arbeiter in Karlshagen.

Hier wurde am 3. Oktober 1942 die erste testreife Rakete gestartet. Sie flog 85 Kilometer hoch und streifte den Rand des Weltalls. Von der Wiege der Raumfahrt haben sich bis heute außer einigen Straßenzügen mit Siedlungshäusern einzig das Heizkraftwerk und marginale Überreste und Ruinen erhalten.

Vollenden konnte Wernher von Braun seinen Traum von der Reise zum Mond mit dem Apollo-Programm im Marshall Space Center von Huntsville, Alabama. Zusammen mit anderen Peenemünder

Raketexperten war von Braun 1945 in den Dienst der Amerikaner getreten. In der Rocket City findet man heute mit dem U.S. Space & Rocket Center das größte Raumfahrtmuseum der Welt – komplett mit zahlreichen Exponaten von der 111 Meter hohen Saturn-V-Rakete bis zur Mondfähre und zu Originalgestein vom Erdtrabanten.

Über den Tennessee River in Nordalabama, weiter auf dem Ohio River und Mississippi wurden die riesigen Raketenteile aus Huntsville erst in den Golf von Mexiko verfrachtet und dann an Floridas Küste entlang weiter nach Cape Canaveral. Bis

heute ist Huntsville ein Zentrum des Raketenbaus geblieben. Das U.S. Space & Rocket Center dokumentiert das gesamte Raumfahrtprogramm der USA, so auch die ersten amerikanischen Missionen nach dem „Sputnik-Schock“ 1957, als die Sowjetunion erstmals einen Satelliten ins Weltall schickte, sowie das Space Shuttle-Programm.

In Peenemünde ist die Dramatik der Vergangenheit noch immer real. Das ehemalige Testgebiet ist heute ein dichter Wald und Sperrgebiet. Vor zwei Jahren brach in dem stark munitionsbelasteten Areal ein Brand aus, der die Feuerwehr

vor große Probleme stellte. Es gelang ihr jedoch, den Brand zu löschen, bevor die Flammen die Baumwipfel erreichten.

Peenemünde wurde ab 1943 massiv durch Bomben angegriffen. Etwa 2500 Tonnen Munition – vorwiegend Brandbomben – wurden zwischen Karlshagen und Peenemünde abgeworfen. 600 Tonnen könnten heute noch im Boden liegen. Ein Herd des aktuellen Brandes lag in der Nähe einer ehemaligen Fertigungshalle für die Vergeltungsrakete „V2“, ein Ziel der Bombenangriffe.

Einen offiziellen und ungefährlichen Blick in das 2000 Hektar große umzäunte Gebiet ermöglicht Joachim Saathoff vom Peenemünder Museumsverein. Seine 90-minütige Rundfahrt im Kleinbus beginnt am Peenemünder Flughafen und zeigt als Höhepunkt die Reste vom Prüfstand VII, wo am 3. Oktober 1942 der Startschuss für die Raumfahrt gegeben worden war.

Die Natur hat die Spuren der Geschichte inzwischen fast gänzlich verdrängt. Um eine Vorstellung davon zu geben, wie es am Peenemünder Haken einst ausgesehen hat, präsentiert Saathoff Ausflügler nach dem Lockdown wieder an den historischen Schauplätzen historische Fotos und Filmsequenzen auf seinem Tablet-PC.

Helga Schnehagen

● **Rundfahrten im Sperrgebiet von Peenemünde** Internetadresse: peenemuende-west.de



Wegweisendes Relikt: Die V1-Rakete auf der Abschussrampe ist ein Museumsstück

LEUCHTENBURG

Geschenk zum 800. Jubiläum

Im Jahr 1221 wurde die auf einem Hügel über dem Saaletal thronende Leuchtenburg im thüringischen Seitenroda erstmals urkundlich erwähnt. Dadurch, dass sie 800 Jahre lang durchgehend genutzt wurde, zählt sie heute zu den besterhaltenen Burgen Deutschlands. Mit Wiederöffnung nach dem Lockdown wird die Burg, in der seit 2014 die Dauerausstellung Porzellanwelten jährlich zehntausende Ausflügler anlockt, um eine bedeutende Attraktion reicher: Als eigenes Geschenk zur 800-Jahr-Feier präsentiert die Leuchtenburg ihre wechselhafte Geschichte in einer weiteren Dauerausstellung, die im Beisein des thüringischen Wirtschaftsministers Wolfgang Tiefensee eröffnet wurde. Unter dem Titel „Mythos Burg – 800 Jahre Leuchtenburg“ können sich Besucher auf eine ungewöhnliche Erkundungsreise zwischen Mystik, Magie und dicken Mauern begeben und mehr über die spannende Geschichte und die unterschiedlichsten Nutzungen der Leuchtenburg erfahren. Im ersten Obergeschoss der Kernburg werden auf einer Fläche von rund 200 Quadratmetern mehr als 100 Exponate und interaktive Elemente präsentiert: darunter ein Spielzeug-Pferdchen aus der Zeit um 1200 und ein wertvoller Brautschmuck aus der Zeit zwischen 1415 und 1638. Weitere Informationen unter: www.leuchtenburg.de. tws

● FÜR SIE GELESEN

Penetrante Lobhudeleien

Schon des Längerem bemühen sich die staatsnahen Medien hierzulande nach Kräften, den Grünen zu einem furiosen Wahlsieg im September zu verhelfen und Annalena Baerbock zur künftigen deutschen Kanzlerin hochzuschreiben. Wem diese penetranten Lobhudeleien nicht ausreichen, dem sei die Lektüre von „Avantgarde oder Angepasst?“ empfohlen. Mit dem Buch wollen die Politikwissenschaftler Michael Wedell und Georg Milde „eine kritische Bestandsaufnahme von Errungenschaften und Defiziten einer der wichtigsten politischen Kräfte in Deutschland“ liefern und dabei auch die politische Konkurrenz sowie Vertreter der Zivilgesellschaft zu Wort kommen lassen.

Allerdings enthalten die Beiträge von Frank-Walter Steinmeier (SPD), Wolfgang Schäuble (CDU), Annette Schavan (CDU), Olaf Scholz (SPD), Otto Fricke (FDP), Dietmar Bartsch (Die Linke) und wie sie alle heißen, mehr Nettigkeiten als Entlarvendes. Danach steht Grünen-Politikern wie Katrin Göring-Eckardt, Jürgen Trittin, Cem Özdemir und Renate Künast dann reichlich Platz zur Verfügung, um sich selbst und ihre Partei zu feiern. Und auch die anschließenden „Analysen“ von Journalisten, Umweltschützern, „Influencern“, „Food-Aktivistinnen“ und „Diversitätsforschern“ sowie Vertretern der Kirchen atmen zumeist eine kaum verhohlene Sympathie. *W. Kaufmann*



Michael Wedell/Georg Milde (Hrsg.): „Avantgarde oder angepasst? Die Grünen – Eine Bestandsaufnahme“, Christoph Links
Verlag, Berlin 2020, broschiert, 352 Seiten, 20 Euro

Ende einer Familien-Saga

Essen im Jahr 1968: Bärbel kehrt nach ihrem Medizinstudium und nach einer zerbrochenen Beziehung in ihre Heimatstadt im Ruhrgebiet zurück, wo ihre Schwester und ihr Schwager sich eine Existenz aufgebaut haben und langsam zu Wohlstand gelangen, während ihr jüngerer Bruder mit politischen Protesten seine Zukunft aufs Spiel setzt. Flowerpower, Studentenbewegung und die Sorge der Kohlearbeiter wegen des Zechensterbens bestimmen die Zeit. Bärbel findet Arbeit in einem katholischen Krankenhaus, doch das größte Problem, das Wieder-aufflammen der Liebe zu ihrem Jugendfreund Klaus, der inzwischen verheiratet und Vater ist, scheint schier unlösbar.

Mit diesem Roman schließt die Autorin Eva Völler ihre dreibändige Ruhrpott-Saga ab, die von einer Familie in der Nachkriegszeit handelt, in der das Schicksal dreier Frauen im Mittelpunkt steht. Schade, möchte man als Leser sagen, denn bei der Lektüre sind einem die Personen ans Herz gewachsen. *M. Rosenthal-Kappi*



Eva Völler: „Eine Sehnsucht nach morgen. Ruhrpott-saga“, Lübbe Verlag
Köln 2021, Klappenbroschur, 464 Seiten, 14,90 Euro

RATGEBER



FOTO: SHUTTERSTOCK

Von der Haltung zur guten Wahrnehmung

Den eigenen Körper nicht als Problem, sondern als Lösung verstehen

Rückenschmerzen kennen viele. Haltungsgoach Nükhet Wieben zeigt in ihrem Sachbuch, wie der Mensch zu einem schmerzfreien Rücken gelangen kann. Sie möchte das Bewusstsein auf den Körper und die Atmung verändern, um zu einer geraden und nicht einer S-förmigen

Wirbelsäule zu gelangen. Dazu muss sich der Leser durch viel Vorbereitendes und viele Wiederholungen arbeiten, um endlich zu den Übungen zu gelangen. Aber der Weg lohnt. *Christiane Rinser-Schurt*

Nükhet Wieben: „Schmerzfrei sitzen. Einfache Übungen für eine gesunde Haltung“, Kösel, München 2019, Felxobroschur, 159 Seiten, 15 Euro

ANTISEMITISMUS

Deutsche in einem anderen Licht

Konrad Löw und Felix Dirsch lassen bislang unbeachtete Opfer der Judenverfolgung zu Wort kommen

VON BERND KALLINA

Audiatur et altera pars“ heißt der lateinische Grundsatz des römischen Rechts, das heißt, dass in Streitfragen auch „der andere Teil gehört werden soll“. In modernen Rechtsordnungen gilt diese Verfahrensweise als zentral. Und wie sieht es bei unterschiedlichen und streitbaren Betrachtungen zur Zeitgeschichte aus, beispielsweise bei Fragen zur verbrecherischen NS-Judenverfolgung? Dominiert hier etwa die Sichtweise des deutschen Historikers Leopold von Ranke, dass die Aufgabe der Geschichtsforschung darin bestehe herauszufinden, „wie es eigentlich gewesen ist“? Nicht ganz, wie in der nachfolgenden Rezension eines interessanten Buchs belegt werden kann.

Es existieren erhebliche Leerstellen, derer sich die beiden Professoren Konrad Löw und Felix Dirsch mit ihrem Werk „Die Stimmen der Opfer. Zitatelexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik“ angenommen haben.

Was bislang kaum berücksichtigt wurde, beschreibt Löw in der Einleitung: „In diesen aufwendigen Dokumentationen fehlen ausgerechnet einige der aussagefähigsten Zeitzeugnisse von verfolgten Juden und anderen besonders glaubwürdigen Zeugen.“ Eigentlich verwunderlich, aber dann doch wieder nicht, denn: Das Autorenpaar stieß auf Hunderte von quellenmäßig klar belegbaren Aussagen, die die Rolle der deutschen Bevölkerung im NS-Staat in einem bisher kaum bekannten Licht erscheinen lassen und der Legende einer geschlossenen Front des Antisemitismus „von unten“ widersprechen.

Derartige Relativierungen waren aber – und sind – in der offiziellen deutschen Geschichtspolitik nicht nur nicht vorgesehen, sondern sie wurden mit schwerkere-

wichtigen Totschlag-Einwänden konsequent bekämpft. Motto: Hier bestehe die Gefahr, dass die singuläre Schuld der Deutschen am Holocaust relativiert werde, und das dürfe wegen der unbestreitbaren Schwere des „Zivilisationsbruchs“ nicht sein.

Doch wie kam Löw überhaupt auf das unerwünschte Feld historisch „unkorrek-

„Fraglos empfindet das Volk die Jugendverfolgung als Sünde“

Victor Klemperer
Tagebuch-Eintrag 1941

ter Feldforschung“, auf das sich Zeitgeist-Historiker so gut wie nie begeben? Es waren die von ihm erst spät entdeckten Aufzeichnungen von Victor Klemperer, der während der NS-Zeit als Jude in Dresden lebte und akribisch Tagebuch führte. Das Schlüssel-Zitat seiner Eintragungen vom Oktober 1941 lautet: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde!“ Das war für Löw gleichsam der Startschuss zur umfangreichen historischen Quellenrecherche nach ähnlichen Aussagen, und er wurde fündig.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: „Die jüdischen Opfer und ihre Bekundungen“ und „Weitere Quellen“. Ein Personen-, Orts- und Schlagwortregister erleichtert die gezielte Suche und ein Literaturverzeichnis rundet das fast 400-seitige Werk in gelungener Weise ab.

Kurt Jakob Bail-Kaduri über Reaktionen nach der NS-Machtübernahme

1933: „Viele anständige deutsche Männer und Frauen beschließen, nun erst recht ihren jüdischen Anwalt oder Arzt aufzusuchen ...“

Albert Herzfeld über seine Eindrücke in der Düsseldorfer Bevölkerung: „Das große Publikum ist durchaus nicht antisemitisch, denn keiner meiner arischen Freunde hat sich von mir zurückgezogen und, ganz im Gegenteil, alle, auch absolut Fernerstehende bekunden mir ihre Sympathie und verabscheuen den Antisemitismus ...“

Inge Hoberg über Hilfen nach der Flucht aus der Kölner Wohnung 1944/45 aufs Land durch parteitreue Dorfangehörige der NSDAP: „Wieder einmal wurde uns von anständigen Menschen bewiesen, dass die Zugehörigkeit zu Hitlers Partei nicht unbedingt eine niedere Gesinnungsart voraussetzt. So manch einer hatte sich in gutem Glauben und Begeisterung dem Teufel verschrieben. Später ließ purer Pragmatismus die Menschen vieles nach außen hin bejahen, das sie im Innersten längst ablehnten.“

Werner Cahmann über löcherige Isolierungspolitik gegen Juden in München: „In Anbetracht der rigorosen Isolierungspolitik ist es erstaunlich, dass einfache Menschen es trotzdem möglich machten, Juden eine hilfreiche Hand zu bieten. So konnte meine jüngere Schwester noch 1937 ihre Ausbildung im Keramikfach im Betrieb A. & E. Königsbauer beginnen und bis nach der Kristallnacht fortsetzen, obwohl ein SA-Mann und ein SS-Mann im Betrieb arbeiteten.“

Joseph Levy über die Einstellung der christlichen Bevölkerung: „Es darf nicht vergessen werden, dass das Verhalten eines großen, vielleicht des größten Teils der christlichen Bevölkerung der jüdischen gegenüber im Ganzen freundlich, oft gütig und mitfühlend war. Nicht selten wurden Äußerungen der entschiedenen Missbilligung, ja starker Ablehnung der behördli-

chen und parteilichen Maßnahmen uns und unseren Freunden gegenüber laut ... Lieferanten und Lebensmittel kamen heimlich ...“

Eli Munk, bis 1936 Oberrabbiner im fränkischen Ansbach, über jüdische Berührungspunkte zur Ideologie des Nationalsozialismus: „Es muss gerechterweise anerkannt werden, dass die Aufrichtung des nationalen Sozialismus in ideeller Hinsicht gerade die gefährlichsten Giftzähne des Marxismus ausgerissen und dasjenige behalten hat, was von uns als vom Standpunkt des Judentums annehmbar bezeichnet wurde. Hierbei muss vorausgeschickt werden, dass der Rassenantisemitismus eine Nebenerscheinung ist, die mit dem Wesen des Nationalsozialismus an sich nicht das Geringste zu tun hat ... Ohne den Antisemitismus würde jedoch der Nationalsozialismus in den überlieferungstreuen Juden seine treuesten Anhänger finden.“

Auch namhafte, nichtjüdische NS-Gegner kommen im Buch zu Wort, darunter Konrad Adenauer, Max Brauer, Klaus von Dohnanyi, Joachim Fest, Karl Jaspers oder Erich Kästner sowie Stellungnahmen der Exil-SPD, nicht zuletzt auch von Kurt Schumacher oder Franz-Josef Strauß. Sogar führende Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels und Heinrich Himmler, letztere mit ihren Klagen über den zu geringen Antisemitismus der Deutschen. -



Konrad Löw/Felix Dirsch, „Die Stimmen der Opfer. Zitatelexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und

Hitlers Judenpolitik“, Verlag Inspiration Un Limited/Resch, London/Berlin 2020, Taschenbuch, 391 Seiten, 15,90 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb

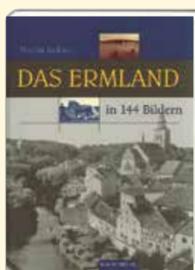


 Deutschland wie es einmal war Stadt- und Landleben Laufzeit: 60 Minuten DVD Nr. P A1664 9,95 €	 Deutschland wie es einmal war Heimatland 1939 - 1945 Laufzeit: 60 Minuten DVD Nr. P A1662 9,95 €	 Deutschland wie es einmal war Historische Persönlichkeiten Laufzeit: 60 Minuten DVD Nr. P A1661 9,95 €	 Berlin Hauptstadt des Deutschen Reiches Laufzeit: 60 Minuten DVD Nr. P A1673 9,95 €
---	---	---	--

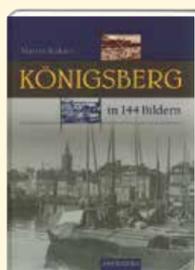


Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten

Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Nr. P 9965 Gebunden 9,99 €



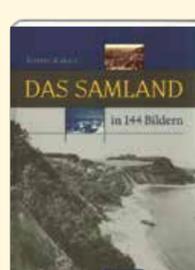
Martin Kakies
Das Ermland in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1406 12,95 €



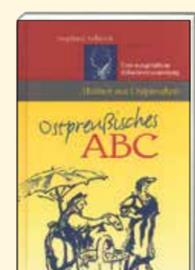
Martin Kakies
Königsberg in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband über Königsberg
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1400 12,95 €



Prof. Dr. Ernst Birke
Das Riesengebirge in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 4404 12,95 €



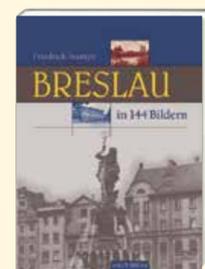
Martin Kakies
Das Samland in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1405 12,95 €



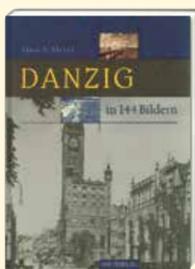
Siegfried Sabnick
Ostpreußisches ABC
 Eine ausgefallene Stilwörterersammlung
 Gebunden mit farb. Überzug
 160 Seiten
 Nr. P 533094 9,95 €



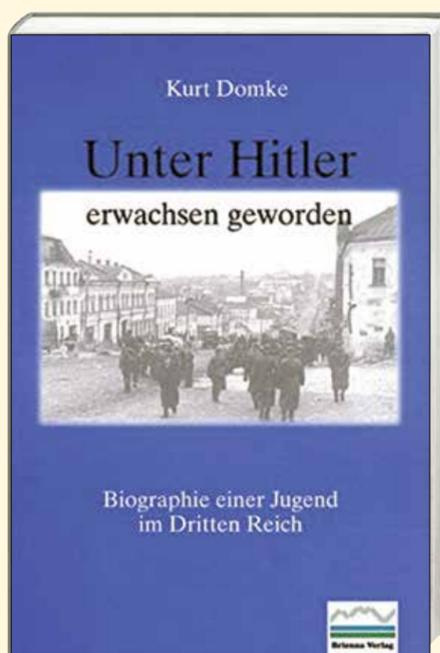
Hans B. Meyer
Westpreußische Wippenchen
 Späßige Vertälkes
 Gebunden mit farb. Überzug
 148 Seiten
 Nr. P 533095 9,95 €



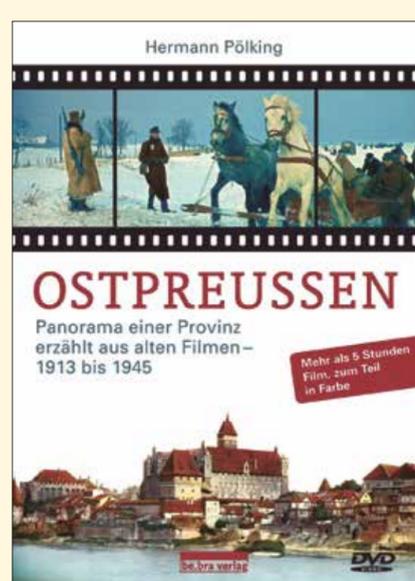
Friedrich Stumpe
Breslau in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 4400 12,95 €



Hans B. Meyer
Danzig in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 2400 12,95 €



Kurt Domke
Unter Hitler erwachsen geworden
 Biographie einer Jugend im Dritten Reich
 Biographie einer Jugend im Dritten Reich. Der Autor, 1921 in Berlin geboren, schildert in erfrischender Offenheit seine Jugend in der Hitlerzeit, seine Erlebnisse im 2. Weltkrieg als Soldat und in russischer Gefangenschaft. Dabei legt er allergrößten Wert auf wahrheitsgerechte Beschreibung der von ihm persönlich erlebten Zeitgeschichte.
 221 Seiten.
 Nr. P A1675 Kartoniert 12,80 €



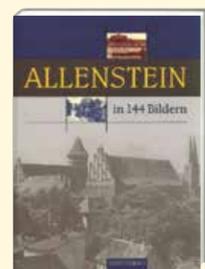
Hermann Pöking
Ostpreußen
 Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen - 1913 bis 1945
 Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pöking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz“ macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekanntem Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthält 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memeland“.
 Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



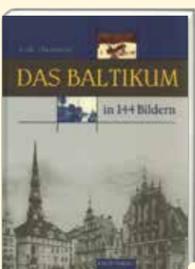
Rudolf Meitsch
Ostpreußische Sprichwörter, Redensarten und Schwänke
 Lorbas nimt noch a Schlubberberch
 160 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533067 9,95 €



Wilhelm Matull
Ostpreußen und seine Originale in Anekdoten und Historchen
 232 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1891 9,95 €



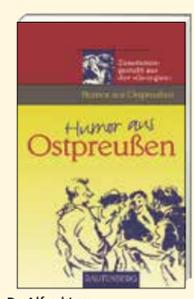
Stadtkreisgemeinde Allenstein
Altenstein in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband über Allenstein
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1409 12,95 €



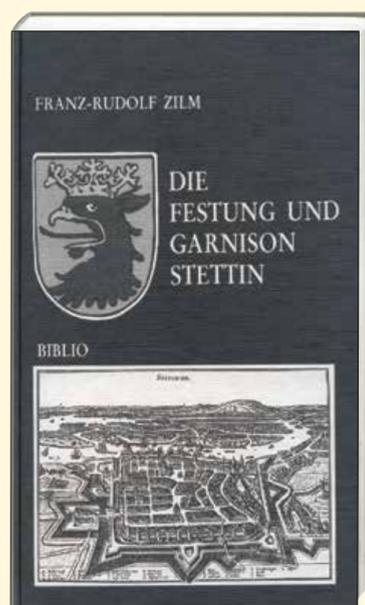
Erik Thomson
Das Baltikum in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 6300 12,95 €



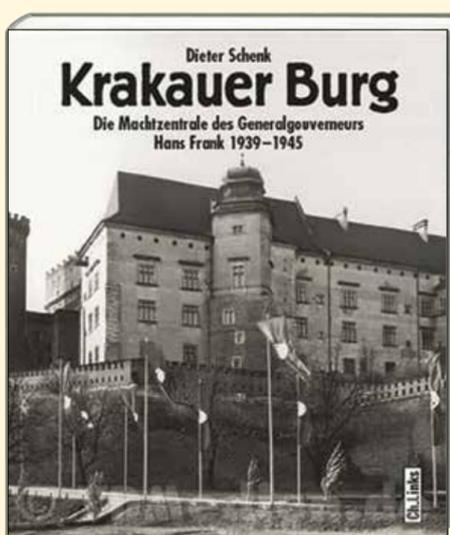
Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus
 Heitere Gedichte und Geschichten aus Ostpreußen. 221 Seiten
 Nr. P 533077 Geb. 9,95 €



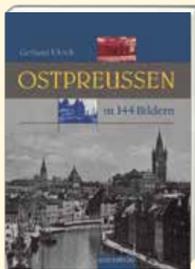
Dr. Alfred Lau
Humor aus Ostpreußen
 Zusammengestellt aus der „Georgine“
 144 Seiten. Gebunden mit farbigem Überzug
 Nr. P 1304 9,95 €



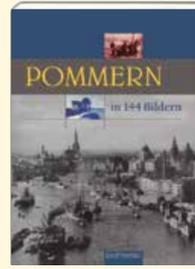
Franz-Rudolf Zilm
Die Festung und Garnison Stettin
 Die Festung und Garnison Stettin. Die Entwicklung der Festung und Garnison als wichtiger Bestandteil der Stadtgeschichte Stettins wird in diesem Buch in ihrem historisch-politischen Zusammenhang von der Gründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Nach intensiver Materialsammlung liegt nun somit die erste Garnisonsgeschichte einer Stadt östlich der Oder-Neisse-Linie vor, die auch als Ergänzung zum jetzigen Interesse polnischer Geschichtsschreibung gedacht ist. Mit zahlreichen Abbildungen.
 310 Seiten, 47 Abb.
 Nr. P A1676 Gebunden 29,90 €



Dieter Schenk
Krakauer Burg
 Die Machtzentrale des Generalgouverneurs Hans Frank 1939 - 1945
 Der Krakauer Wawel mit Königsschloss und Kathedrale, in der mehr als 30 polnische Könige gekrönt und zu Grabe getragen wurden, ist für die Polen ein nationales Heiligtum. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges besetzten die Deutschen die Burg und richteten dort die Machtzentrale im neu geschaffenen Generalgouvernement ein. Zum Generalgouverneur ernannten sie den bisherigen Reichsrechtsführer Hans Frank, der sich aufgrund seiner Prunksucht bald den Spitznamen König von Polen erwarb. Frank inszenierte auf der Burg pompöse Feiern und bewirtete dort NS-Prominenz und bekannte Künstler mit ausschweifenden Gala-Dinern.
 208 Seiten,
 229 schwarz-weiß-Abbildungen
 P A1677 Gebunden 14,95 €



Gerhard Ulrich
Ostpreußen in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband über Ostpreußen
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 1408 12,95 €



Jan Bakker
Pommern in 144 Bildern
 Historischer S/W-Bildband
 144 S/W-Fotos
 80 Seiten/Gebunden
 Nr. P 3403 12,95 €



Hans B. Meyer
Späßige Geschichten aus Danzig
 Bowkes und Pomuchelsköpp
 Gebunden mit farb. Überzug
 144 Seiten
 Nr. P 2010 9,95 €

„Der Humor ist die Harmonie des Herzens“, hat Marion Lindt einmal geschrieben – und was kann uns leichter hinweghelfen über Alltag, Sorgen und Sehnsucht nach Verlorengangenen als diese Harmonie. Dieses Buch enthält keine Witze, Wippenchen oder Erzählungen im streng literarischen Sinn, vielmehr das, was man im Danziger Deutsch als „Erzählchen“ bezeichnen könnte. Denn so ganz leicht und locker, wie einer dem andern von einem eben vollbrachten Tag mit all seinen kleinen und großen Sorgen und Freuden einen Stremel mittel, so sind sie geschrieben. Hans B. Meyer berichtet von Bowkes, Bübchen und Pomuchel, dem Dorsch, der viel in der Danziger Bucht gefangen und von den Danzigern auch gerne verspeist wurde.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
!!! Neue Adresse !!!
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

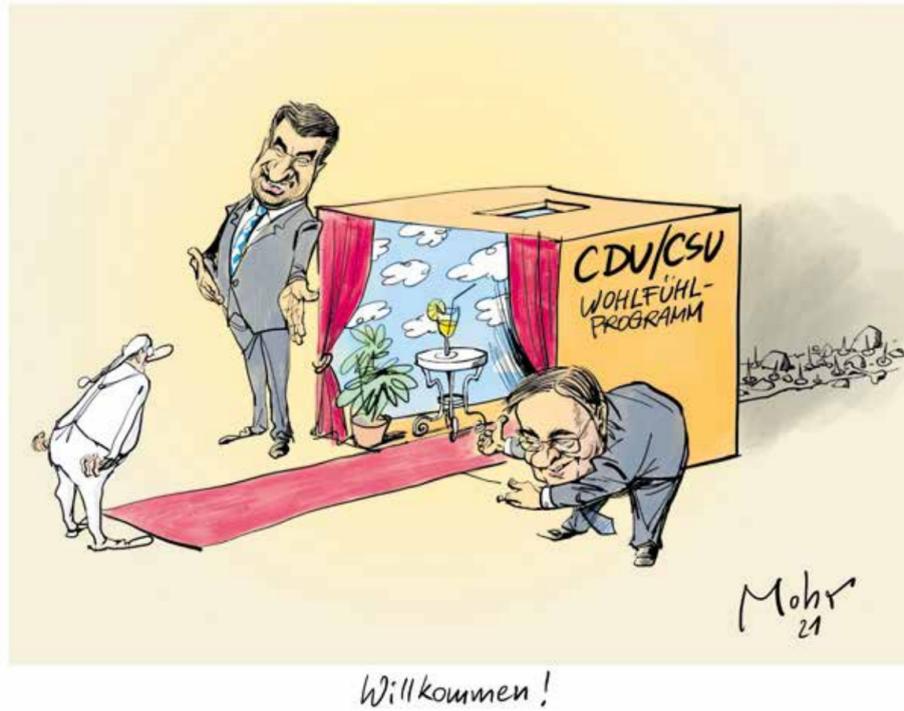
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Das weltweit größte Bismarck-Denkmal steht in Hamburg. Über 34 Meter ist es hoch, 1906 wurde es eingeweiht. Seit Anfang dieses Jahres erfolgt eine Sanierung. Im Zuge des gegenwärtigen globalen Bildersturms wird es allerdings auch zu einer Umgestaltung kommen. Die Stadt spricht von einer „Neukontextualisierung“ des Denkmals, „dessen Setzung, Nutzung und Bedeutung komplex verflochtene Bezüge zu Kolonialismus, Nationalsozialismus, Diskriminierung und Fragen der sozialen Gerechtigkeit aufweisen“. Norbert Hackbusch von der Hamburger Linksfraktion äußerte laut „Welt“, Bismarcks „Rolle in der deutschen Kolonialpolitik sei unbestritten“. Auf der Basis derartigen Blödsinns agiert die Hansestadt. Einem Wettbewerb über die Zukunft des Denkmals sollen öffentliche „Workshops“ vorausgehen, „mit Wissenschaftlern und Künstlern insbesondere aus Afrika“. Der erste „Workshop“ fand vergangene Woche statt. Fünf Diskussionssteilnehmer waren geladen, einer davon aus Kamerun, eine aus Namibia. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Michael Klonovsky verkündet in seinem Blog „Acta diurna“ (20. Juni) eine persönliche Grundsatzentscheidung hinsichtlich des „Klimawandels“:

„Mit dem Klimawandel wird man sich, allein schon aufgrund seiner Allmählichkeit, arrangieren können – mit seinen sogenannten Bekämpfern niemals. Lieber in einem tropischen Europa leben als in einer Welt, die von den Schwabs, Baerbocks und Neubauers kontrolliert wird (und in der es, by the way, genau so heiß wäre).“

In der Schweizer „Weltwoche“ (16. Juni) äußert CDU-Bundestagskandidat und Ex-Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen eine weitreichende Befürchtung:

„Was in diesem Land passiert, macht mir Sorge – dass wir in einen autoritären Staat ableiten, in ein staatlich gefördertes Duckmäusertum. Ich möchte, dass die Menschen merken, wohin wir treiben und zu Bürgern werden, nicht zu Untertanen, die an der Nadel des Staates hängen, der sie mit allem versorgt, was sie zum Leben brauchen. Viele haben es verlernt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, Risiken einzugehen. Immer mehr Menschen werden von Transferzahlungen abhängig.“

Voll Bitterkeit betrachtet Hans-Hermann Tiedje die weitgehende Untätigkeit, mit der die EU der Drangsalierung des weißrussischen Oppositionellen Roman Protassewitsch durch das Regime von Alexander Lukaschenko zusieht. Im „Euro am Sonntag“ (20. Juni) schreibt er:

„Europa aber redet viel, ist empört, tut leider wenig. In der Zwischenzeit wird Protassewitsch vermutlich jeden Tag weiter verprügelt. Jeder Schlag in sein Gesicht ist ein Schlag ins Gesicht Europas. Das Gesicht Europas aber ist Frau von der Leyen. Was die tut, weiß ich nicht. Hoffentlich stimmt wenigstens die Sitzordnung.“

Andreas Rosenfelder ist der Meinung, Deutschland habe sich bei der Corona-Politik „in besonderer Weise verrannt“. In der „Welt“ (22. Juni) prangert er das Versagen schonungslos an:

„Wenn nun dieselben Leute, die schon die ‚Bundesnotbremse‘ herbeigeredet haben, wieder (wie die Virologin Melanie Brinkmann) vor Lockerungen warnen oder (wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn) die Gefährlichkeit offener Schulen betonen, hoffen sie vielleicht, sie können ihre Mitverantwortung für das Desaster überspielen ... Sie setzen dabei auf einen Faktor, der von keiner Modellierung erfasst wird: die Bereitschaft der Menschen, kritiklos hinzunehmen, was ihnen seit anderthalb Jahren als alternativlose Politik verkauft wird.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Von Epsilon bis Omega

Warum uns auch die indische Mutante enttäuschen dürfte, und wie wir trotzdem weitermachen

VON HANS HECKEL

Eines immerhin darf uns mit großer Zufriedenheit erfüllen: Auf die heranrollende Delta-Variante des Coronavirus sind die Deutschen deutlich besser vorbereitet als auf Deltas Vorläufer. Rein mental gesehen, meine ich. Die meisten von uns haben sich längst abgewöhnt, dumme Fragen zu stellen, welche die offiziellen Maßnahmen nur stören.

Was haben wir von Delta zu erwarten? Eines ist bereits klar: Wie eine große deutsche Tageszeitung unter Berufung auf Wissenschaftler deutlich gemacht hat, ist die neue Virusmutation „noch gefährlicher“ als die Vorherigen und vor allem viel „ansteckender“. Das heißt, Moment: Da habe ich jetzt was verwechselt. Die hier zitierte Einstufung „noch gefährlicher“ und „ansteckender“ stammt von Anfang Februar und bezog sich auf die britische Alpha-Variante.

Die Bundesregierung nahm den Ball damals dankbar auf und begründete die nächste Maßnahmenverschärfung mit der steigenden Gefahr durch die britische Variante. Schließlich hatte ein englischer Wissenschaftler vor Alpha gewarnt: „Es wäre nicht überraschend, wenn sie sich als tödlicher erweisen würde.“ Ach nein, auch wieder durcheinandergebracht: Die konkrete Warnung vor der möglicherweise höheren Tödlichkeit stammt nun wieder aus diesem Monat und bezieht sich auf die Delta-Variante.

Wird das nicht irgendwann peinlich?

Ja, ich weiß, sollte nicht passieren. Aber wenn die Verantwortlichen und die übrigen Tonangebende bei jeder Virusmutation immer das Gleiche sagen, wie soll man da noch behalten können, welche Warnung zu welchem Erregertyp ausgerufen wurde?

Im April folgte übrigens die Auflösung: „Britische Mutante doch nicht tödlicher.“ Vielleicht lesen wir über Delta in zwei Monaten das Gleiche. Wird das nicht irgendwann peinlich? Aber nein, in dem Falle schreiten wir einfach zum nächsten Anlauf. Der liest sich dann so: „SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach räumt ein, dass die Gefahren der Delta-Variante womöglich zu hoch eingeschätzt wurden. Er warnt aber eindringlich vor den Auswirkungen der neuen Epsilon-Variante, die sich von (Ursprungsland muss noch eingefügt werden) her ausbreitet. Laut Wissenschaftlern, so Lauterbach, sei damit

zu rechnen, dass sie noch gefährlicher und auch viel ansteckender ist als die herkömmlichen Virustypen. Und es wäre nicht überraschend, wenn sie sich als tödlicher erweisen würde.“ Bis zum letzten Buchstaben Omega sind noch 19 griechische Lettern frei, die auf ihre Verwendung als Mutanten-Etikett warten. Wir können das also fast ewig so weiterspielen.

Wissenschaft, wenn es passt

Wie es aussieht, werden wir die weiteren Stellen des Griechen-Alphabets auch gut gebrauchen können, da ein Ersatz für Delta schon bald nötig werden dürfte. Denn aus Indien, bekanntermaßen „Hotspot“ von Delta, erreichen uns verwirrende Zahlen. Laut der Johns-Hopkins-Universität (USA) sind dort die positiven Testungen seit Anfang Mai sturzartig auf ein Zehntel zusammengeschnürt – und das, wie eine deutsche Zeitung verblüfft feststellt, „trotz der ansteckenderen Delta-Variante“. Dabei sind in dem Riesensland erst etwa fünf Prozent der Bevölkerung voll geimpft, am Impfschritt kann der rapide Rückgang also nicht liegen.

Dass man Delta trotz solcher Zahlen ungerührt als „noch ansteckendere Variante“ einstuft, beweist doch echte Linientreue! Diese Linientreue haben wir längst alle verinnerlicht, weshalb uns solche irritierenden Daten wie die aus Indien auch nicht mehr vom Weg abbringen können. Experten, die an der Lesart der Regierung zweifeln, dürfen das derweil ruhig tun. Sie sollen danach aber auch nicht jammern, wenn sie als „umstritten“ gebrandmarkt und zu keiner Podiumsdiskussion mehr eingeladen werden.

Wir hören weiterhin auf „die Wissenschaft“. Zumindest, solange uns deren Melodie gefällt. Ansonsten hören wir gern auch mal weg. Dass sich mittlerweile weltweit die Studien renommierter Institute stapeln, die ernste Zweifel an der positiven Wirksamkeit der Lockdown-Maßnahmen nähren, gehört beispielsweise nicht in die deutsche Debatte.

Das Problem ist nämlich, dass zahllose Politiker, Prominente und auch Wissenschaftler als stramme Lockdown-Verfechter ihren Namen aufs Engste mit den rigiden Maßnahmen verkettet haben. Wie stehen die denn da, wenn sich die zerstörerischen Freiheitseinschränkungen als Irrweg entpuppen? Das geht überhaupt nicht, also müssen wir weitermachen, von Delta bis zum bitteren Ende, bis Omega.

Aus
Indien, dem
„Hotspot“ der
Delta-Variante,
erreichen uns
irritierende
Zahlen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Da ist es zumindest mal eine schöne Ablenkung, dass wir in den nächsten Monaten was anderes vorhaben als uns immer nur von einem griechischen Buchstaben zum nächsten zu retten. Es ist Bundestagswahlkampf.

Nachdem auch die Union ihr Wahlprogramm vorgelegt hat, kann es richtig losgehen. Nach ihrer kleinen Krise rund um die Auswahl des Kanzlerkandidaten haben sich die C-Parteien wieder gefangen und gehen, beflügelt von immer besser werdenden Umfragezahlen, in die Offensive.

Markus Söder, der immer noch jugendfrische Krawallbursche, prescht voran: Der Höhenflug der Grünen sei vorbei, weil die Union „grüne Politik“ viel besser könne, so der CSU-Chef. Für solche Politik brauche es die Grünen gar nicht. Da behaupte noch jemand, der Bayer sei ein eiskalter Taktiker, bei dem jedes Wort bloß Kalkül ist und mit seinen wahren Absichten nichts zu tun haben muss. Alles üble Nachrede! Ja, vor Jahren, da hatten Unionspolitiker den Vorwurf der „Vergrünung“ ihrer Partei noch peinlich beschwiegen oder empört abgestritten, um konservative Wähler nicht zu verlieren. Heute sagt einer, der ganz vorne steht, völlig offen, wohin man will – oder schon gekommen ist.

Laschet wird bestechend konkret

Kanzlerkandidat Laschet will nicht nachstehen und betont, wie weit vorne der Klimaschutz stehe bei den Schwarzen. Darüber hinaus übt sich der Rheinländer in der gleichen Offenheit wie sein fränkischer Unionskollege: Die Union wolle den „derzeit feststellbaren Epochenwechsel aktiv gestalten“. Das sei doch typisches Politikergeschwafel, sagen Sie? Weit gefehlt, das ist geradezu bestechend konkret. Lediglich einen „feststellbaren Epochenwechsel aktiv gestalten“ bedeutet: Wir haben eigentlich kein eigenes Ziel, das wir erreichen wollen. Die Ziele stecken uns andere (Die Grünen beispielsweise? Nur so eine Idee). Wir nehmen das dann als „Epochenwechsel“ nur zur Kenntnis und sorgen „aktiv“ dafür, dass alles einigermaßen reibungslos „gestaltet“ wird. Plastischer hätte Laschet die Vollendung von Merkels Entkernung der Union kaum in Worte fassen können.

Ansonsten bietet das Unionsprogramm ein frohgemutes Wünsch-Dir-Was für alle erreichbaren Wählergruppen. Deshalb liest es sich wirklich flott und unterhaltsam. Genießen Sie also den Wahlkampf, ehe Epsilon durchs Dorf getragen wird.

● WORT DER WOCHE

„Ich gehe nicht selbst tanken.“

Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, auf die Frage der „Bild“-Zeitung (21. Juni), was er zu den stark steigenden Preisen für Benzin, Brot und Butter sagt